

# Preussische Allgemeine



Nr. 18 · 5. Mai 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

## Die Inflation bleibt

Warum der rapide Anstieg der Energiekosten und der Einzelhandelspreise Verbrauchern und Sparern noch lange zu schaffen machen wird

Seite 3



VON WERNER J. PATZELT

Sau tot – und Halali! So klingt das Ende der Treibjagd auf Boris Palmer. Lange schon war er in seiner Partei nicht mehr wohlgefallen. Ein Parteiausschlussverfahren lief; ihm zuvorkommend ließ der populäre Oberbürgermeister die Mitgliedschaft bei den Grünen ruhen. Nun ist er ausgetreten, verlassen sogar von namhaften Vertretern jenes Realo-Flügels, mit denen er gemeinsam sein „Gallisches Dorf“ im woken Imperium der Grünen betrieben hatte.

Natürlich ist Palmer nicht schuldlos an dem, was ihm da widerfahren ist. Das rebellische Temperament seines Vaters hat er anscheinend geerbt – und nicht zu zügeln gelernt. Seine Parteikarriere begleitete denn auch eine Kette von Streitigkeiten über Gesinnung, Ton und Stil. Deren Verlässlichkeit lud ein zum Stellen von Fallen. In eine ist Palmer nun getappt. Erst zur Verwendung des „N-Wortes“ provoziert, dann dessen Gebrauch verteidigend, dabei als Nazi beschimpft und zum „Holocaust-Verharmloser“ gestempelt, hielt er dem Druck der „Anständigen im Land“ nicht mehr stand.

Unklar ist, was er während seiner Auszeit nun behandelt haben will. Das kann von der Versorgung seelischer Verletzungen bis hin zur Verhaltenstherapie reichen. Und weil in Deutschland – wie einst beim thüringischen Kurzzeit-Ministerpräsidenten Kemmerich – wohl wieder Sippenhaft angesagt ist, wird auch Palmers Familie mancherlei Wunden davongetragen haben. Kein Wunder, dass man selbst als jener dickfellige Provokateur, als der sich Palmer gab, eine Auszeit unklarer Dauer mit anscheinend noch offenem Ende braucht. Möge sie ihm guttun.

### Die Spitze eines Eisbergs

Ginge es hier nur um einen Politiker, dem Übles widerfahren ist, könnte man die Sache nun auf sich beruhen lassen. Doch sichtbar wird hier nur die Spitze eines Eis-

bergs. Denn weitgehend ist inzwischen politischer Streit zum Glaubenskampf, ist verwendete Sprache zum Feldzeichen geworden, an dem man Freund und Feind unterscheidet. Falls eine grüne Spitzenkandidatin das „I-Wort“ verwendet, dann geht das gerade noch, falls prompt Reutränen fließen. Beim „N-Wort“ aber gibt es kein Pardon mehr. Wie auch, wenn selbst eine „Mohrenapotheke“ heute einen anderen Namen braucht, und wenn unter den „Heiligen drei Königen“ der Balthasar kein Schwarzer mehr sein darf – einesteils wegen Verdachts auf Diskriminierung und Rassismus, andernteils wegen des Verbots „kultureller Aneignung“.

Gewiss gibt es gute Gründe dafür, nicht nur Kinder beim Gebrauch von „schlechten Worten“ zu tadeln oder gar strafen. Erst recht sollten sich Erwachsene von solchen Wörtern fernhalten. Belehrt idealerweise durch Einsicht, nötigenfalls auch durch leidvolle Erfahrungen oder abschreckende Beispiele, könnten die sich ja daran halten, dass N-, I- und Z-Wörter „nicht mehr gehen“. Doch sind wir sicher, dass es da nicht mancher mit seiner Erregung selbsterhöhend übertreibt? Und dass nicht manche Kritik mehr politisch-zweckdienlich als persönlich-zurechtweisend veranlasst ist?

Ginge es nur um die Beleidigungskraft rassistisch aufgeladener Worte, könnte man die Sache auch noch auf sich beruhen lassen. Die dann fälligen sozialen

Ausgrenzungs- und Erniedrigungserfahrungen wirken verlässlich korrigierend. Doch auch Sachbegriffe wie „Überfremdung“ oder „Ausländerkriminalität“ gelten – ganz anders als ihre Gegenstücke „Multikulturalität“ und „Inländerkriminalität“ – heute als abstoßend und erheischen Bestrafung. Unter solchen Umständen kann man es allerdings niemandem verdenken, wenn er im Wissen darum, kein sprachlicher Hochleistungskünstler zu sein, lieber die etablierten Formeln nachbetet als Dinge bei jenen Namen nennt, die er für richtig hält, und über deren Angemessenheit er unausgegrenzt debattieren möchte.

### In der Arena der Gut- und Schlechtmenschen

Inzwischen nämlich streiten Gutmenschen lieber über anfechtbare Begriffe als über begrifflich vermittelte Sachen, und sie heimsen leichte Debattentriumphe dadurch ein, dass sie problematischen Begriffsgebrauch gleichsetzen mit verdammenswerten Persönlichkeitszügen von Schlechtmenschen. Offenbar ist jener Ungeist zurückgekommen, der das Grüßen von Gesslerhüten für ganz in Ordnung hält – ob das nun ein wirklicher Hut oder eine Fahne ist, oder ein umranktes Wort oder eine behauptete Gefühlsbefindlichkeit.

Derweil sitzt ein Großteil der Leute auf den Sitzreihen um jene Arena, in der politische Gladiatoren ringen, und zwar

## POLITIK

# Das fatale Ende eines politischen Glaubenskampfes

Boris Palmer verlässt die Grünen und unterzieht sich einer Auszeit. Längst ist der Umgang mit ihm ein Lehrstück über den Zustand unseres politischen Systems

## IN DIESER AUSGABE

**Politik**  
Verbände und Konjunkturforscher befürchten ein Sterben der Innenstädte Seite 7

**Kultur**  
Das Diözesanmuseum Freising ist nach neun Jahren wieder eröffnet Seite 9

**Das Ostpreußenblatt**  
Königsbergs Bernsteinmuseum feiert 20 Jahre Selbstständigkeit Seite 13

**Lebensstil**  
Preußisch orange – Potsdam feiert sein Holländisches Viertel Seite 21



**Lesen Sie die PAZ**  
auch auf unserer Webseite [paz.de](http://paz.de)



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**Hintergrund** In den Plänen zur Energiewende kommt dem Wasserstoff eine herausragende Bedeutung zu. Doch wie realistisch sind die Erwartungen – und wie ökonomisch sinnvoll die bisherigen Verfahren?

# Viel zu teuer und alles andere als „grün“

Warum der Wasserstoff auf absehbare Zeit keine Wunderwaffe zur Lösung unserer Energieprobleme ist

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wasserstoff gilt schon des Längeren als Wunderwaffe im Kampf um die „Klimaneutralität“. Der „flexible Energieträger ist unverzichtbar für die Energiewende“ und sei „das Erdöl von morgen“, heißt es etwa in den Mitteilungen rund um die im Juni 2020 beschlossene „Nationale Wasserstoffstrategie“ der Bundesregierung. Deshalb plant man in Berlin nun auch, die Wasserstoffproduktion in den nächsten sieben Jahren derart groß aufzuziehen, dass am Ende ein Energiebedarf in Höhe von zehn Gigawatt gedeckt werden kann. Zum Vergleich: Die Nennleistung der nunmehr abgeschalteten letzten drei Kernkraftwerke lag 2022 zusammen bei 4,3 Gigawatt. Darüber hinaus soll der Wasserstoff auch in Brennstoffzellen-Autos sowie im Luft- und Schiffsverkehr zum Einsatz kommen. Dabei führt der ambitionierte Wunsch, „Deutschland zu einem globalen Vorreiter bei Grünem Wasserstoff zu machen und langfristig die Marktführerschaft bei Wasserstofftechnologien zu erlangen und zu sichern“, allerdings zur Blindheit gegenüber der Tatsache, dass der vermeintliche Heilsbringer Wasserstoff nicht halten kann, was er zu versprechen scheint.

## Irrtümer und verdrängte Gefahren

Zum Ersten wäre da das Sicherheitsproblem. Reiner Wasserstoff darf keinesfalls auf Sauerstoff treffen, weil dann eine Knallgasreaktion erfolgt, sobald es einen Zündfunken gibt. So geschehen unter anderem am 6. Mai 1937 beim Absturz des Luftschiffes LZ 129 „Hindenburg“, dessen Traggaszellen mit 17 Tonnen Wasserstoff gefüllt waren. Beim Anblick der Bilder von dieser Katastrophe lässt sich erahnen, was passieren würde, wenn einer der geplanten Wasserstofftanker für den Transport vom Hersteller zu den Verbrauchern mit 12.000 Tonnen Ladekapazität explodiert: Die Wucht der Detonation könnte eine ganze Hafenstadt in Schutt und Asche legen.

Darüber hinaus ist Wasserstoff auch kein Energieträger wie Öl, Uran, Erdgas oder Kohle, sondern lediglich ein Energiespeicher. Das heißt, er muss zunächst erst aufwändig durch die Zerlegung von Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff gewon-

nen werden, was die Zufuhr von erheblichen Mengen Energie erfordert, bevor diese dann wieder abgegeben werden können. Das unterscheidet den Wasserstoff von sämtlichen fossilen Energieträgern, aber auch von alternativen Energiequellen wie Wind- und Wasserkraft.

Zum Dritten sind die Methoden zur Herstellung von Wasserstoff in der Regel alles andere als umweltfreundlich, was insbesondere für die kostengünstigen Verfahren gilt. Beispielsweise liegt der Preis für die Synthese von einem Kilo Wasserstoff unter Verwendung von Steinkohle oder Braunkohle bei 1,20 Euro pro Kilogramm, und wenn Methangas zum Einsatz kommt, bei 1,90 Euro.

Das sorgt dann freilich für einen breiten „CO<sub>2</sub>-Fußabdruck“: Bei der Verbrennung von Kohle im Zuge der Wasserstoffgewinnung entstehen zwischen 15 und 25 Kilogramm Kohlendioxid pro Kilo Wasserstoff. Aber selbst wenn nur Strom, der zu einhundert Prozent aus Erneuerbaren Energien stammt, verwendet wird, fallen

im Gesamtprozess der Produktion und des Transports des nunmehr angeblich „grünen“ Wasserstoffs immer noch Treibhausgase in der Größenordnung von vier Kilogramm an. Dafür liegen die finanziellen Aufwendungen aber bei bis zu 21 Euro.

## Keine Steigerung der energiepolitischen Souveränität

Hinzu kommt das Abhängigkeitsproblem. Die Bundesregierung geht selbst davon aus, dass Deutschland im Jahre 2050 mehr als 80 Prozent des dann wohl benötigten Wasserstoffs importieren muss, weil die Produktion im Ausland einfach billiger ist. Dabei handelt es sich bei den potentiellen Lieferländern keineswegs nur um „lupenreine Demokratien“. Zu dieser Kategorie zählen zwar Norwegen, Frankreich, Kanada, Spanien, Portugal und Australien. Zugleich wird jedoch auch auf Energiepartnerschaften mit dem Oman, Abu Dhabi, Katar, Marokko, Südafrika und Namibia gesetzt, wo manches im Argen liegt und die Regierungen irgendwann

versucht sein könnten, die deutsche Abhängigkeit vom Wasserstoff als Druckmittel zu nutzen. Dann droht eine ähnliche Situation wie 2022, als die russischen Erdöl- und Erdgaslieferungen plötzlich zum Politikum ersten Ranges wurden.

Aus all diesen Gründen warnen Experten wie der prominente britische Investor und Energieanalyst Michael Liebreich vor zu viel Euphorie im Hinblick auf die Verwendung von Wasserstoff zur Bekämpfung des Klimawandels: Der „dreckig“ hergestellte oder über große Entfernungen herangeholte Wasserstoff sei eher ein zusätzliches Klima-Problem als dessen Lösung. Und den echten „grünen“ Wasserstoff werde man auch in Zukunft durch billigere Alternativen ersetzen, wo immer die Möglichkeit dazu bestehe.

Mit Blick hierauf meinte Liebreich im Oktober 2022 auf dem World Hydrogen Congress in Rotterdam, der ganze Trubel um das vermeintliche Wundermittel Wasserstoff „fängt an, wie eine Spekulationsblase auszusehen“.



Unbequeme Wahrheit: Der aufwendige Transport von in Australien durch Kohleverbrennung erzeugtem Wasserstoff nach Japan (siehe den Text unten) zeigt, dass Wasserstoff nicht nur aufwendig herzustellen, sondern auch ökologisch fragwürdig ist Foto: pa

## MOBILITÄTSWENDE

# Ein Leuchtturmprojekt mit mehr als nur „Schönheitsfehlern“

Die Zusammenarbeit von Australien und Japan zeigt die Probleme in der Erzeugung und praktischen Anwendung von Wasserstoff

Der italienische Naturforscher Felice Gaspare Ferdinando Fontana leitete 1780 erstmals Wasserdampf über glühende Kohlen und synthetisierte auf diese Weise Wassergas, also eine Mischung aus 50 Prozent Kohlenmonoxid und 50 Prozent Wasserstoff. Später wurde der Prozess der Wasserstoffherstellung dann von anderen Chemikern perfektioniert, wobei die ursprüngliche, wenig umweltfreundliche Methode von Fontana aber nie in Vergessenheit geriet.

Davon zeugt nicht zuletzt ein gemeinsames Projekt japanischer und australischer Ingenieure im Latrobe Valley im Osten des australischen Bundesstaates Victoria. Hier, etwa 140 Kilometer von Mel-

bourne entfernt, befinden sich riesige Braun- und Steinkohlegruben, deren Vorkommen schier unerschöpflich anmuten. Das brachte die Führung des japanischen Industriekonzerns Kawasaki Heavy Industries auf die Idee, im Latrobe Valley durch die Verbrennung von Kohle Wasserstoff herstellen zu lassen und diesen in verflüssigter Form nach Japan zu verschiffen.

## Klassisches „Greenwashing“

Zu diesem Zweck schloss sich Kawasaki zwischen 2016 und 2018 mit den Unternehmen Iwatani Corporation, Shell Japan, Electric Power Development, Marubeni, ENEOS und K-Line zu dem Konsortium HySTRA zusammen. Das schuf eine

Lieferkette zwischen dem Latrobe Valley und dem japanischen Hafen Kobe, deren wichtigstes Glied der weltweit erste experimentelle Tanker für den Wasserstofftransport ist. Die „Suiso Frontier“ kann pro Fahrt 75 Tonnen auf minus 253 °C gekühlten Flüssig-Wasserstoff (LH<sub>2</sub>) mitführen. Allerdings wird ein Drittel der Energiemenge, welche in diesem LH<sub>2</sub> enthalten ist, für die Verflüssigung und Kühlung benötigt. Dazu kommt ein weiteres Zehntel für den Antrieb des Schiffes, dessen erster regulärer Einsatz im Januar 2022 erfolgte. Insofern arbeitet die „Suiso Frontier“ also wenig effektiv, weswegen die HySTRA künftig größere Einheiten mit 12.000 Tonnen Kapazität bauen will.

Ein „emissionsfreies“ Auto in Japan, das mit in Australien erzeugtem Flüssig-Wasserstoff fährt, ist letztlich für die Freisetzung von 25 Kilogramm CO<sub>2</sub> pro 100 Kilometer verantwortlich

Deren Nutzung würde jedoch nichts daran ändern, dass es sich bei dem japanisch-australischen Gemeinschaftsprojekt um einen typischen Fall von „Greenwashing“ handelt. Mit diesem Begriff wird das Vorspiegeln von nachhaltigem, klimafreundlichem Handeln bezeichnet, während in der Realität das genaue Gegenteil passiert. Denn ein angeblich „emissionsfreies“ Auto in Japan, das mit dem in Australien auf überaus schmutzige Weise erzeugten Flüssig-Wasserstoff fährt, ist letztlich für die Freisetzung von 25 Kilogramm CO<sub>2</sub> pro einhundert Kilometer verantwortlich. Zum Vergleich: Ein Diesel-Golf mit fünf Litern Verbrauch käme hier lediglich auf 15 Kilogramm. W.K.

## ENERGIEPARTNER

# Ein Produzent mit vielen Fragezeichen

Nach Ansicht der Bundesregierung benötigt Deutschland auf dem Weg zur erhofften „Klimaneutralität“ deutlich mehr von dem idealerweise vollkommen „grün“ erzeugten Wasserstoff, als hierzulande produziert werden kann. Deshalb setzt sie auf Energiepartnerschaften, für deren Ausbau in der Nationalen Wasserstoffstrategie zwei Milliarden Euro vorgesehen sind.

Von diesem Geld soll auch Marokko profitieren. Der nordafrikanische Staat gilt als großer Hoffnungsträger, weil er über viel Wind und Sonne verfügt und zudem nicht allzu weit entfernt liegt. Daher wurde im Juni 2020 eine Allianz mit der Marokkanischen Agentur für Solarenergie (MASEN) geschmiedet und der Bau einer Pilotanlage zur Erzeugung von „grünem“ Wasserstoff im industriellen Maßstab unter reichlichem Einsatz deutscher Fördermittel vereinbart.

Allerdings gibt es nun Zweifel daran, ob Marokko wirklich der richtige Partner sei. Immerhin hält das islamische Königreich große Teile der ehemaligen spanischen Kolonie Westsahara besetzt und verweigert der dortigen Bevölkerung schon seit Jahrzehnten jegliches Selbstbestimmungsrecht. Das wurde von Berlin bereits mehrmals angeprangert, was seit 2021 für eine anhaltende diplomatische Verstimmung sorgt.

Hinzu kommen Befürchtungen, dass Marokko seinen Wasserstoff kurzerhand behält, wenn es unter Energiemangel leidet. Außerdem stieß der Wasserbedarf der geplanten Synthesenanlagen auf Kritik. Wasser ist knapp in dem Wüstenstaat, deshalb müssen Meerwasserentsalzungsanlagen gebaut werden, die aber ebenfalls viel Elektroenergie benötigen. Daraus resultieren zwei weitere Umweltrisiken: So könnte Marokko versuchen, sein Stromproblem durch mehr klimaschädliche Kohlekraftwerke zu lösen. Oder es baut Atommeiler. Bei Letzterem würde dann wohl Russland helfen, denn Moskau und Rabat einigten sich Ende 2022 auf ein Abkommen zur Kooperation bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie. W.K.

# Das „zähe Biest“ Inflation

In den ersten Monaten des Jahres 2023 hat sich der Anstieg der Preise verstetigt. Dies bedeutet nicht nur, dass die Verbraucher den Gürtel enger schnallen müssen, sondern auch, dass Sparern eine teilweise Enteignung ihres Vermögens droht

VON KONRAD BADENHEUER

**W**er meinte, bei der Inflation sei das Schlimmste überstanden, bekam dieser Tage beim ersten Eis der Saison ein Aha-Erlebnis: Aufschläge von über 25 Prozent, beispielsweise von 1,50 auf 1,90 Euro pro Kugel, sind bundesweit die Regel. Dabei soll angeblich die Inflationsrate im April auf 7,2 Prozent zurückgegangen sein. Wie kommen also die jüngsten Preissteigerungen zustande, und wie geht es weiter mit der Inflation?

Nun, die Sache mit dem Eis ist schnell erklärt: In der Herstellung steckt viel Energie und dazu Agrarprodukte, deren Preise massiv gestiegen sind. Außerdem bekommen viele Eisverkäufer den Mindestlohn, und der wurde zwischen Juni und Oktober 2022 um stolze 22,2 Prozent angehoben. Das erklärt den Preissprung beim Eis, der keineswegs auf die Habgier der Eisdielenbetreiber zurückzuführen ist. Ihnen blieb keine andere Wahl, als ihre höheren Kosten weiterzugeben. Nun bleiben sie jedoch oft auf ihrer teuren Ware sitzen und bekommen zum Teil Existenzprobleme.

## Anstiege vor allem bei Energie und Lebensmitteln

Der Blick auf das große Ganze ist schon komplizierter. Zwar haben etwas gesunkene Weltmarktpreise für Energie die Inflationsraten in der Euro-Zone und in den USA zuletzt etwas zurückgehen lassen. Aber der genaue Blick auf die Daten ist wenig ermutigend. Da die Preise für Energie und Lebensmittel generell schwanken, wird auch eine Inflationsrate ohne diese beiden Bestandteile errechnet, die sogenannte Kerninflation. Diese Rate aber steigt und steigt, in der Euro-Zone auf zuletzt 5,7 Prozent. Es ist gleichsam so, als würden sich die höheren Preise für Energie und Lebensmittel langsam durch den gesamten „Warenkorb“ durchfressen. In den USA ging das so weit, dass zuletzt die Kerninflation mit 5,6 Prozent sogar höher lag als die „normale“ Inflationsrate mit noch 5,0 Prozent. Diese wurde allerdings mit politischen Maßnahmen ein bisschen gedrückt, ähnlich wie in Deutschland die Zuschüsse an die Verbraucher für hohe Strom- und Gasrechnungen statistisch als „sinkende Energiepreise“ erfasst wurden. Unter Fachleuten war das umstritten, schon weil niemand weiß, wie lange solche einmaligen Zuschüsse das Preisniveau drücken können – dauerhaft vermutlich nicht.

In dieser Lage hatte Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) völlig recht, als er die Inflation kürzlich ein „zähes Biest“ nannte. Dass Lindner weitere Anstrengungen für die Geldwertstabilität forderte, macht ihm Ehre, denn zunächst profitiert niemand so sehr von Inflation wie ein Finanzminister: Die Staatsschuld wird real entwertet, gleichzeitig steigen die Steuernahmen, weil die Beschäftigten – selbst bei sinkenden Reallöhnen – infolge der Progression der Einkommensteuer immer schärfer besteuert werden. Insofern verdient es schon Respekt, dass in Deutschland der Finanzminister und nicht etwa der Wirtschaftsminister mehr Preisstabilität einfordert.

## Gefragt ist vor allem die Notenbank

Der eigentliche Adressat dieses Appells ist natürlich die Europäische Zentralbank (EZB). Letztlich kann nur die Notenbank Inflation verursachen, und auch nur sie kann verlorene Preisstabilität durch eine geänderte Politik wieder zurückgewinnen. Vergleicht man die Erklärungen der EZB und ihrer Präsidentin Christine Lagarde aus der letzten Zeit mit denen vor einem Jahr, dann fällt vor allem eine größere Nüchternheit auf. Wäh-



Skepsis beim Einkauf: Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte sich auch in Zukunft fortsetzen Foto: imago/Martin Wagner

rend die EZB noch Monate nach Beginn des Ukrainekrieges die rasch steigenden Preise auf Ursachen zurückführte, auf die sie keinen Einfluss hatte, dabei mit ihren Prognosen viel zu optimistisch war und zu alledem elementare Zusammenhänge der Geldpolitik mit hoch abstrakten Theorien vernebelte, so lesen sich die Erklärungen der letzten Zeit wohlthuend klar und realistisch.

Genau wie die US-Notenbank FED nennt die EZB das Problem der anziehenden Kerninflation klar beim Namen. Anders als vor noch etwa einem Jahr wird auch nicht mehr behauptet, dass sinkende Weltmarktpreise für Energie und Lebensmittel, die keineswegs absehbar sind, das Inflationsproblem lösen könnten. Außerdem hat die EZB Mitte letzten Jahres ihr großes, rechtlich sehr umstrittenes Anleihen-Kaufprogramm endlich gestoppt und bald danach die Zeit der negativen Zinsen beendet. Nun gibt die Zentralbank sogar zu erkennen, dass zur wirksamen Bekämpfung der Inflation die Zinsen eigentlich weiter steigen müssten und dass sie gern ihren riesigen Bestand an Staats- und Unternehmensanleihen (etwa fünf Billionen Euro, davon gut 3,2 Billionen Staatspapiere) durch Verkäufe abbauen würde.

Gerade Letzteres wäre ein hoch wirksames Mittel gegen die Inflation. Denn mit jeder Anleihe, die die Notenbank verkauft, fließt Geld zu ihr zurück und die Geldmenge sinkt um eben diesen Betrag. Nur hat diese an sich sinnvolle Politik leider massive Risiken und Nebenwirkungen. Das Grundproblem ist, dass ein Verkauf von Anleihen in dieser Dimension deren Kurse unweigerlich auf Tal-fahrt schicken würde, und das hätte massive Folgen für die Stabilität der Finanzmärkte insgesamt. Der erste Effekt ist der auf die Bilanz der EZB. Sie hat diese Anleihen zu mini-

malen Zinsen, also nahe ihrer Höchstkurse gekauft. So stehen sie nun in der Bilanz der EZB, und schon der bisherige Kursrückgang der Anleihen seit Anfang 2022 hat deren Marktwert um etwa 700 Milliarden Euro einbrechen lassen. Das ist eine schlechte Nachricht für diejenigen, die im Euro-System auf der Gläubigerseite stehen, also insbesondere für die Deutschen.

## Die Folgen für die Geschäftsbanken

Dramatischer sind die absehbaren Folgen für die Banken. Auch sie halten große Anleihebestände als Teil ihres Eigenkapitals. Die Beträge sind heute deutlich höher als vor einigen Jahren, der Gesetzgeber und die Bankenaufsicht wollten das so. Eine Lehre aus der Finanzkrise von 2008 war nämlich, dass die Banken einige potentiell riskante Geschäfte mit mehr Eigenkapital unterlegen mussten. Das war naheliegend, nur leider wurde dabei festgelegt, dass Staatsanleihen selbst als risikolos gelten. Aber eine zehnjährige Anleihe mit einem Zins von null oder sogar minus 0,5 Prozent rauscht nun mal in die Tiefe, wenn am Markt die Zinsen steigen. Solange Banken solche Anleihen bis zur Endfälligkeit halten können, ist das kein großes Problem. Aber wehe, es treten Probleme auf, und die Banken müssen früher verkaufen. Dann wird aus dem Buchverlust ein ganz realer, und das Institut kann zahlungsunfähig werden. Dabei reicht es schon, dass die Akteure an den Finanzmärkten derartige Probleme nur vermuten oder befürchten. Sie werden dann der betroffenen Bank das Vertrauen, sprich die Einlagen, entziehen und das befürchtete Problem wird einfach deswegen in kürzester Zeit real.

Genau das ist im März innerhalb weniger Tage mit je einer Bank in den USA und in der Schweiz geschehen. Diese Krise ist an sich

Es zeichnet sich ab, dass die Notenbanken auch in Zukunft immer wieder vor der Wahl stehen werden, ob sie die Inflation bekämpfen oder die Stabilität des Finanzsystems als Ganzes erhalten wollen. Es ist klar, wie sie sich entscheiden werden

ausgestanden, aber es lohnt sich dennoch, die Sache nochmals anzuschauen, weil damit deutlich wird, warum die Notenbanken bei der Inflationsbekämpfung heute in einer schier unglaublichen Zwickmühle stecken.

## Crash in den USA und in der Schweiz

Am 11. März musste die Silicon Valley Bank (SVB) schließen, genauer gesagt, die US-Einlagensicherungsbehörde übernahm die Kontrolle und schloss das Institut. Die mittelgroße Bank hatte viel in langlaufende Staatsanleihen investiert, und deren Kurse sind mit den Zinserhöhungen der FED eingebrochen. Die Anleger witterten Gefahr, zogen massiv Gelder ab, und der Crash wurde unvermeidlich. Um Weiterungen wie anno 2008 zu vermeiden, hat die US-Notenbank bei der Schließung der SVB eine Garantie aller Einlagen bei dieser Bank verkündet – immerhin 175 Milliarden Dollar. Dennoch herrschte danach wochenlang Nervosität an den US-Finanzmärkten. Die große Frage war, welche andere Bank ähnliche Probleme haben könnte, was sich sofort auf die Kreditpolitik der Banken ausgewirkt und viele Unternehmen unter Druck gesetzt hat.

Um eine Krise zu vermeiden, bot die FED den Banken große Liquiditätshilfen an, die in sehr kurzer Zeit mit sage und schreibe 323 Milliarden Dollar auch in Anspruch genommen wurden. Diese Zahl wurde von der breiten Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, sie zeigt aber, wie groß die Probleme vieler US-Banken offenbar waren. Von der Größenordnung handelt es sich um einen Betrag, wie er auch 2008 aufgewendet wurde, um einen Kollaps des Finanzsystems zu verhindern. Der FED blieb wohl keine andere Wahl. Und doch: Solange eine Notenbank den Banken solche Beträge einfach mal zur Verfügung stellt, kann von wirksamer Inflationsbekämpfung kaum die Rede sein.

Nur eine Woche später, am 19. März, musste in der Schweiz in einer dramatischen Aktion die traditionsreiche Großbank Credit Suisse mit einem staatlich orchestrierten Notverkauf vor dem Kollaps bewahrt werden. Die zugesagten Beträge von bis zu 200 Milliarden Schweizer Franken zur Absicherung der Übernahme durch die größte Bank der Schweiz, die UBS, zeigen, was auf dem Spiel gestanden haben muss. Auch der drastische Eingriff in die Eigentumsrechte einiger Gläubiger der Credit Suisse – und das in der grundsoliden Schweiz – lässt den Abgrund erahnen. Mit der Übernahme der Credit Suisse hat die UBS nun eine Bilanzsumme, die doppelt so groß ist wie die gesamte Wirtschaftsleistung der Schweiz. Allein das macht klar, warum die Stabilität der Banken und die finanzielle Stabilität ganzer Staaten und Währungen nicht mehr voneinander zu trennen sind. Dabei zeichnet sich ab, dass die Notenbanken auch in Zukunft immer wieder vor der Wahl stehen werden, ob sie die Inflation bekämpfen oder die Stabilität des Finanzsystems als Ganzes erhalten wollen. Es ist klar, wie sie sich entscheiden werden.

## Das Kind ist in den Brunnen gefallen

Das schlichte Fazit lautet: In dieser Lage kann niemand der EZB oder der FED zu einer rigiden Stabilisierungspolitik wie Anfang der 1980er Jahre raten. Das Kind ist eben schon in den Jahren nach 2015 in den Brunnen gefallen, als die EZB mit massiver Geldschöpfung ein Problem bekämpfte, das gar nicht existiert hat – die angeblich drohende Deflation. Der damalige Jahrhundertfehler ist nicht mehr zu reparieren, vielmehr dürfte uns das „zähe Biest“ der Inflation noch jahrelang begleiten, bis sich das Preisniveau an die gewachsene Geldmenge angepasst haben wird. Die Sparer und alle, deren Gehälter oder Renten langsamer steigen als die Preise, haben das Nachsehen. Aber die Betreiber von Eisdielen können wirklich nichts dafür.

## ● MELDUNGEN

## Milliarden für Immigration

**Berlin** – Das Bundesfinanzministerium geht davon aus, dass der Bund in diesem Jahr 26,7 Milliarden Euro für die Bekämpfung der Migrationskrise aufbringen muss. 9,5 Milliarden sind dabei für Transferleistungen an die „Schutzsuchenden“ vorgesehen, welche bislang nichts in die deutschen Sozialsysteme eingezahlt haben. Dazu kommen 2,7 Milliarden für Integrationsleistungen sowie eine Milliarde für die Aufnahme, Unterbringung und Registrierung der Neuankömmlinge. Weitere 10,7 Milliarden Euro werden in die Bekämpfung der Fluchtursachen vor Ort fließen. Zusätzlich sollen noch 2,8 Milliarden für die Entlastung der Länder und Kommunen zur Verfügung stehen. Die decken ein Fünftel von deren Ausgaben für die Immigranten, die sich auf 14 Milliarden belaufen. Somit kostet die Migrationskrise den deutschen Steuerzahler 2023 insgesamt 37,9 Milliarden Euro. W.K.

## Problemfall alte Windräder

**Dessau-Roßlau** – Die Windräder, die angeblich zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen sollen, dürften in Zukunft gewaltige Umweltprobleme verursachen. Momentan stehen hierzulande bereits 30.000 Windturbinen mit jeweils drei bis zu 60 Meter langen Rotorblättern im Einsatz. Und diese müssen nach spätestens 20 Jahren ersetzt werden. Dabei ist aber weder eine Vernichtung noch ein Recycling der Blätter möglich, die aus glasfaserverstärktem Kunststoff samt Füllungen aus Plastikschaum und Balsaholz bestehen. Aufgrund des hohen Anteils an Harzen und ähnlichen Materialien sind sie nicht für die Deponierung geeignet. Ebenso scheidet eine Verbrennung aus, weil dabei krebserregende Stoffe in die Umwelt gelangen und die Glasfaserreste die Filteranlagen verstopfen. Auch sonst existieren keinerlei praxistaugliche Verfahren für die Entsorgung der Rotorblätter, wie das Umweltbundesamt Ende 2022 eingestand. W.K.

## Zu wenig Nachwuchs

**Berlin** – Im sogenannten Klimahandwerk der Bundesrepublik fehlen immer mehr Fachkräfte. So werden für die Erreichung des Zieles der Regierung, bis 2030 sechs Millionen Wärmepumpen zu installieren, 60.000 zusätzliche Monteure benötigt. Allerdings ist völlig unklar, woher diese kommen sollen. Denn das Klimahandwerk hat nicht nur ein aktuelles Personalproblem, sondern leidet auch an einem Mangel an Bewerbern für die Ausbildung zum Heizungsbauer, Kälteanlagen-techniker, Dachdecker, Wärmeisolierer oder Brunnenbauer sowie 25 weiteren als „klimarelevant“ eingestuft Berufen. Statt wie erforderlich deutlich anzusteigen, sinkt die Zahl der Ausbildungsanfänger sogar – im Jahre 2022 um 1,1 Prozent. Dadurch sind nun schon 11.000 Lehrstellen unbesetzt. Diesen Zustand erklären die Handwerkskammern mit dem demographischen Wandel sowie dem anhaltenden Trend, dass Schulabgänger lieber einen Akademiker- statt eines Handwerksberufs wählen. W.K.



Er blickt der Realität ins Auge: Als Landrat von Miltenberg weiß Jens Marco Scherf, wo die Probleme liegen

Foto: pa

### IMMIGRATION

# Ein Grüner warnt vor Asylflut

Brandbriefe an Scholz – Als Antwort kam harsche Kritik aus der eigenen Partei

VON BODO BOST

Jens Marco Scherf, einer von zwei grünen Landräten in Deutschland, fordert seit Monaten angesichts mangelnder Aufnahmekapazitäten eine Begrenzung der Zuwanderung. Von seinen eigenen grünen Parteifreunden wird er deshalb totgeschwiegen und ausgegrenzt.

Scherf ist seit dem 30. März 2014 Landrat des Landkreises Miltenberg im bayerischen Odenwald. Der überzeugte Lehrer hatte seine politische Karriere bei der Jungen Union begonnen, bevor er zu den Grünen kam. Bei den Grünen schaffte er es über ein Ortsrats-, dann ein Kreisrats- bis zum Landratsamt des Kreises Miltenberg in Bayern, eines Landkreises, der traditionell fest in CSU-Hand war.

Kaum jemand hätte den Namen bundesweit gekannt, wenn Scherf nicht einer der ersten Grünen gewesen wäre, der im Januar 2023 gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und seiner eigenen Partei aufgetreten wäre. Scherf forderte rigorose Maßnahmen gegen Einwanderer. Es müsse möglich sein, die EU-Außengrenze zu schützen, wenn es helfe, auch mit einem Zaun. Solche Worte aus dem Munde eines Grünen, dessen Partei eine „einladende Asylpolitik“ in den Ampel-Koalitionsvertrag festgeschrieben hat, hatte es bislang noch nicht gegeben.

Scherf ist derzeit wohl Deutschlands bekanntester Landrat. Er ist überzeugt: Wollen die Grünen einmal den Kanzler stellen, führt an mehr Realismus in der Asylfrage kein Weg vorbei. Er fordert ein Umdenken in Sachen Immigration. Schon Ende Januar schrieb der grüne Landrat

seinen ersten Hilferuf an den deutschen Kanzler, aber auch an die eigene Partei. „Wir Kommunen schaffen das nicht mehr“, schrieb er Olaf Scholz (SPD) sinngemäß in einem offenen Brief und meinte damit die Überforderung durch den historischen Höchststand an Asylsuchern und Kriegsflüchtlingsen.

### Vor Flüchtlingsgipfel mit Scholz

Im März hatte Scherf dann gemeinsam mit dem Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer einen zweiten Brandbrief in Sachen Migration an Kanzler Scholz geschrieben. Damit wollten beide den Druck auf den für diesen Monat geplanten Flüchtlings-Gipfel mit dem Kanzler erhöhen, damit er auch wirklich Ergebnisse liefert. Ein erster Gipfel mit Innenministerin Nancy Faeser (SPD) war ergebnislos geblieben. Dabei überfordere die große

Anzahl der Geflüchteten Deutschland, so Scherf.

Deutschland brauche mehr Struktur und Steuerbarkeit in der Migrationspolitik, fordert der Landrat. Er verlangt auch eine schärfere Trennung zwischen den Immigrantengruppen von Anfang an. Migranten dürften erst in die Verantwortung der Kommunen übergeben werden, wenn klar sei, dass sie eine Bleibeperspektive haben.

### Antworten ohne Tabus gefordert

Auch das Thema Kriminalität und Zuwanderung ist für Scherf kein Tabu. Derzeit fände in Deutschland nur jemand Hilfe, der es schaffe, einen 4000 oder 5000 Kilometer langen Fluchtweg, geprägt von Kriminalität oder kriminellen Schleusern, über das Mittelmeer zu überstehen – alte, arme Menschen oder Frauen und Kinder seien kaum noch darunter, dabei seien das die vulnerabelsten Gruppen der Herkunftsgesellschaften.

Er hätte auch noch sagen können, dass unter den in Deutschland ankommenden Asylsuchern kaum noch Christen sind, obwohl sie, von allen fachkundigen Instituten bescheinigt, die am meisten verfolgte Gruppe weltweit sind. Nur, wenn man Antworten ohne Scheuklappen oder Tabus auf diese unbequemen und drängenden Fragen gebe und dann umsetze, könne Deutschland weiterhin seiner humanitären Verantwortung gerecht werden und auch die Arbeitsmigration ermöglichen, die es dringend brauche, sagte Scherf.

Die Grüne Jugend nennt die Forderungen von Scherf „menschenverachtend“, er wurde als „Nazi“ beschimpft und zum Austritt aufgefordert. Vom extrem linken Flügel kommen sehr negative Reaktionen. Seine grüne Fraktionschefin Katharina Schulze, sonst um kein Statement verlegen, verweigert im Moment jede Stellungnahme zu Scherfs Äußerungen.

In Bayern ist bereits Wahlkampf, in Bundestags- oder Landtagswahlen wird nach Listen gewählt, da stehen Fundamentalisten (Fundis) zumeist auf den vorderen Plätzen, gewählt werden die Grünen jedoch wegen ihren Realos, wie Scherf oder (bis zu dessen Austritt) Palmer, so ist die Arbeitsteilung. Als Wahlmagneten werden unbequeme Realos wie Scherf, die Wahlkämpfe auch ohne oder sogar gegen ihre Partei gewinnen, auch nicht aus der Partei ausgeschlossen.

Seit der Gründung der Grünen gibt es die Strömungen der Fundis und Realos, aber noch nie waren die realen Probleme in der Migrationsfrage so drängend wie jetzt, dass auch die grünen Realos den Fundis ideologische Scheuklappenpolitik vorgeworfen haben.

### AHRTAL-FLUT

# Ein schwacher Trost für Opfer und Angehörige

Betroffene warten noch auf Entschädigung – Untersuchungsausschuss liefert wenig Ergebnisse

Unvorstellbare Wassermassen trafen in der Nacht vom 14. auf den 15. Juli 2021 die Region Trier und das Ahrtal in Rheinland-Pfalz. Die Folgen: Viele Tote und Verletzte und Schäden in Milliardenhöhe. Die juristischen Folgen sind teilweise immer noch nicht abgearbeitet. Manche Betroffene warten bis heute auf die Zahlung von Versicherungsgeldern.

Aus politischer Sicht dürfte das Kapitel dagegen beendet sein. Am vergangenen Donnerstag hat der Untersuchungsausschuss im rheinland-pfälzischen Landtag seine Beweisaufnahme abgeschlossen. Der Ausschuss hat knapp eineinhalb Jahre lang mehr als 220 Zeugen der Flutnacht vernommen. Mit Innenminister Roger Lewentz (SPD) und Umweltministerin Anne Spiegel (Grüne) waren zwei Minister nach Erkenntnissen aus dem Ausschuss von ihren Ämtern zurückgetreten. Der AfD-Frak-

tionsvorsitzende und Ausschuss-Obmann Michael Frisch sagte, der Rücktritt von zwei Ministern im Zuge der Aufklärung habe den Menschen im Ahrtal ein Stück weit Gerechtigkeit gegeben. Allein das stimme ihn zufrieden.

### Malu Dreyer bleibt im Amt

Das Ziel, Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) zu stürzen, erreichten weder Frisch noch die anderen Oppositionspolitiker. Als Zeugin geladen hatte Dreyer erklärt, dass sie in der Flutnacht auf den Katastrophenschutz vertraut habe. „Die größte Naturkatastrophe des Landes war aber stärker als die Strukturen des Katastrophenschutzes. Das Ausmaß der Ahr-Flut hat sich keiner ausmalen können.“ Sie wies zudem daraufhin, dass sie als Ministerpräsidentin nicht Teil der operativen Krisenbewältigung gewesen sei.

„Beschämend“, nannten CDU-Politiker die Argumentation Dreyers. Sie habe den Präsidenten der Landeskatastrophenschutzbehörde ADD, Thomas Linnertz, vorgeschoben, der insgesamt viermal als Zeuge vernommen wurde. Dabei ging es vor allem um seine frühere Vizepräsidentin Begona Hermann, die kurz nach der Katastrophe eine Reise in die USA angetreten hatte und sich nun einem Disziplinarverfahren ausgesetzt sieht.

Sie steht im Verdacht, für die Reise einen dienstlichen Anlass vorgetäuscht zu haben, um überhaupt in die USA zu gelangen. Damals waren Reisen dorthin wegen Corona-Beschränkungen weitgehend untersagt. Linnertz erklärte, es habe damals keinen Urlaubsstopp gegeben, Hermanns Aufgaben seien von anderen Mitarbeitern übernommen worden. Die Beamtin ist mittlerweile im Vorruhestand, die politi-

schen Konsequenzen dürften sich in Grenzen halten. Linnertz hatte zudem darauf verwiesen, dass er Dreyer in der Katastrophennacht geschrieben habe, dass die Lage eskaliere und die Bundeswehr benötigt werde. Die Ministerpräsidentin habe nicht unmittelbar reagiert. Dreyer argumentierte, sie habe ihren Experten vertraut.

Bis zum Sommer will der Ausschuss seinen Abschlussbericht vorlegen. Die große Frage, die der Ausschuss wohl nicht klären kann, ist die, ob die Katastrophe hätte verhindert werden können. Dass gewaltige Regenmassen vorhergesagt waren, ist belegt, das Ausmaß der Wucht habe sich wohl keiner vorstellen können. Dass die Mobilfunknetze zusammengebrochen seien, habe man nicht ahnen können, sagte Linnertz. Für die 183 Todesopfer und ihre Angehörigen ist dies ein schwacher Trost.

Peter Entinger

„LETZTE GENERATION“

# Kein Fall für den Verfassungsschutz?

Weder Strafverschärfungen noch die Beobachtung der Klima-Extremisten zeichnen sich ab

VON HERMANN MÜLLER

Bundesweit laufen derzeit mehr als 3000 Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Aktionen der „Letzten Generation“. Die Vorwürfe gegen die radikalen Aktivistinnen lauten zumeist auf Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Nötigung von Verkehrsteilnehmern oder Verstöße gegen das Versammlungsfreiheitsgesetz. Das Amtsgericht Berlin-Tiergarten hat Ende April eine Unterstützerin der „Letzten Generation“ zu einer viermonatigen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt.

Die 24-Jährige hatte sich zusammen mit einer weiteren Aktivistin am 25. August 2022 in einer Gemäldegalerie am Holzrahmen eines Werks des Malers Lucas Cranach festgeklebt. Das Gericht wertete dies als gemeinschädliche Sachbeschädigung. Zudem war die junge Frau auch an einer Straßenblockade beteiligt gewesen. Aus Sicht des Gerichts war dies der Versuch einer Nötigung. Wie eine Gerichtssprecherin mitteilte, hatte die Frau auch angekündigt, mit den Aktionen weitermachen zu wollen.

Bislang sind Haftstrafen noch immer seltene Ausnahmen. Oftmals enden die Ermittlungsverfahren gegen die Straßenblockierer ohne eine Gerichtsverhandlung mit einem Strafbefehl. Dieser ist zumeist mit einer Geldstrafe verbunden. Lediglich wenn die Betroffenen Einspruch gegen den Strafbefehl einlegen, kommt es zu einer mündlichen Verhandlung.

## DPoIG-Vize: „Unverantwortlich“

Bei einer Anhörung des Rechtsausschusses des Bundestages hatten sich im Januar geladene Experten mehrheitlich gegen schärfere Strafen für Klima-Extremisten wegen Straßenblockaden und der Beschädigungen von Kunstwerken ausgesprochen. Auch der Deutsche Anwaltverein und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) lehnten Strafrechtsverschärfungen ab. Die Unionsfraktion fordert, die Bürger „besser vor mutwilligen Blockaden öffentlicher Straßen zu schützen“. Nach den Vorstellungen von CDU/CSU sollen bei Tatbeständen wie dem gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr oder der Behinderung von hilfeleistenden Personen die Strafen angehoben werden oder mit Mindeststrafen ergehen. Rückende-



„Unverantwortlich“: Klima-Extremisten bei der Schändung eines Bildes von Claude Monet in Potsdam

Foto: pa

ckung für eine Verschärfung gab es für die Unionsfraktion von Sachverständigen der Opfervereinigung „Weißer Ring“ und von der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG). Deren Vizechef sagte, die hohe Inanspruchnahme der Polizei und anderer Einsatzkräfte seien unverantwortlich und schaden der inneren Sicherheit.

Tatsächlich sind allein bei der Berliner Polizei im vergangenen Jahr durch Aktionen der „Letzten Generation“ 233.000 Einsatzstunden zusammengekommen, so Innensenatorin Iris Spranger im Januar. Die SPD-Politikerin, mittlerweile auch im neuen Senat wieder für das Innenressort zuständig, wertete die Protestaktionen zwar als „politisch motivierte Straftaten“, die „Grenze zum Extremismus“ sah Spranger dennoch nicht überschritten.

Auch die derzeitige Einschätzung der „Letzten Generation“ durch die deutschen Verfassungsschutzbehörden ist bemerkenswert. Thomas Haldenwang, Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, sagte im März, der Verfassungsschutz von Bund und Ländern sehe „keine hinreichenden Anhaltspunkte, um die

Klimabewegung ‚Letzte Generation‘ als extremistisch einzuschätzen“. Berlins Innenverwaltung hatte bereits im vergangenen Herbst erklärt, sie sehe in den Aktionen kein verfassungswidriges Handeln.

Vor Kurzem sagte auch Bayerns Verfassungsschutz, er sehe die „Letzte Generation“ und auch die noch radikalere Gruppe „Extinction Rebellion“ nicht als Extremisten an. Laut dem bayerischen Verfassungsschutzpräsidenten Burkhard Körner begehen die Klimakleber zwar Straftaten, sie hätten aber nicht das Ziel, „sich gegen den Staat, die Demokratie oder die Würde des Menschen zu richten“. So seien die Aktivistinnen „nicht geprägt oder gesteuert durch Linksextremisten, sondern immer noch im bürgerlichen Potential verankert“.

## „Bürgerräte“ am Parlament vorbei

Im Kontrast zu dieser Verortung im Bürgertum steht eine Sprüh-Aktion der „Letzten Generation“ vom 22. April auf dem Berliner Kurfürstendamm. Dabei waren zehn Personen über Berlins Luxus-Boulevard gezogen und hatten Schaufen-

ster und Eingänge von Geschäften mit leuchtender Farbe beschmiert. Begleitet war dies von Parolen wie: „Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten.“

Erstaunlicherweise ignorieren die Verfassungsschützer bei ihrer Einschätzung bislang einen sehr wichtigen Aspekt: Die Straßenblockaden sind nämlich nicht nur ein Versuch, Autofahrern den Willen der „Klimaschützer“ aufzuzwingen. Erklärtes Ziel der „Letzten Generation“ ist es, die Gründung eines sogenannten „Gesellschaftsrates für Klimapolitik“ zu erzwingen. Beenden will die Gruppe ihre Aktionen erst, wenn die Bundesregierung den Forderungen nachkommt. Dieses Vorgehen kann als Nötigungsversuch von Verfassungsorganen gewertet werden. Auch ein näherer Blick auf den „Gesellschaftsrat“ fördert Alarmierendes zu Tage. Bereits im Februar erklärte die Aktivistin Aimée van Baalen in einer ARD-Talkshow, die „Bürgerräte“ sollten Gesetze erarbeiten und auch beschließen können. Faktisch würde damit eine gesetzgebende Parallelinstanz zum demokratisch gewählten Bundestag geschaffen.

IMMIGRATION

# „Da bewegt sich etwas auf uns zu“

Brandenburg: Städte und Gemeinden sehen sich am Ende ihrer Aufnahmefähigkeit für Asylsucher

Brandenburgs Städte und Gemeinden werden dieses Jahr vermutlich abermals fast 26.000 Flüchtlinge und Asylbewerber unterbringen müssen. So hohe Immigrationszahlen gab es zuletzt in den Jahren 2015 und 2016. Immer energischer fordern die märkischen Kommunen nun vom Land und vom Bund mehr Hilfe ein.

Bürgermeister und Hauptverwaltungsbeamte von zehn Städten und Gemeinden aus dem Landkreis Barnim haben im April einen Offenen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz und an Brandenburgs Ministerpräsidenten Dietmar Woidke (beide SPD) auf den Weg gebracht und auf die Situation in den Asylheimen aufmerksam gemacht. Auch die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeister der großen und mittleren Städte in Brandenburg, Michaela Wieszorek, warnt vor einer Überforderung: „Es gibt Kommunen, da

herrscht in der Flüchtlingsfrage Land unter“, so die parteilose Bürgermeisterin von Königs Wusterhausen (Landkreis Dahme-Spreewald).

## Selbst Linkspartei-Politiker warnt

Als ein Beispiel für eine Kommune, die aus eigener Kraft die Belastungen nicht mehr stemmen kann, nannte Wieszorek die Gemeinde Mittenwalde. Die Stadt im Landkreis Dahme-Spreewald hat sich schon bisher bei der Hilfe für ukrainische Flüchtlinge sehr stark engagiert. Nun soll Mittenwalde aber auch noch zusätzlich 400 Personen aufnehmen, die in einem Hotel untergebracht werden sollen. Die soziale Infrastruktur zur Unterbringung so vieler Menschen ist in der Stadt mit nur knapp 8700 Einwohnern aber nicht vorhanden. Wie andere Kommunalpolitiker hat mittlerweile auch die Bürgermeis-

terin der Stadt, Maja Buße (CDU), einen Brandbrief an Kanzler Scholz geschickt.

Nicht nur Brandenburgs Kommunen sehen sich angesichts des starken Zuzugs von ukrainischen Kriegsflüchtlings und von Asylsuchern aus anderen Ländern vom Bund im Stich gelassen. Auf einer Konferenz des Deutschen Städtetages in Frankfurt (Oder) forderten Oberbürgermeister aus allen östlichen Bundesländern mehr finanzielle Hilfe vom Bund und den Ländern ein. Der Bund hatte vergangenes Jahr für die Ukraine-Flüchtlinge 1,5 Milliarden Euro und eine flüchtlingsbezogene Pauschale von 1,25 Milliarden Euro für dieses Jahr zugesagt. Aus Sicht der Oberbürgermeister, darunter die Stadtoberen aus Dresden, Magdeburg, Wismar und Cottbus, reicht das Geld nicht aus. Aus der Ukraine sind binnen eines Jahres mehr als eine Million Men-

schen nach Deutschland gekommen. Obendrein steigt die Zahl der Asylträge. René Wilke (Linke), Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder) warnt: „Da bewegt sich etwas auf uns zu, das viele in der Größenordnung vielleicht noch gar nicht auf dem Schirm haben.“

Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, wies darauf hin, dass den Kommunen sogar Probleme bleiben würden, wenn der Bund mehr zur Verfügung stelle. Laut Dedy stehen vielerorts gar keine kommunalen Gebäude und Flächen mehr zur Verfügung, um Asylsucher unterzubringen. Angesichts der Probleme fordert der Städtetag nun zentrale Lager, die vom Bund betrieben werden. Dedy erinnerte daran, dass es nach dem Zweiten Weltkrieg solche zentralen Einrichtungen, etwa in Friedland, bereits gegeben habe. H.M.

● KOLUMNE

## Lahme Justiz

VON THEO MAASS

Berlin ist das El Dorado der Klima-Extremisten der „Letzten Generation“. Sie kleben sich auf der Straße fest, werden von der Polizei nachsichtig behandelt und weggetragen. Kurze Zeit danach schikanieren sie den Berufsverkehr erneut. Um das zu verhindern, gibt es das ASOG – das Berliner Polizeigesetz. Danach können die Aktivistinnen für 48 Stunden in Polizeigewahrsam genommen werden. Das ist nach dem Berliner Sicherheitsgesetz möglich (Paragraph 30 und 31 ASOG). Allerdings hat ein Richter darüber zu entscheiden, ob der Unterbindungsgewahrsam angeordnet wird.

Allein am letzten Montag im April wurden 260 Strafermittlungsverfahren, unter anderem wegen Nötigung im Straßenverkehr und Widerstand, sowie 151 Ordnungswidrigkeitenanzeigen wegen Verstößen gegen das Versammlungsfreiheitsgesetz eingeleitet. Mit dem Unterbindungsgewahrsam war es dann aber nichts. Die 71 in Gewahrsam genommenen Täter waren bald alle wieder auf freiem Fuß. Das Amtsgericht Berlin-Tiergarten macht das möglich.

In der Praxis lief das so ab: Die Polizei führte dem Richter zwei besonders krasse Fälle vor. Der Richter lehnte hier die Anwendung des ASOG ab. Darauf verzichtete die Polizei die Vorführung der übrigen 69 wegen des Verzugs von „zeitlichen Vorgaben“. Kein Wunder, dass bei derartigen Richtern Berlin als bevorzugter „Tatort“ der Klima-Extremisten ausgewählt wird. Diese mögen sich durch die Einschätzung des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, bestätigt fühlen, dass ihre Aktivitäten nicht verfassungsfeindlich seien. Sogar politische Unterstützung kam von der früheren Verkehrssenatorin Bettina Jarasch (Grüne): „Präventivhaft bedeutet, Leute ins Gefängnis zu setzen für Taten, die sie noch nicht begangen haben. Das ist fragwürdig und das muss strikt begrenzt werden.“

● MELDUNG

## Chebli fordert Rücktritt

Berlin – Die Berliner SPD-Politikerin Sawsan Chebli fordert, dass die beiden Landesparteivorsitzenden Franziska Giffey und Raed Saleh wegen der Anbahnung einer Koalition mit der CDU abtreten. Giffey wies Cheblis Anliegen kühl zurück: „Parteiwahlen sind regulär im nächsten Jahr. Jetzt steht diese Frage nicht an.“ Chebli behauptet, „viele Rückmeldungen“ von Parteimitgliedern zu erhalten, die zu den Grünen übertreten wollten. Möglicherweise hatte Chebli sich Hoffnungen auf einen Senatorenposten gemacht. Mit dem Wechsel des Regierenden Bürgermeisters von Michael Müller zu Franziska Giffey 2021 verlor sie den Posten eines Staatssekretärs für „Bürgerliches Engagement und Internationales“ und ist seither ohne einen geldbringenden politischen Posten. Chebli war in ihrer Zeit als Staatssekretärin vornehmlich dadurch aufgefallen, dass sie zahlreiche Anzeigen stellte. Einer ihrer Kritiker hatte sie als „Quotenmigrantin der SPD“ und „islamische Sprechpuppe“ bezeichnet. Versuche, den Kritiker deswegen strafrechtlich zu belangen, scheiterten. F.B.

## ● MELDUNGEN

## Polen baut 20 Mini-AKW

**Warschau** – Die Republik Polen will künftig 20 kleinere modulare Kernkraftwerke vom Typ BWRX-300 errichten. Damit revidiert das Land seine bisherige Absicht, sechs große Atomkraftwerke konventioneller Art zu bauen. Die BWRX-300 werden von einem Konsortium hergestellt, dem der US-Konzern General Electric und das japanische Unternehmen Hitachi angehören. Sie gelten als kostengünstig und risikoarm, da weder eine externe Stromversorgung noch Handlungen des Bedienpersonals erforderlich sind, um die Betriebssicherheit zu gewährleisten. Für die Planung und den Bau der Anlagen erhielt der polnische Staat Kredite in Höhe von vier Milliarden US-Dollar. Diese kommen von zwei Finanzinstituten unter Kontrolle der Regierung in Washington. Der erste der 20 polnischen BWRX-300-Reaktoren soll im Jahr 2029 ans Netz gehen. **W.K.**

## Italiens Terror-Generation

**Rom** – Fünf italienischen Klimaaktivisten der Ultima Generazione (Letzten Generation) aus Padua droht der Prozess wegen Bildung einer kriminellen Organisation. Dies teilte die Sondereinheit der italienischen Staatspolizei DIGOS mit, welche auf die Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus spezialisiert ist. Nach Angaben der DIGOS sei der Zweck der Aktionen der Beschuldigten gewesen, die Bewegungsfreiheit von Bürgern einzuschränken, Kulturgüter zu beschädigen, gewalttätige Zwischenfälle auf den Straßen zu provozieren und somit die öffentliche Sicherheit zu gefährden. Die Zuordnung zum organisierten Verbrechen begründen die Ermittler laut der Tageszeitung „La Repubblica“ damit, dass die Mitglieder der Ultima Generazione nicht aus spontanem zivilem Ungehorsam heraus gehandelt hätten, sondern zielgerichtet, geplant und im Rahmen hierarchischer Strukturen. **W.K.**

## Mehr russische Milliardäre

**Moskau** – Trotz der Sanktionen des Westens, mit denen Russland die Mittel zur Kriegsfinanzierung entzogen und die Wirtschaft insgesamt geschwächt werden sollte, ist die Zahl der Milliardäre in Russland gestiegen. Das geht aus einer Statistik des US-Magazins „Forbes“ für das Jahr 2023 hervor. Weltweit ist demnach die Zahl der Milliardäre zum zweiten Mal in Folge gesunken. Insgesamt gibt es laut „Forbes“ mit 2640 Milliardären jetzt 28 weniger als im Vergleich zum Vorjahr. Ihr Gesamtvermögen beträgt derzeit 12,2 Trillionen US-Dollar, 500 Milliarden sollen die Superreichen während der Krise eingebüßt haben. Russland hat dagegen mit insgesamt 110 Personen 22 Milliardäre mehr als 2022. Deren Gesamtvermögen stieg von 353 Milliarden auf 505 Milliarden Dollar. Fünf russische Finanzgrößen haben ihre Staatsbürgerschaft aufgegeben. Zu den Superreichen zählen einige Oligarchen aus Putins unmittelbarer Umgebung, die ebenfalls vom Westen mit Sanktionen belegt wurden. **MRK**

## GEHEIMDOKUMENTE

# NATO-Präsenz in der Ukraine aufgedeckt

Whistleblower-Enthüllungen legen eine Parteinahme des westlichen Bündnisses im Ukrainekrieg nahe

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die mutmaßlich von Jack Teixeira, einem Angehörigen der Nationalgarde der Vereinigten Staaten, auf verschiedenen Internet-Plattformen offengelegten Geheimdokumente der US-Streitkräfte und -Geheimdienste enthalten auch Informationen über Militärangestellte von NATO-Staaten, welche in der Ukraine im Einsatz stehen sollen. Damit bestätigen sie frühere Berichte der „New York Times“, der britischen „Times“ sowie der investigativen US-amerikanischen Nachrichtenportale „The Intercept“ und „The Grayzone“ aus dem Zeitraum vom Juni bis Dezember 2022.

Denen zufolge hat US-Präsident Joe Biden schon gleich nach Kriegsbeginn Spezialeinheiten und Geheimdienstler in die Ukraine entsandt, um dort ein „umfangreiches Programm verdeckter Operationen“ durchzuführen. Darüber hinaus zitierte die „Times“ den ehemaligen

Oberbefehlshaber der königlichen Marine Großbritanniens, Lieutenant General Robert Magowan, mit den Worten, britische Kommandotruppen hätten in der Ukraine „diskrete Operationen in einem äußerst sensiblen Umfeld und mit einem hohen politischen und militärischen Risiko“ durchgeführt oder unterstützt.

### Für „bare Münze“ genommen

Laut den neuen Enthüllungen, als deren Urheber der den militärischen Dienstgrad eines Airman First Class tragende Informant Teixeira gilt, operierten im Zeitraum Februar/März 2023 fast 100 Angehörige von Spezialeinheiten aus mindestens fünf NATO-Staaten auf ukrainischem Boden. Im Einzelnen soll es sich dabei um 50 Briten, 17 Letten, 15 Franzosen, 14 US-Amerikaner und einen Niederländer gehandelt haben. Dazu kamen 29 Vertreter des Verteidigungsministeriums der Vereinigten Staaten.

Nicht genannt wird hingegen die Zahl der Geheimdienstmitarbeiter, die ange-

ben ebenfalls vor Ort waren. Ebenso fehlen in den jetzt publik gewordenen Dokumenten jegliche Informationen über die Einsatzorte und Aufgaben der NATO-Kräfte in der Ukraine.

Einige höchst vage diesbezügliche Hinweise lieferten die offiziellen Reaktionen der genannten NATO-Staaten. Während Frankreich die Entsendung von Soldaten rundheraus abstritt, bestätigten Lettland und die USA „eine geringfügige Militärpräsenz“. Diese sollte im Falle der Vereinigten Staaten, so der Sprecher des United States National Security Council John Kirby, aber lediglich der Unterstützung der US-Botschaft in Kiew „bei der Erfüllung der Rechenschaftspflicht für die Ausrüstung ...“, welche in die und aus der Ukraine kommt“, gedient haben.

Und die britische Regierung wiederum gab auch kein reines Dementi ab, sondern äußerte, die Enthüllungen Teixeiras wiesen ein „schwerwiegendes Maß an Ungenauigkeit“ auf, weshalb man nicht alles „für bare Münze“ nehmen dürfe.

Deutlich klarer sind hingegen einige Wortmeldungen von Politikwissenschaftlern wie Stefan Meister von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und Gerhard Mangott von der Universität Innsbruck sowie dem Militärgeschichtler beim österreichischen Bundesheer, Oberst Markus Reisner. Diese drei Militärexperten gehen unisono davon aus, dass die NATO-Soldaten als Ausbilder für ukrainische Kämpfer fungierten.

Außerdem hält Meister eine Mitwirkung bei der Klärung „taktischer Fragen rund um Angriffe und Spezialoperationen der ukrainischen Armee“ für wahrscheinlich, während Reisner von einer möglichen Kooperation zwischen dem britischen Special Boat Service (SBS) und ukrainischen Elitekämpfern spricht.

### Wird NATO nun zur Kriegspartei?

Und tatsächlich hat das Internetportal „The Grayzone“ bereits am 10. Oktober 2022 ein Dokument namens „Support for Ukraine Maritime Raiding Operations“ (Unterstützung für maritime Überfallaktionen der Ukraine) vorgelegt. Dieses war offensichtlich zur Information der Führung des britischen Auslandsgeheimdienstes MI6 gedacht und enthält zahlreiche Planskizzen für Aktionen gegen die Kriegsflotte und zivile Infrastrukturen Russlands wie die Krim-Brücke über die Kertsch-Straße, welche am 8. Oktober 2022 Ziel eines schweren Bombenanschlags seitens des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes Sluschba bespeky Ukrajiny (SBU) wurde.

Angesichts dessen stellt sich die Frage, ob die Vorbereitung derartiger Einsätze durch NATO-Spezialisten das nordatlantische Bündnis zur Kriegspartei macht. Dies verneinen Mangott und Meister gleichermaßen: Dazu müssten die ausländischen Kräfte ganz direkt in Kampfhandlungen eingreifen, wofür es momentan aber keine Hinweise gebe.

Zu dem gleichen Urteil kam zuvor bereits auch der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages in seiner Stellungnahme „Rechtsfragen der militärischen Unterstützung der Ukraine durch NATO-Staaten zwischen Neutralität und Konfliktteilnahme“ vom 16. März 2022: Kriegspartei werde man eindeutig nur durch die „unmittelbare Teilnahme an Feindseligkeiten“.



Undichtiges Gebäude: Aus dem US-Verteidigungsministerium Pentagon kamen die Geheimdokumente

Foto: pa

## VEREINIGTE STAATEN

## Kulturkampf um das ungeborene Leben

Nach Aufhebung eines seit 50 Jahren geltenden Rechts: North Dakota schränkt Abtreibungen massiv ein

Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten über Jahrzehnte eines der liberalsten Abtreibungsgesetze der Welt. Doch seit dem vergangenen Sommer ist alles anders. Das oberste US-Gericht hatte im vergangenen Juni das seit fast 50 Jahren geltende Recht einer Frau aufgehoben, selbst entscheiden zu dürfen, ob sie eine Schwangerschaft fortsetzt oder nicht. Das Gericht machte damit den Weg für strengere Abtreibungsgesetze frei – bis hin zu kompletten Verboten. In einigen Bundesstaaten traten umgehend Verbotsgesetze in Kraft, teilweise waren es noch Bestimmungen aus dem 19. Jahrhundert.

In der vergangenen Woche hat der Gouverneur von North Dakota ein Gesetz unterzeichnet, das fast alle Abtreibungen in dem US-Bundesstaat verbietet. Das neue Gesetz präzisiert und verfeinert das bestehende Recht und bekräftigt den An-

spruch North Dakotas als „Pro-Life-Staat“, sagte der republikanische Gouverneur Doug Burgum.

Mitte April hatte bereits der einwohnerstarke Bundesstaat Florida ein Gesetz beschlossen, das Schwangerschaftsabbrüche nach der sechsten Woche verbietet. Das Weiße Haus verurteilte den Schritt als „extrem und gefährlich“. Der US-amerikanische Präsident Joe Biden hat die neuen Gesetze scharf kritisiert.

Seine Vizepräsidentin Kamala Harris trat kürzlich gar bei einer Demonstration von Abtreibungsbefürwortern auf. „Können wir wirklich frei sein, wenn Familien intime Entscheidungen über den Verlauf ihrer eigenen Leben nicht treffen können. Und können wir wirklich frei sein, wenn sogenannte Anführer behaupten ‚Vorreiter der Freiheit‘ zu sein, während sie es wagen, die Rechte des amerikani-

schen Volkes einzuschränken und die Grundlagen der Freiheit anzugreifen?“, argumentierte sie.

### Keine Chance auf politische Lösung

Präsident Biden hatte schon während des Wahlkampfs angesichts des erwarteten Urteils angekündigt, das landesweite Recht auf Schwangerschaftsabbrüche per Gesetz wieder einzuführen. Der Kampf für das Recht auf Abtreibung sei nicht vorüber, schrieb er damals auf Twitter. Doch sein Einfluss ist mittlerweile begrenzt. Dadurch, dass die Republikaner über eine Mehrheit im Repräsentantenhaus verfügen, besteht faktisch keine Chance auf eine politische Lösung.

Die Stimmung in den Vereinigten Staaten heizt sich zunehmend auf. Einerseits kommt es immer wieder zu Übergriffen auf Abtreibungskliniken, andererseits

gingen auch Kirchen in Flammen auf, in denen besonders konservative Priester gegen Schwangerschaftsabbrüche gepredigt haben. Kritiker des föderalen Flickenteppichs berichten von einem Abtreibungstourismus. In rund der Hälfte herrschen neuerdings strikte Gesetze oder sind in Planung. Dagegen haben beispielsweise die von den Demokraten regierten US-Bundesstaaten Kalifornien, Oregon und Washington erklärt, das Recht auf Abtreibung hochhalten zu wollen.

Für zusätzliches Chaos sorgen verschiedene Gerichtsurteile zu den sogenannten Abtreibungspillen. Mittlerweile ist die Situation entstanden, dass selbst in den „strengen“ Staaten, der Kauf der Medikamente legal ist. Schwangerschaftsabbrüche können demnach zu Hause durchgeführt werden, allerdings ohne ärztliche Aufsicht. **Peter Entinger**

VON HERMANN MÜLLER

Während der Jahre der Corona-Pandemie sind in Deutschland von 2020 bis 2022 jedes Jahr etwa 11.000 Läden aus dem Geschäftsleben verschwunden. Die Hoffnungen vieler Ladenbetreiber auf einen Aufschwung in der Zeit nach dem Auslaufen der Pandemie-Maßnahmen scheint sich nun oftmals nicht zu erfüllen.

Hohe Energiepreise und die Inflation haben dazu geführt, dass die Deutschen immer noch deutlich weniger konsumieren als vor der Pandemie. Mit voller Wucht zu spüren bekommt dies der Einzelhandel. In den Vorkrisenjahren 2015 bis 2019 lag die Zahl der Geschäftsaufgaben im Schnitt bei 5000 jährlich. Für dieses Jahr prognostiziert der Handelsverband Deutschland (HDE), dass 9000 Geschäfte für immer schließen werden.

Nach Angaben des Handelsverbands, sorgen bei den Unternehmen vor allem höhere Kosten für Druck auf Erlöse und Gewinne. „Zudem führt die hohe Inflation zu Kaufkraftverlusten bei den Verbrauchern“, so der HDE. Nach Angaben von HDE-Präsident Alexander von Preen ist vor allem der kleinbetriebliche Fachhandel im Bereich Non-Food (Nicht-Lebensmittel) betroffen.

#### Leergefegte Stadtzentren

Angesichts des Ladensterbens warnt der Verband vor den Folgen für die Innenstädte: „Ohne erfolgreichen Einzelhandel haben die Stadtzentren kaum Zukunftsperspektiven“, so von Preen. Der HDE-Präsident warnt: „Stirbt der Handel, stirbt die Stadt.“ Zum Gegensteuern schlägt der Handelsverband eine Gründungsinitiative vor: „Unbürokratische und schnelle Genehmigungsprozesse für Umbauten und Umwidmungen müssen ganz oben auf die Prioritätenliste“, so der Verbandschef. Der HDE wünscht sich zudem flächendeckend Ansiedlungsmanager. Bleiben Gegenmaßnahmen aus, dann könnte es aus Sicht des Handelsverbandes zu einer Kettenreaktion kommen, die zu noch mehr Leerstand in den deutschen Innenstädten führt.

Es ist fraglich, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen tatsächlich ein weiteres Ladensterben verhindern können. Fundamentale Daten sprechen dafür, dass die vom Handel schon seit der Corona-Pandemie erhoffte Kehrtwende ausbleibt und sich der Abwärtstrend zunächst weiter fortsetzt.

Im März fiel der Umsatz im Einzelhandel nach Angaben des Statistischen Bundesamtes um 1,3 Prozent geringer aus als im Vormonat. Inflationsbereinigt sank der Umsatz der Händler im Vergleich zum Februar sogar um 2,4 Prozent. Zieht man den März 2022 zum Vergleich heran, dann



Aus nach mehr als 70 Jahren: Ein Münchener Traditionsunternehmen musste vor Kurzem für immer schließen

#### SINKENDE KAUFKRAFT

## „Stirbt der Handel, stirbt die Stadt“

Handelsverbände und Konjunkturforscher schlagen wegen Geschäftsaufgaben Alarm – Unternehmen des „Non-Food“-Bereichs konnten sich nicht erholen

musste der Einzelhandel sogar ein reales Umsatzminus von 8,6 Prozent verkraften. Diese Zahlen spiegeln eine sinkende Kaufkraft der deutschen Verbraucher wieder.

#### Umsatzverluste spiegeln Einkommensrückgänge

Für Sebastian Dullien vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) reflektiert der Rückgang der Einzelhandelsumsätze die fallende Kaufkraft der Privathaushalte durch Energiepreisschock und hohe Inflation. Dullien geht davon aus, dass das Konsumniveau des Jahres 2019 frühestens 2025 wieder erreicht wird. „Der Energie- und Nahrungsmittelpreisschock bedeutet damit ein halbes verlorenes Jahrzehnt für die deutschen Konsumentinnen und Konsumenten“, so der Volkswirt gegenüber der „FAZ“.

Tatsächlich mussten Deutschlands Arbeitnehmer 2022 bereits zum dritten Mal in Folge ein Sinken der Reallöhne verkraften. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes sind im vergangenen Jahr zwar die Nominallöhne um 3,5 Prozent gestiegen, die Inflationsrate lag aber fast doppelt so hoch. Unter dem Strich bedeutete dies für die deutschen Arbeitnehmer ein Sinken des Reallohns um mehr als drei Prozent im Vergleich zum Jahr 2021. Der Wert bedeutet die stärkste Schrumpfung seit Beginn der Statistik im Jahr 2008.

Nach Prognose von Ökonomen müssen sich die Arbeitnehmer hierzulande mittlerweile sogar auf das vierte Jahr in Folge mit Reallohnverlusten gefasst machen. Auch die Bundesbank geht erst im kommenden Jahr wieder von steigenden Reallohnen aus. Bei dieser Prognose ver-

weist die Bundesbank auf eine Entwicklung, die schon länger befürchtet worden war. Demnach kommt es inzwischen zu sogenannten Zweitrundeeffekten.

Dabei heben Unternehmen ihre Preise noch weiter an, weil sie über hohe Tarifabschlüsse mehr Personalkosten tragen müssen. Im Vergleich der Kaufkraft in den drei deutschsprachigen Ländern ist die Bundesrepublik mittlerweile sogar hinter Österreich zurückgefallen. Laut einer Untersuchung des Konsumforschungsunternehmens GfK liegt die Schweiz mit einer jährlichen Pro-Kopf-Kaufkraft von 49.592 Euro weiterhin unangefochten vorn. Die Menschen in Österreich kommen inzwischen allerdings auch auf einen durchschnittlichen Jahreswert von 26.671 Euro und überholen damit die Bundesdeutschen mit einem Durchschnittswert von 26.271 Euro.

#### ATOMKRAFT

## Die Türkei weiht ihren ersten Atomreaktor ein

Trotz Sanktionen war die russische Rosatom beim Bau beteiligt – Erdoğan und Putin sind sich einig

Der russische Präsident Wladimir Putin und der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan haben nach Angaben ihrer Büros miteinander telefoniert, bevor die beiden Länder die Einweihung des ersten türkischen Atomreaktors feierten. Das Atomkraftwerk steht in der Stadt Akkuyu in der südtürkischen Provinz Mersin, nicht weit entfernt von dem Erdbebengebiet, in dem im Februar dieses Jahres 50.000 Menschen bei einem Beben ums Leben kamen. Allein deswegen war zur Einweihung kein großes Fest geplant. Das AKW wurde von der staatlichen russischen Atomenergiewirtschaft Ros-atom gebaut.

Erdoğan dankte Putin für dessen Hilfe beim Bau des Kraftwerks. Beide Staatschefs sprachen auch über die Schwarzmeer-Getreide-Initiative und die Situati-

on in der Ukraine. Putin sagte, sie seien übereingekommen, die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Handel und Landwirtschaft zu vertiefen. Die beiden Länder arbeiteten an einer Initiative Erdoğan's, aus russischem Getreide hergestelltes Mehl in Länder zu schicken, die es benötigten.

Beide Präsidenten nahmen virtuell an einer Zeremonie teil, bei der der Kernbrennstoff in den ersten Kraftwerksblock in Akkuyu geladen wurde. Das 20-Milliarden-Dollar-Projekt zum Bau von vier Reaktoren mit einer Leistung von 4800 Megawatt wird es der Türkei ermöglichen, dem Klub der wieder wachsenden Länder mit ziviler Kernenergie beizutreten, dem Deutschland, entgegen dem Trend seit einigen Wochen nicht mehr angehört. Im

Jahr 2025 soll die Anlage physisch ans Netz gehen, um Strom zu produzieren, so Andrej Lichatschow, Leiter von Rosatom. Ankara hofft, dass die Anlage die Abhängigkeit der Türkei von Energieimporten aus Kohlenwasserstoffen verringern wird.

#### Erdoğan möchte eigene Atombombe

Der Bau der Akkuyu-Anlage wurde durch die Sanktionen des Westens erschwert. „Ja, wir haben gewisse logistische Probleme“, sagte der Direktor des Werks Akkuyu, Sergej Buzkich, am Vorabend des Starts gegenüber Reportern.

Die Türkei ist der einzige NATO-Staat, der gute Beziehungen zum russischen Präsidenten pflegt. Sie weigert sich, die westlichen Sanktionen gegen Russland zu unterzeichnen und versucht, ein Ende des

Krieges zu vermitteln. Allerdings ist die Türkei unter Erdoğan auch eine „Einmann“-Autokratie geworden und verfolgt mit dem Projekt der Wiederherstellung eines neo-osmanischen Reiches eine ähnliche Politik wie Putin, der ein neues imperiales großrussisches Reich wiederherstellen möchte. Erdoğan hat wiederholt angedeutet, dass er beabsichtigt, eine eigene türkische Atombombe zu bauen.

Der türkische Präsident nahm per Videoschaltung an der Zeremonie teil, da er wegen eines Gesundheitsproblems Veranstaltungen absagen musste. Am 14. Mai stehen in der Türkei Präsidentschafts- und Parlamentswahlen an, deren Ausgang auch über die zukünftige politische Ausrichtung des Landes entscheiden wird.

Bodo Bost

#### MELDUNGEN

## China testet schnelle Bahn

Peking – China plant, das bereits existierende Netz von Hochgeschwindigkeitsverbindungen durch Trassen für Magnetschwebbahnen (MAGLEV) zu ergänzen, die Geschwindigkeiten von bis zu 1000 Kilometern pro Stunde erlauben. Bislang bestand aber das Problem, dass der hierfür notwendige Einsatz von Elektromagneten im Status der Supraleitung Umgebungstemperaturen nahe dem absoluten Nullpunkt erforderte, ansonsten wäre der Strombedarf ins Unermessliche gestiegen. Jetzt ist den Ingenieuren der CRRC Changchun Railway Vehicles Co. der Durchbruch gelungen, um die MAGLEV-Technik voranzubringen: Sie entwickelten ein Material, welches Supraleitung auch bei wesentlich höheren Temperaturen ermöglicht, und testeten ihre Erfindung erfolgreich auf den Versuchsstrecken der CRRC. Parallel hierzu arbeiten andere Forscher an Permanentmagneten für die MAGLEV, welche überhaupt keinen Strom verbrauchen. W.K.

## Holzwirtschaft unter Druck

Moskau – Die russische Holzindustrie steht unter Druck. Exportprobleme aufgrund des Sanktionspakets der EU haben zu einem Produktionsrückgang geführt. Laut dem russischen Statistikkamt Rosstat ging die Produktion von Schnittholz im Jahr 2022 um 10,3 Prozent auf 29 Millionen Kubikmeter zurück. Obwohl China russisches Holz importiert, gibt es Schwierigkeiten bei der Umstrukturierung der Logistik. Im Januar und Februar 2023 beliefen sich die Exporte auf 2,6 Millionen Kubikmeter, das sind 23,5 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. China ist derzeit mit einem Anteil von 63 Prozent der Hauptabsatzmarkt für russische Unternehmen. Anfang 2023 erhöhte Russland zwar die Schnittholzlieferungen nach China um 7,2 Prozent auf 1,6 Millionen Kubikmeter und an zweiter Stelle steht Usbekistan, aber die Sägewerke waren nicht in der Lage, alle verlorenen europäischen Märkte durch andere Abnehmer zu ersetzen. Die Regierung erhält immer mehr Unterstützungsanfragen von Vertretern der Holzindustrie. MRK

## Ukraine sucht Investoren

Kiew – Die in Schulden versinkende Ukraine versucht massiv, ausländische Investoren ins Land zu locken, wobei sie gezielt US-Branchenriesen wie BlackRock, Goldman Sachs und J.P. Morgan anspricht. Laut Advantage Ukraine, der Plattform der Investitionsinitiative, können sich Interessenten für 500 Projekte bewerben und insgesamt 400 Milliarden US-Dollar anlegen. Dabei geht es vor allem um den Kauf von Staatsbetrieben. Außerdem sollen riesige landwirtschaftliche Nutzflächen verpachtet werden. Wie der Leiter des Staatsvermögensfonds der Ukraine, Rustem Umerov, mitteilte, handelt es sich dabei um einen klassischen „Notmarkt“ für wagemutige Investoren. Wegen des Krieges und des Widerstands gegen die Privatisierungswelle hat bislang offenbar niemand das Werben erhört. W.K.

## KOMMENTARE

## Das wahre Geschlecht

RENÉ NEHRING

Der Entwurf für ein neues Selbstbestimmungsgesetz steht. Dies meldeten übereinstimmend die Deutsche Presseagentur und mehrere Medien. Demnach soll in Deutschland künftig jede Person ihr Geschlecht und ihren Vornamen selbst festlegen und in einem vereinfachten Verfahren beim Standesamt ändern können.

Damit will die Regierung das Leben von transsexuellen, intersexuellen und nichtbinären Personen erleichtern. Zur Erläuterung dieser vielen Bürgern nicht geläufigen Begriffe, erklärte „tagesschau.de“, dass das Wort „trans“ jene Personen umfasse, die sich nicht mit dem Geschlecht identifizieren, „das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde“. „Inter“ bedeute, „angeborene körperliche Merkmale zu haben, die sich nach medizinischen Normen nicht eindeutig als (nur) männlich oder (nur) weiblich einordnen lassen“. Und unter „nicht-binär“ würden diejenigen verstanden, die sich weder als Mann noch als Frau identifizieren.

Was in Menschen vorgeht, die sich nicht mit ihrem angeborenem Geschlecht

identifizieren, vermögen sich Nichtbetroffene kaum vorzustellen. Weshalb Spott über sie auch unangebracht ist.

Und doch lohnt es, sich das Gesetz genauer anzusehen. Dann fällt nämlich auf, dass der Entwurf interessante Ausnahmen enthält, bei denen das bei der Geburt zugewiesene Geschlecht auch künftig eine Rolle spielt. So sollen sich Männer im Verteidigungsfall nicht einfach durch eine schnelle Änderung ihres Geschlechtseintrags einer möglichen Einberufung entziehen können. Außerdem sollen Personen, die zwar rechtlich, aber nicht biologisch weiblich sind, keinen vereinfachten Zugang zu nach Geschlecht getrennten Einrichtungen wie Frauensaunen, öffentlichen Toiletten oder Umkleidekabinen, aber auch Frauenhäusern oder Gefängnissen erhalten.

Im Ernstfall ist dem Staat also nicht egal, wer als Frau und wer als Mann geboren wurde. So zeigen diese Einschränkungen, dass den Machern des Gesetzes durchaus bewusst ist, dass Menschen letztendlich nur ein Geschlecht haben – das biologische. Und dass alles andere lediglich ein soziales Konstrukt ist.

## Durchschaubarer Vorstoß

PETER ENTINGER

Es ist immer wieder das gleiche Spiel. Wie viel Geld braucht der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland? Seit Monaten bereiten die Sendeanstalten ihre Forderungen gegenüber der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) vor. Kürzlich wurden Pläne bekannt, dass die ARD eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags auf über 20 Euro für nötig hält.

Zumindest bei der mitregierenden FDP dürften diese Forderungen auf relativ wenig Zustimmung stoßen. Haben doch die Liberalen auf ihrem kürzlich abgehaltenen Bundesparteitag ein Papier beschlossen, wonach die Öffentlich-Rechtlichen stark verschlankt werden sollen. Der von den Delegierten in Berlin gefasste Beschluss sieht eine Fusion von Sendern, eine Reduzierung der Zahl der Programme und ein Einfrieren des Rundfunkbeitrags mit dem längerfristigen Ziel einer Beitragssenkung vor.

Mit diesem Vorstoß dürfte die FDP in der Bevölkerung viel Zustimmung erhalten. Und das ganz ohne Risiko. Denn SPD und CDU haben in der Vergangenheit stets klar gemacht, dass mit ihnen am lukrativen ÖRR-Ast nicht zu sägen ist. So setzte sich NRW-Medienminister Nathanael Liminski (CDU) umgehend für einen stabil bleibenden Rundfunkbeitrag ein. Warum auch nicht, bekommen doch die Spitzenpolitiker der etablierten Parteien regelmäßig großzügige Sendezeiten in den Talk-Runden von ARD, ZDF, Phoenix & Co. – und somit beste Werbung auf Kosten der Beitragszahler.

Insofern mag der Vorstoß der FDP inhaltlich richtig sein, im Endeffekt ist es aber nur der durchschaubare Versuch, eine gewisse Stimmung innerhalb der Bevölkerung zu bedienen. Letztlich können die Liberalen ganz ohne Risiko ihre Stimme erheben, denn die Chance auf eine Umsetzung ihres Vorschlags ist verschwindend gering.

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,  
**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.  
**ISSN** 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2023:  
Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 3,90 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann.  
Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:**  
redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:**  
www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Inszenierung einer neuen Bürgerlichkeit, in der die Werte des alten Bürgertums abgeräumt werden: Die grünen Leitfiguren Annalena Baerbock und Robert Habeck

Foto: pa

## KOLUMNE

## Grüne Anti-Ästhetik

FLORIAN STUMFALL

Werbeagenturen, die beauftragt sind, für die Erneuerbaren Energien Stimmung zu machen, zeigen gerne friedliche Landschaften, in denen sich am Boden, wie einst sanftes Moos, die Sonnenkollektoren ausbreiten, unterbrochen nur von den Türmen der Windräder, die frohgemut ihre Arme in den unschuldig blauen Himmel recken.

Angesichts solcher Bilder und im Bewusstsein, dass ihre Verursacher zu glauben scheinen, damit könne man Sympathie wecken, stellt sich die Frage, warum eines der zahlreichen gewichtigen Argumente gegen dieses Treiben meist unerwähnt bleibt. Wieso, so will man wissen, geht es der grünen Bewegung in fast allen Parteien durch, rücksichtslos die Natur zu verunstalten und die Umwelt auf monströse Weise zu verschandeln?

Beim Versuch, darauf eine Antwort zu finden, stellt sich schon an diesem Punkt heraus, dass hier eine fanatische, umstürzlerische Kraft wirksam ist. Zu deren Instrumentarium gehört es ganz wesentlich, Wertvorstellungen der Gesellschaft, die sie bekämpft, abzuschaffen, und die eigenen an diese Stelle zu setzen. So ist es eben auch nicht die Natur als Ausdruck einer harmonischen Schöpfung, um die es der grünen Bewegung geht, sondern die Verwirklichung der eigenen Ideologie. In dieser aber und in ihrem Gefüge gibt es für einen Begriff wie Schönheit oder Ästhetik keinen Platz – im Gegenteil: Man setzt dies mit dem hässlichen Wort vom „ästhetisieren“ bewusst herab und macht damit das Anliegen verächtlich.

## Kampf gegen bürgerliche Relikte

Auch hier zeigen sich die Grünen in der revolutionären Gefolgschaft Lenins, welcher den Kern seiner Partei von der strengen Observanz der proletarischen Vorschriften ausgenommen hat. Wenn etwa die Außenministerin optisch renoviert und kalfatern werden muss, dann darf das dem Steuerzahler durchaus einen sechsstelligen Betrag pro Jahr wert sein. Doch im Allgemeinen gilt: Ästhetik ist ein schädliches Relikt der bürgerlichen Epoche, und jede Rücksicht darauf ist nicht nur überflüssig, sondern vielmehr schädlich. Was im grünen System nicht grundgelegt ist, genießt keinen Bestandsschutz.

Diese Einstellung zeigt sich durchgehend, nicht nur in der Sünde wider die

Natur. Ihre ursprünglich herausfordernde Art und Weise, sich in ihrem Äußeren zu zeigen, hat im Laufe der Jahrzehnte allerdings an Strahlkraft verloren. Doch als die ersten Grünen die Parlamente eroberten, taten sie das teilweise in Kleidern, als kämen sie unter den Brücken hervor, und das zu einer Zeit, als sich sogar die Besucher eines Hohen Hauses bemühten, korrekt gekleidet aufzutreten. Doch an diesem Nebenschauplatz haben die Grünen ihre erste Wut eingebüßt, dies ist aber nur eine taktische Niederlage. Vielleicht ziehen sie keine Turnschuhe mehr an, aber in den Köpfen sind diese noch vorhanden.

## Der Zusammenhang von Ästhetik und Wert ist heute so gut wie vergessen

Ein breites Feld, mit bürgerlichen Vorstellungen und Vorlieben aufzuräumen, ist das Bauwesen, nicht nur was die Errichtung von Windmühlen angeht. Kein Wunder: Das Bauen war zu allen Zeiten bewusster Ausdruck hoheitlichen Anspruchs. Nachdem die kommunale Planungshoheit ihre Regelungskraft eingebüßt hat, schützt niemand mehr vor gewollten, herausfordernden und beleidigenden Bausünden. Da sind indes weniger die Gebäude und ihre Art gemeint, denn hierin soll Freizügigkeit herrschen, sondern die Frage, wo ein Glas-/Beton-/Aluminium-Monster hingestellt werden darf. Geschichte das in einem Neubaugebiet – warum nicht? Doch innerhalb eines historischen Ensembles ist derlei unerträglich und trägt einen Zug der Bösartigkeit.

Der Kulturkampf gegen die bürgerliche Welt spielt sich auch im Krieg gegen ihre äußerliche Darstellung ab. Wenn es dem einen ein Gräueltat ist, eine gotische Häuserreihe durch einen Glaspalast zu unterbrechen, ist es für den anderen Ausdruck eines – angeblich dringend erforderlichen – neuen Denkens und somit gut. Gut – das führt von der reinen, formalen Ästhetik weiter zu ihrer inhaltlichen Bedeutung und damit zum Wertebewusstsein.

Dieser Zusammenhang von Ästhetik und Wert ist in der Gegenwart so gut wie vergessen, doch für die Griechen der An-

tike war er unerlässlicher Bestandteil der Weltanschauung. Das ging so weit, dass die beiden Begriffe für „schön“ und „gut“ im ethischen Sinne zu einem verschmolzen wurden. Das brachte zum einen die Überzeugung zum Ausdruck, dass äußerliche Schönheit in der Kunst immer auch mit einem innerlichen Wert zusammenhängt, und zum anderen, dass dieses Verhältnis eine Bestimmung des Menschen zum Ausdruck bringt.

Nehmen wir den Umkehrschluss und wenden wir die vielen Hässlichkeiten, die uns bedrängen, an im Sinne einer Wegweisung für den Menschen, dann kann einem angst werden.

## Angriff auf die Sprache

Der Kampf gegen die Schönheit ist nicht auch nur umrissen, ohne dass erwähnt würde, was unserer Sprache unter dem Ansturm plebejischer Wut zu leiden hat. Das unsägliche und mit einer unerhörten Penetranz vorgetragene Gendern steht dabei im Mittelpunkt dessen, was die grün-rote Linke an Angriffen auf die Sprache und damit die bürgerliche Welt in Stellung bringt. Doch zur selben Zeit und im Schatten dieses Ärgernisses findet zum zusätzlichen Schaden eine Entwicklung statt, die gekennzeichnet ist durch rapide sinkende Ansprüche an die Sprachästhetik, wenn nicht gar durch den bewussten Willen, diese auszurotten.

Auch hier wird ein Motiv wirksam, das für revolutionäre Bewegungen unerlässlich ist: der Gleichheitswahn. Es dürfe keine Unterschiede mehr geben, so die Lehre. Danach herrsche erst Gerechtigkeit, wenn alle auf dem Stand eines Halbdobilen angekommen wären. Herausragende Eigenschaften und Leistungen, wie sie notwendig sind, wenn in der Gesellschaft Schönheit und Harmonie Geltung haben sollen, werden verächtlich gemacht und verfehmt.

Das ist der Punkt, an welchem sich der Zusammenhang zwischen Ästhetik und Ethik wieder nebelverhangen erahnen lässt – weit entfernt von der grünen Welt und den Illusionen, auf denen sie errichtet werden soll; weit entfernt auch von aller Bösartigkeit, mit welcher jeder Kulturkampf einhergeht, welche die schönen Dinge trifft und den Menschen meint.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

# Und führe uns staunend in Versuchung

Liebe und Glaube – Das Diözesanmuseum Freising ist nach neun Jahren wieder eröffnet und widmet sich der „Verdammten Lust“

VON VEIT-MARIO THIEDE

Eine der bedeutendsten religiöns-geschichtlichen Sammlungen der Welt hütet das Diözesanmuseum Freising. Wegen mangelhaften Brandschutzes war es seit 2013 geschlossen. Die Sanierung des Hauses finanzierte die Erzdiözese München-Freising mit 73,8 Millionen Euro. Für die Modernisierung des spätklassizistischen Gebäudes sorgte das Architekturbüro Brückner & Brückner. Markante Neuerung sind die bis zum Fußboden herabgezogenen Rundbogenfenster, die wie verlastete Arkaden aussehen.

Das Arkadenmotiv setzt sich im Erdgeschoss fort, das somit aus einer offenen Raumfolge besteht. Zentraler Veranstaltungsort ist der Innenhof. Dessen dunkle Holzdecke wurde beseitigt. Durch die neue Glasdecke fällt nun reichlich Licht von oben ins Haus.

Die Schausammlung ist im ersten Stock eingerichtet. Die Präsentation vereint Werke des frühen Christentums bis hin zur Gegenwartskunst. Museumsdirektor Christoph Kürzeder erläutert: „Wir stellen in unserer Schausammlung die Geschichte, das Leben und die Wirkung der beiden wichtigsten Figuren für das Christentum dar: Jesus und Maria. An ihnen zeigt sich ja, was Menschsein ist.“

Im ersten Saal steht das Wunder der Geburt im Mittelpunkt. Stolz präsentiert die Holzfigur der „Mondsichelmadonna“ (Ulm, um 1510) das auf ihrem rechten Unterarm sitzende Jesuskind. Beide blicken nachdenklich – als sähen sie die Jesus bevorstehende Leidensgeschichte zur Erlösung der Menschheit voraus. An diese wird im nächsten Saal mit der lebensgroßen Sitzfigur des arg geschundenen Christus erinnert. Unter den Arbeiten, die sich auf die Nachfolge Christi beziehen, fesselt ein Hauptwerk Jan Pollacks: „Sturz des Simon Magus“ (um 1490/95). Petrus kniet im Freien und blickt grimmig zum schwe-



Biblisches Zeugnis von sexuellem Missbrauch durch lüsterne alte Männer: Veronese, „Susanna und die Ältesten“, 1580–1585

benden Simon Magus auf. Petrus betet zu Gott, dass er den falschen Propheten zu Fall bringen möge. Kleine Dämonen versuchen, Simon Magus festzuhalten, doch sein Absturz steht kurz bevor.

Der Rundgang endet mit den „letzten Dingen: Erlösung oder Verdammnis“. Blickfang ist die golden funkelnde „Rosenkranztafel“ (1536). Hans Ostendorfer malte sie für den bayerischen Herzog Wilhelm IV., der am unteren Bildrand mit Frau und Kindern Maria mit ihrem toten Sohn im Schoß anbetet. Über ihnen erhebt sich ein riesiger Rosenkranz mit Darstellungen der zehn Gebote. Mittelpunkt des vom Rosenkranz umschlossenen Bildfeldes ist der gekreuzigte Jesus. Gottvater,

die Taube des Heiligen Geistes und Maria mit dem Jesuskind sowie die Gemeinschaft aller Heiligen treten hinzu. Das Prachtwerk ist einer der wichtigsten Kunstschatze des Diözesanmuseums.

In der neuen Sonderausstellung des Museums geht es noch bis Ende des Monats um Sexualität und christliche Religion im Spiegel der Kunst. Museumschef Kürzeder hat sich des Themas auf Vorschlag von Reinhard Kardinal Marx angenommen. Der Erzbischof des Bistums München-Freising beurteilt die Thematik als „höchst aktuell und brisant, da die derzeitige Diskussion um den Umgang mit Fällen sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche nicht nur systemimma-

nente Probleme, wie Klerikalismus und Machtmissbrauch, offenlegt, sondern vor allem auch eine entscheidende Grundproblematik, nämlich die oft sehr belastete Beziehung vieler Menschen in unserer Kirche zu Körperlichkeit und Sexualität“.

Die Schau bietet über 150 Werke aus den letzten 2000 Jahren auf. Skulpturen des lüsternden Pan sowie mit erotischen Szenen dekorierte Öllampen aus der römischen Antike schweben in unbeschwerter Sinnenfreude. Die Mehrheit der Exponate aber ist christlichen Themen gewidmet. Sie stammen aus dem späten Mittelalter bis hin zum frühen 19. Jahrhundert, denn „die im Bild geführten Körperdiskurse sind in diesem Zeit-

raum klar von religiösen Ideen dominiert“, so Kürzeder. Die damalige christliche Sexuallehre gilt in der katholischen Kirche noch heute: Geschlechtsverkehr ist nur zwischen Ehepartnern erlaubt und hat das Ziel, Nachwuchs zu zeugen. Kardinal Marx hält das für von der Lebensrealität längst überholt und daher einen Diskurs über die katholische Sexuallehre für dringend geboten.

Die mit Lucas Cranachs Gemälde „Adam und Eva“ (nach 1537) beginnende Schau stellt den Menschen als sexuelles Wesen einem theologischen Ideal gegenüber: die unreine fleischliche Begierde der reinen Hingabe an Gott. Als Vorbilder der Keuschheit treten die heilige Jungfrau Maria und ihr Sohn Jesus Christus auf.

Nach „Versuchungen“ fahndenden Besuchern seien die Gemälde der Heiligen Sebastian und Maria Magdalena empfohlen. Die auch bei vielen anderen Exponaten zu bemerkende Mehrdeutigkeit ist bei ihnen besonders offensichtlich. Die körperliche Schönheit als Ausweis des Glaubenshelden bekommt in Luca di Paolos Gemälde „Der heilige Sebastian mit Angehörigen einer Laienbruderschaft“ (1470–1475) eine frivole Note. Denn der von Pfeilen durchbohrte athletische Märtyrer ist bis auf seine roten Stiefel und sein zur Transparenz neigendes Lendentuch nackt. Die von Guido Cagnacci gemalte „Büßende Maria Magdalena“ (1626/27) hält eine Geißel und einen Totenschädel in den Händen. Blickfang aber ist ihr entblößter Oberkörper. Ihr Mund steht offen, ihre Augen sind geschlossen. Sie scheint außer sich. Ihre Buße wird zum lustvollen Akt.

● Bis 29. Mai im Diözesanmuseum Freising, Domberg 21, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 8 Euro. Der im Hirmer Verlag erschienene Katalog kostet 49,90 Euro, der Essayband 39,90 Euro, beide zusammen 80 Euro. [www.dimu-freising.de](http://www.dimu-freising.de)

## KUNST

# Die Prinzessinnen und eine Venus sind zurück

Nach Restaurierungsarbeiten wieder in der Friedrichswerderschen Kirche und im Schloss Sanssouci

Nach umfangreichen Restaurierungsarbeiten erhalten Berlin und Potsdam zwei hochkarätige Kunstwerke zurück. In die Friedrichswerdersche Kirche ist Johann Gottfried Schadows Doppelstandbild der Prinzessinnen Luise und Friederike, die sogenannte Prinzessinnengruppe, eingezogen. Und nach 81 Jahren hängt in der Bildergalerie von Schloss Sanssouci das Gemälde „Venus im Pelz“, das dem Rubens-Schüler Anthonis van Dyck zugeschrieben wird.

Schadows lebensgroße Prinzessinnengruppe gilt neben seiner Quadriga auf dem Brandenburger Tor als eines der bedeutendsten Werke des Frühklassizismus. Dabei gibt es zahlreiche Versionen aus verschiedenen Materialien. Ein Marmorstandbild steht im Eingang der Alten Nationalgalerie. Angefertigt wurde es vom Bildhauer Claude Goussaut, wobei Schadow daran nur letzte Hand anlegte. Schadows Original allerdings besteht aus Gips und verückte die Besucher jahrelang in der von Karl Friedrich Schinkel erbauten Friedrichswerderschen Kirche, ehe diese zum Sanierungsfall wegen direkt benach-

barter Bauprojekte wurde. Nach Wiedereröffnung der Kirche im Jahr 2020 und umfangreicher Restaurierung zieht nun auch die Prinzessinnengruppe wieder ein.

Als „himmlische Erscheinungen [...], deren Eindruck auch mir niemals verlöschen wird“ pries Johann Wolfgang von

Goethe einst die beiden Schwestern Luise und Friederike von Mecklenburg-Strelitz. Das Originalgipsmodell nimmt im Œuvre Schadows und für die Skulptur des 19. Jahrhunderts einen besonderen Stellenwert ein: Es lässt am unmittelbarsten die Handschrift des Künstlers, aber auch

die spannende Werkgenese des Doppelstandbilds nachvollziehen. Die wechselvolle Standortgeschichte des fragilen Gipses hatte im Laufe der Jahrhunderte schwerwiegende Schäden hinterlassen, die nun behoben worden sind.

Weitaus länger musste man auf die Rückkehr des Gemäldes „Venus im Pelz“ nach Schloss Sanssouci warten, was aber weniger den notwendigen Restaurierungsmaßnahmen geschuldet war. Vor rund 260 Jahren gehörte das Gemälde zur Erstaussstattung der Galerie unter König Friedrich dem Großen. 1942 ausgelagert und nach 1945 verschollen, zählte es zunächst zu den Kriegsverlusten. Tatsächlich befand es sich nach 1945 im Besitz eines Berliner Malers und wurde aus dessen Nachlass in private Hand verkauft, bevor es im Mai 2016 aus freien Stücken der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg restituiert wurde.

Nach 81 Jahren ist die „Venus im Pelz“ somit wieder an ihren angestammten Platz in der Bildergalerie zurückgekehrt und kann jetzt wieder von Besuchern betrachtet werden. *H. Tews*



Mittelpunkt der Friedrichswerderschen Kirche: Schadows Prinzessinnengruppe

## ● MELDUNGEN

### Luftschlacht über Stralsund

**Berlin** – „UFO 1665. Die Luftschlacht von Stralsund“ heißt die vom 5. Mai bis 27. August laufende Ausstellung in der Kunstbibliothek am Berliner Kulturforum über eine historische UFO-Sichtung im Jahr 1665. Die damals von Fischern angeblich beobachtete Luftschlacht über der Ostsee bei Stralsund wird mittels eines barocken Paralleluniversums sichtbar gemacht. *tws*

### Grass-Preis für eine Russin

**Lüneburg** – Die 1943 in Moskau geborene Autorin Ljudmila Ulitzkaja erhält für ihr Lebenswerk am 16. Juni den zum zweiten Mal verliehenen und mit 10.000 Euro dotierten Günter-Grass-Preis. Die Preisverleihung des ersten Grass-Preises an Ulrike Edschmid im vergangenen Jahr erfolgte pandemiebedingt rückwirkend für 2021. Infos: [www.grass-haus.de](http://www.grass-haus.de) *tws*

WERNER ROLFINCK

## Chemie und Botanik für die Medizin

Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm. Der Vater des am 15. November 1599 in Hamburg geborenen Arztes, Anatomen, Naturforschers und Botanikers Werner Rolfinck war Gymnasialprofessor am Johanneum der Hansestadt, der Großvater väterlicherseits gar dessen Rektor gewesen. Der Großvater väterlicherseits war Ratsherr in Buxtehude. Entsprechend gut war Rolfincks Ausbildung.

Seine Studien begann der Norddeutsche 1615 an der Universität Rostock mit der Philosophie, die damals als Generalwissenschaft galt. 1618 gewann ihn der Mediziner Daniel Sennert an der Universität Wittenberg für seine Wissenschaft. Nach Studien ab 1618 in Leiden, Oxford und Paris sowie ab 1622 in Padua promovierte er dort zum Doktor der Medizin.

Rolfinck blieb zunächst bei seinem dortigen akademischen Lehrer, dem Professor der Anatomie und Chirurgie Adriaan van de Spiegel, lehnte jedoch 1628 das Angebot, selbst eine Professur an der Alma Mater zu übernehmen, ab. Lieber ging er nach Deutschland zurück, wo er erst 1628 in Wittenberg und dann 1629 in Jena Professor für Anatomie wurde.

Noch im Jahre 1629 errichtete Rolfinck in Jena ein sogenanntes theatrum anatomicum, in dem er öffentliche Leichensektionen durchführte, mit denen er erhebliches Aufsehen erregte. Bei den Toten handelte es sich vor allem um hingerichtete Verbrecher. Gerechtigt wurden die medizinisch erkenntnisreichen Sektionen mit der unterstellten abschreckenden Wirkung auf potentielle Kapitalverbrecher.

Ab 1631 lehrte Rolfinck auch Chirurgie und Botanik. Um diese Zeit gründete er den Botanischen Garten beziehungsweise erneuerte und erweiterte ihn um einen hortus medicus. Dahinter stand das Bestreben, seine Medizinstudenten mit der heilenden Wirkung von Pflanzen vertraut zu machen.

Außer der Botanik war Rolfinck auch die Chemie eine wertvolle Hilfswissenschaft der Medizin. Wie sein Lehrer Sennert war auch er ein Vertreter der Chymie, die bestrebt ist,



Vor 350 Jahren gestorben: Rolfinck

Lebensprozesse wie Krankheiten auf chemische Vorgänge zurückzuführen. 1638 richtete er ein chemisches Laboratorium ein und begann Chemie zu lehren. 1639 wurde er „director exercitii chymia“, zwei Jahre später Deutschlands erster Chemieprofessor. In seinem 1661 erstmals in Jena erschienenen und danach mehrmals neu aufgelegten Werk „Chymia in artis formam redacta et 6 libris comprehensa“ stellte er die Chemie in den Dienst der Medizin. Am 6. Mai 1673 starb Werner Rolfinck in seiner Wahlheimat und Hauptwirkungsstätte Jena. *Manuel Ruoff*

FRANZ GERHARD WEGELER

# Als Biograf und Unterstützer Beethovens schrieb der Mediziner Musikgeschichte

Sowohl die Franzosen als auch die Preußen wussten die medizinischen Leistungen des gebürtigen Bonners zu würdigen. Vor 175 Jahren starb der Rheinländer im preußischen Koblenz



Franz Gerhard Wegeler mit dem Eisernen Kreuz und dem Roten Adlerorden: Wilhelm I.: Gemälde von Johann Heinrich Richter aus dem Jahre 1833 *Foto: imago/Heritage Images*

VON MARTIN STOLZENAU

Franz Gerhard Wegeler stammte aus Bonn, machte als Mediziner Karriere und wirkte zeitweilig als Rektor der Bonner Universität. Er bekam in Koblenz durch den Kaiser der Franzosen Napoleon I. und dann durch Preußen wegen seiner Verdienste um das Gesundheitswesen im Rheinland verschiedene Auszeichnungen. Doch eine größere Bekanntheit und Nachwirkung über seinen Tod vor 275 Jahren hinaus bis in die Gegenwart erreichte er allein dadurch, dass er als Jugendfreund und Biograph Ludwig van Beethovens in die Geschichte einging. Deshalb wurden in Wien die Wegelergasse und in Bonn-Poppelsdorf die Wegelerstraße, die heute Sitz zahlreicher Universitätsinstitute ist, nach ihm benannt.

Franz Gerhard Wegeler wurde am 2. August 1765 in Bonn geboren. Damit war er fünf Jahre älter als Ludwig van Beethoven, der 1770 im Rückgebäude des Hauses Bonngasse 515 als Enkel des gleichnamigen Hofkapellmeisters und als Sohn des Hofnotenisten Johann van Beethoven zur Welt kam. Während Wegeler unter der Aufsicht seiner betuchten Eltern eine umfassende Schulbildung erlangte und bestens auf eine akademische Laufbahn vor-

Mit den „Biographischen Notizen über Ludwig van Beethoven“ schufen Franz Gerhard Wegeler und sein alter Bonner Bekannter Ferdinand Ries eine für die Beethoven-Forschung unverzichtbare Quelle

bereitet wurde, beschränkte sich die Unterrichtung Beethovens weitgehend auf die Musik. Sein Vater und dessen Kollegen vermittelten dem begabten Jungen früh umfangreiche Kenntnisse im Klavier- und Orgelspiel, im Generalbassspiel sowie in der Komposition. Darin übertraf er die Jungen und Mädchen der Bonner Mittel-

schicht um Längen. Doch hinsichtlich der Allgemeinbildung und gesellschaftlicher Umgangsformen hinkte Beethoven hinterher. Trotzdem wurden der vielseitig vorgebildete und selbstsichere Wegeler und der jüngere Musikersonn Freunde. Wegeler bewunderte dessen künstlerische Begabung und versuchte früh mit seinen Mitteln, die sonstigen Lücken beim Freund zu schließen bis dahin, dass er den ungelungenen musikalischen Hoffnungsträger in andere Bürger- und Adelsfamilien einführte und sogar dessen Anstellung als Musiklehrer initiierte.

### Einführung in die Gesellschaft

Eine wichtige Rolle übernahm in diesem Zusammenhang neben dem Grafen Ferdinand von Waldstein vor allem Helene von Breuning, die Witwe des kurfürstlichen Hofrates Emanuel Joseph von Breuning. Sie fand nach Einführung durch Wegeler Gefallen an Beethoven, der in der Bonner Gesellschaft nach ersten Konzerten als „Wunderkind“ bezeichnet wurde, engagierte den Jüngling als Klavierlehrer ihrer Kinder und bemutterte ihn in gewissem Sinne. Zeitgenossen bezeichneten deshalb Helene von Breuning als „zweite Mutter“ des Komponisten. Wegeler war meistens dabei. Interessant ist zudem, dass sich Wegeler und Beethoven schon früh paral-

lel um Eleonore von Breuning bemühten, einer Tochter der verwitweten Gönnerin, die der Musikus am Klavier unterrichtete. Während Beethoven ab 1784 als Gehilfe von Christian Gottlob Neefe fungierte, der als Hoforganist und Musikdirektor am kurfürstlichen Hof für neue Impulse sorgte, studierte Wegeler an der Kurkölnischen Universität in Bonn Medizin. Dann gingen beide Freunde mit einem Stipendium des Kurfürsten Maximilian Franz zur Vervollkommnung ihrer Studien nach Wien. Wegeler erschloss sich die führenden Wiener Mediziner, wurde nach seiner Rückkehr nach Bonn 1789 promoviert und anschließend zum Professor erhoben. Beethoven dagegen blieb in Wien und sorgte für wachsendes musikalisches Aufsehen.

Wegeler lehrte erfolgreich in Bonn, trat mit überaus modernen Erkenntnissen hervor und wurde schon 1793 zum Rektor der Bonner Universität gewählt. Doch die Invasion französischer Truppen unterbrach seinen Aufstieg. Wegeler floh 1794 nach Wien, wo Jugendfreund Beethoven inzwischen Erfolge feierte. Er verfasste in Wien medizinische Fachschriften und unterhielt bis 1796 regelmäßigen persönlichen Kontakt zu seinem Jugendfreund. Dann kehrte der Medizinprofessor nach Bonn zurück. Die beiden Freunde sollten sich niemals wiedersehen, pflegten aber bis zu Beethovens Tod 1827 einen regen Briefwechsel.

### Verliebt in dieselbe Frau

Wegeler lehrte zunächst wieder an der Bonner Universität, arbeitete nach deren Schließung als praktischer Arzt und wirkte ab 1798 als Lehrer an der Neuen Zentralschule. 1802 heiratete der Mediziner Eleonore von Breuning, seine Jugendliebe, die auch von Beethoven verehrt wurde. 1804 wurde Wegeler dann Chef der neuen Hebammenschule in Bonn. Er engagierte sich in einigen regionalen Medizin-Kommissionen für die Gesundheitsvorsorge und den Impfschutz, erregte damit das Interesse der Franzosen und wurde 1807 nach Koblenz berufen, wo er die Leitung der Medizinalpolizei im Rhein-Mosel-Département übertragen bekam. Wegeler erwarb in der Gesundheitsvorsorge und Medizinkontrolle offenbar große Verdienste und wurde dafür vom Franzosenkaiser zweimal ausgezeichnet.

Nach dessen Niederlage und dem Wechsel des Rheinlands vom französischen Kaiserreich zum preußischen Königreich war Wegeler mit seiner medizinischen Sachkenntnis auch für Preußen unverzichtbar. Auch hier gab es Ehrungen für ihn. Das reichte vom Eisernen Kreuz zweiter Klasse am weißen Bande 1817 über die große Große Goldmedaille 1818 bis zum Roten Adlerorden dritter Klasse 1831.

Im Alter beschäftigte sich der Mediziner zusammen mit dem ebenfalls in Bonn geborenen und mit Beethoven befreundeten deutschen Komponisten, Pianisten und Orchesterleiter Ferdinand Ries mit der Biographie des 1827 verstorbenen Musikgenies. Dabei entstand das gemeinsame Standardwerk „Biographische Notizen über Ludwig van Beethoven“, das 1838 im Koblenzer Verlag von Karl Baedeker erschien. Es gilt bis heute für die Beethoven-Forschung als unverzichtbare Quelle. Damit fand der Mediziner Wegeler Eingang in die Musikgeschichte. Er starb am 7. Mai 1848 im Gefolge einer Infektion in Koblenz. Seine letzte Ruhestätte fand der Jugendfreund und Biograph Beethovens auf dem Koblenzer Hauptfriedhof.

„MACHT RAUM GEWALT“

# Die NS-Spielart monumentalen Planen und Bauens

Ausstellung über nationalsozialistische Architektur und Architekten in der Berliner Akademie der Künste

VON DIRK KLOSE

Mit monumentalen Bauten wollte der Nationalsozialismus die großen Städte in Deutschland verändern. Zahlreiche Vorhaben waren in der Planung bereits weit gediehen, etwa die als größter Kuppelbau der Welt von Albert Speer geplante „Große Halle“ in Berlin, die Ost-West-Achse in München, ein 250 Meter hohes „Gauhochhaus“ in Hamburg oder Adolf Hitlers pompöser Alterssitz am Donauufer in Linz.

Über Planen und Bauen im Nationalsozialismus informiert derzeit eine Ausstellung in der Berliner Akademie der Künste. Unter dem Titel „Macht Raum Gewalt. Planen und Bauen im Nationalsozialismus“ werden NS-Institutionen im Bau- und Planungsbereich thematisiert sowie in Bildern, Filmen und Zeitdokumenten viele ausgeführte oder geplante Bauten gezeigt.

Die Ausstellung ist das Ergebnis eines vor sechs Jahren vom Bundesbauministerium in Auftrag gegebenen Forschungsprojektes, an dem mehrere Disziplinen wie Architektur, Geschichtswissenschaft und Kunstgeschichte mit 15 Projekten beteiligt waren. Deren Arbeitsergebnisse wurden in einer vierbändigen Dokumentation zusammengefasst, die jetzt im Hirmer Verlag vorliegt.

## Nicht nur Bauwerke

Bewusst hat man keine reine Bilderschau nationalsozialistischer Architektur vorgenommen. Vielmehr sollte die Struktur der NS-Baupolitik in all ihren Auswirkungen gezeigt werden, also neben Bauwerken die Verantwortlichen in der Fülle der für das Regime typischen zersplitterten Zuständigkeiten. Auch sollte nach dem Willen der Aussteller deutlich werden, wie sich der verbrecherische Charakter des Regimes auch in der Architektur niederschlug, etwa indem für viele Bauvorhaben bis 1939 Häftlinge aus Konzentrationslagern, ab Kriegsbeginn mehr und mehr Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter eingesetzt wurden.



Mit einem Größenvergleich veranschaulichen die Ausstellungsmacher die Gigantomanie der NS-Architektur: Modelle des Brandenburger Tors und der „Großen Halle“

Foto: pa

Zahlreiche Bilder zeugen von der Gigantomanie damaligen Bauens. Grundlage war ein „Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte“ vom Juni 1937. Vielerorts sieht man sie bis heute: etwa in Berlin das Olympiastadion, der Flughafen Tempelhof, das heutige Bundesfinanzministerium in der Wilhelmstraße, die italienische Botschaft im Tiergarten, aber auch neue Wohnblöcke mit „Volkswohnungen“ etwa am Grazer Damm; in München Bauten am Königsplatz; in Nürnberg das Reichsparteitagsgelände mit Kongresshalle und Resten des Zeppelfeldes; in Hamburg die Bebauung des Elbufers, aber auch ganz neue Städte wie das heutige Salzgitter. Die Münchner Ost-West-Achse wird, ein besonderes Unikat in der Ausstellung, in einem erhalten gebliebenen

Holzmodell gezeigt. Die ersten Planungen für die ab 1933 forcierten Reichsautobahnen, die in Fotografien und Reklametafeln zu sehen sind, gehen freilich schon auf die Weimarer Republik zurück.

Zahlreiche Abbildungen und Entwürfe illustrieren das wohl ambitionierteste Vorhaben des Regimes, die Nord-Süd-Achse mitten durch Berlin mit ihrem sechs Kilometer langen Teilstück einer Prachtstraße. An deren Enden sollte im Süden ein Triumphbogen stehen, im Norden die vielzitierte „Große Halle“, die 320 Meter hoch sein und im Grundriss jeweils mehr als 300 Meter im Quadrat umfassen sollte. Bis zu 180.000 Menschen hätten darin Platz finden können. Um zu ergründen, ob der sandige Untergrund solche Massen überhaupt trägt, wurde ein

Rotunden-förmiger „Schwerbelastungskörper“ entwickelt, der übrigens noch heute im Bezirk Tempelhof zu sehen ist. Eine Auswertung der Berechnungen und Proben ergab, dass der Bau ohne eine Bodenverfestigung mehr als zehn Zentimeter pro Jahr eingesunken wäre.

Der Betrachter sieht auch, wie unterschiedlich beim Bauen gewichtet wurde. Bauten für Partei und Staat waren in klassizistischem Stil gehalten. Bei Siedlungen und Ordensburgen galt ein volkstümlicher Heimatgedanke. Für Wohnungen und reine Verwaltungsgebäude galt eine moderate Moderne. Viel Pathos strahlten Kasernen und Sportstätten aus.

Baumaterial war häufig der harte Granitstein. Die Ausstellung dokumentiert dessen Abbau am Beispiel des KZ Flossen-

bürg, wo Inhaftierte zu schwerster Arbeit in Steinbrüchen herangezogen wurden, wie große Fotobilder an den Wänden zeigen. Überhaupt wurden seit Kriegsbeginn Häftlinge und Kriegsgefangene zu härtester Arbeit eingesetzt, wovon Aufnahmen von unterirdischen Stollen für neue „Wunderwaffen“ zeugen. Viele Häftlinge haben diese Strapazen nicht überlebt.

## Suche nach Kontinuitäten

Nachdem Hitler 1940 in Paris eine Parade der siegreichen Wehrmacht abgenommen hatte, schrieb er beeindruckt von der Stadt an Speer: „Paris ist schön, aber Berlin muss schöner werden.“ Die Ausstellung zeigt einen persönlich gezeichneten Befehl vom 25. Juni 1940, Berlin als „Welthauptstadt“ auszubauen. „Ich erwarte die Vollendung bis zum Jahr 1950.“

Am Ende stehen „Kontinuitäten in Architektur und Städtebau in Ost und West“. Unter dem Druck des Wiederaufbaus der kriegszerstörten Städte entstanden erstmals in Deutschland regelrechte Bauministerien. Gezeigt werden die verantwortlichen Akteure hüben und drüben, nicht selten, wie man es auch aus anderen Ministerien kennt, vormalige NSDAP- und SS-Angehörige. Auf einer Fotowand sieht man 150 Architekten und Ingenieure, die fast alle im NS-System Karriere gemacht hatten und diese nach 1945 fast bruchlos fortsetzten. Viele von ihnen wie etwa Hannovers Stadtplaner Rudolf Hillebrecht erlangten internationale Renommee.

Der Besucher kann sich am Ende dem Resümee der Veranstalter nicht verschließen, dass das NS-Bauen ein ins Maßlose gesteigerter Monumentalismus war, der die vorhandene Dimension der Städte bewusst ignorierte und diese nur als Kulissen zur eigenen Machtinszenierung benutzte.

● Bis zum 16. Juli ist die Ausstellung „Macht Raum Gewalt. Planen und Bauen im Nationalsozialismus“ in der Akademie der Künste, Pariser Platz 4, 10117 Berlin, Telefon (030) 20057-1000, zu sehen.

## LEX BARKER

# „Deutscher als alle Deutschen“

Vor 50 Jahren verstarb der US-Amerikaner, der in Deutschland als Old Shatterhand berühmt wurde

„Deutscher als alle Deutschen“ sah Lex Barker einem Bonmot zufolge aus und darüber hinaus extrem athletisch. Insofern war er die ideale Verkörperung von Old Shatterhand, jener deutschen Karl-May-Figur, die vielen Deutschen zumindest in ihrer Kindheit ein Idol und Vorbild war.

Dabei war Barker nicht nur kein Deutscher, sondern auch kaum der deutschen Sprache mächtig. Er verstand sie, aber sprach sie nur selten. In den berühmten Karl-May-Filmen mussten seine Passagen von Horst Niendorf synchronisiert werden.

Wenn Barker auch kein Landsmann des deutschen Landvermessers im Wilden Westen war, so doch fast ein Kollege. Denn Alexander Crichlow Barker, wie er am 8. Mai 1919 in Rye im Bundesstaat New York geborene Sohn eines wohlhabenden Bauunternehmers eigentlich hieß, studierte Bauingenieurwesen, um den Familienbetrieb zu übernehmen. Ihn zog es indes zur Schauspielerei.

1942 meldete er sich als Kriegsfreiwilliger. Hier besteht eine interessante Par-

allele zum französischen Winnetou-Darsteller Pierre Brice, der ebenfalls Kriegsfreiwilliger war und als eher nationalkonservativ beschrieben wird.

Nach dem Krieg erhielt Barker seinen ersten Filmvertrag. Bereits in der Schulzeit war der 1,93 Meter lange Hüne in Leichtathletik und Football durch seine Sportlichkeit aufgefallen. Insofern war er prädestiniert, halbnackt Tarzan zu spielen, nachdem der eine halbe Generation ältere Schwimmer, Wasserballspieler und fünffache Olympiasieger Johnny Weissmüller in die Jahre gekommen war. 1949 hatte Barker seine erste große Hauptrolle als Tarzan. Bis 1953 folgten vier weitere Tarzan-Auftritte. Zu Barkers Leidwesen war er damit auf den tatkräftigen Helden von Abenteuerfilmen festgelegt. So spielte er 1957 beispielsweise die Titelrolle in „Lederstrumpf: Der Wildtöter“.

Unzufrieden mit den Rollenangeboten in seiner Heimat zog Barker 1957 als einer der ersten US-Schauspieler nach Italien. Allerdings bekam er auch dort Hauptrollen primär in Abenteuerfilmen, während er sich im Klassiker „La Dolce



In seiner Paraderolle als Old Shatterhand: Lex Barker Foto: imago/United Archives

Vita“ mit einer Nebenrolle begnügen musste.

Der deutsche Filmproduzent Artur Brauner lernte 1960 Barker auf einer Feier

kennen und holte ihn nach Deutschland. Brauners Kollege und vormaliger Mitarbeiter Horst Wendlandt gewann Barker für seine 1962 beginnenden Karl-May-

Verfilmungen. Wendlandt hatte Barker als Titelfigur in dem US-Spielfilm „Lederstrumpf: Der Wildtöter“ gesehen und hielt ihn auch für Old Shatterhand geeignet. In der Tat gibt es Ähnlichkeiten zwischen den Figuren, und so wurden bei der Kostümierung Anleihen bei dem Film von 1957 genommen. Bis zu „Winnetou und Shatterhand im Tal der Toten“ folgten sechs Jahre voller Karl-May-Verfilmungen mit dem Erfolgsduo Barker-Brice, das auch privat harmonierte. Ausdruck des Erfolgs war der Bambi, den Barker 1967 als bester ausländischer Schauspieler für das Jahr 1966 erhielt.

Nach der Karl-May-Serie hatte Barker wieder das Problem, das er bereits nach der Tarzan-Serie gehabt hatte. Festgelegt auf einen Heldentypus bekam er nicht die Rollen angeboten, die er wollte. Der Heldenarsteller wurde zur tragischen Figur. Die Rede war von gesundheitlichen und finanziellen, von Ehe- und Alkoholproblemen. Am 11. Mai 1973 erlag Lex Barker an einer Kreuzung in Manhattan wie weiland sein Vater einem Herzinfarkt.

Manuel Ruoff

VON ROBERT MÜHLBAUER

Werbung ist immer auch ein Spiegel gesellschaftlicher Werte – oder war es zumindest früher einmal. Jeder weiß, wie sich das (Haus-)Frauenbild seit den 1950ern gewandelt hat. In jüngerer Zeit sind aber irritierende Trends zu Transgender-Modellen in der Werbung zu erkennen, die auf eine völlige Verdrehung der Geschlechterordnung abzielen. Beispielsweise präsentierte der Unterwäschehersteller Calvin Klein vergangenes Jahr ausgerechnet zum Muttertag eine Anzeige mit einem schwangeren „Transmann“ (also eine biologische Frau mit amputierten Brüsten, Babybüchlein und Bart) als Unterhosenmodell. Herrenmagazine wie „GQ“ haben halbnackte „Transfrauen“ auf dem Titel gedruckt.

Konservative Kritiker vermuten, dass hinter dem Trend zu irritierender Gender- und Transgender-Werbung mehr steht. Die Obsession eines Teils des „progressiven“ Lagers mit LGBT-Themen hat inzwischen einen schrillen Kulturkampf angeheizt, bei dem auch Konzerne mitmischen. Vermeintlich fortschrittliche PR-Abteilungen glauben, mit provozierenden Werbekampagnen viel Aufmerksamkeit zu erregen, welche die Marken ins öffentliche Gespräch bringt und letztlich zu mehr Umsatz und Gewinn führt.

Dieses Kalkül kann aber auch desaströs scheitern. Das hat jüngst in den USA die Budweiser-Brauerei erlebt. Ihre vermeintlich progressive Werbung mit einem Transgender-Influencer ging gewaltig nach hinten los. Nach wütenden Protesten und einem sinkenden Aktienkurs des Mutterkonzerns, des globalen Braueriesen Anheuser Busch InBev, sah sich das Unternehmen zu einer Kehrtwende gezwungen.

#### PR-Gag wurde zum „Car Crash“

Was war geschehen? Eine neue Marketingchefin hielt es für eine gute Idee, das Image der alkoholfreien Biermarke Bud Light mit einem „Transgender“-Werbevideo aufzupolieren. Dazu engagierte sie Dylan Mulvaney, einen schwulen 26-jährigen Schauspieler, der sich als „Girl“ inszeniert, der auf der Videoplattform TikTok mehr als zehn Millionen Follower hat und dem sogar schon die US-Vizepräsidentin zum „Girl“-Werden gratuliert hat (siehe Artikel unten). In dem minutenlangen Video für Budweiser räkelt sich Mulvaney affektiert kichernd in einer Badewanne voll Schaum und nippt an einer blauen Bud-Light-Dose mit ihrem Konterfei.

Die traditionellen Budweiser-Trinker sahen da rot. In sozialen Medien schworen Hunderte Nutzer, nie wieder die „Transen-Flüssigkeit“ (Tranny Fluid) anzufassen. Der raubeinige Sänger Kid Rock feuerte sogar mit seinem vollautomatischen Gewehr eine Salve auf Budweiser-Dosen und donnerte dazu „Fuck Bud Light, fuck Anheuser Busch“. Getränkehändler und



Steile Karriere: Dylan Mulvaney bei einer Musical-Premiere vergangenen März am New Yorker Broadway

Foto: ddp images

#### GESCHLECHTER-POLITIK I

## Transgender-Aktivismus schmeckt nicht vielen

Provozierende Werbung kann nach hinten losgehen. Das hat der Budweiser-Braukonzern erlebt, der ein umstrittenes Transgender-Modell für sich engagierte

Bars berichteten, dass der Absatz des einst bei Sportlern beliebten Bud Light eingebrochen sei. Die Trans-Werbung wurde damit für das Unternehmen zum „Car Crash“, wie Amerikaner sagen. In den Tagen nach Beginn der Boykott-Welle sank der Aktienkurs des belgischen Mutterkonzerns AB InBev um mehrere Dollar. Der Börsenwert eines der weltgrößten Braukonzerne schrumpfte damit um Milliarden. „Bud Lights Mutterkonzern hat mehr als sechs Milliarden Dollar Marktkapitalisierung verloren, seit die Partnerschaft mit Mulvaney eine Gegenreaktion ausgelöst hat“, titelte die auch in den USA vielgelesene Onlineseite der „Daily Mail“.

Offenbar wurde der Braukonzern von dem Gegenwind kalt erwischt. Nur wenige Tage später machte Budweiser eine Kehrtwende und bedauerte, dass er eine Diskussion ausgelöst habe, die die Gesellschaft „gespalten habe“. Man wolle doch lieber alle „bei einem Bier vereinen“. Flugs wurde wieder eine „patriotische“ TV-Kampagne nachgeschoben, für die Budweiser früher bekannt war – mit den traditionellen Clydesdales-Pferden und dem Hissen der amerikanischen Flagge. Zwei Manager von Bud Light, unter ande-

rem die Marketingchefin, wurden inzwischen von der Arbeit freigestellt, sind also effektiv gefeuert.

Budweiser ist nicht der erste Konzern, der mit provozierender, vermeintlich progressiver Werbung Schiffbruch erleidet. Schon frühere Werbungen des „Transgender-Girl“ Mulvaney hatten höchst gespaltene Reaktionen ausgelöst, etwa als er Tampons von Tampax anpries. Tausende Frauen protestierten dagegen, dass nun ein schwuler biologischer Mann für Menstruationsprodukte werben sollte. Tampax distanzierte sich eiligst.

#### „Transfrau“ verdrängt Frauen

Auch dass der Sportartikelkonzern Nike den Trans-Influencer als bezahlten Markenbotschafter für Sport-BH und Damen-Leggings engagierte (im Schritt war eine Penis-Beule zu erkennen), stieß vielen sauer auf. Sogar die alternde „Transfrau“ Caitlyn Jenner, früherer Olympiasieger und Patriarch des Kardashian-Clans, fand es „eine Schande, dass ein legendäres amerikanisches Unternehmen zu woke wird“.

Als „woke“ (erweckt, aufgeweckt) bezeichneten sich Linke und Anhänger der LGBT- und „Black Lives Matter“-Bewe-

gung, die damit ihr waches Auge für soziale Ungleichheit und Diskriminierung hervorheben wollen. Inzwischen hat die politische Rechte den Begriff „woke“ erfolgreich negativ konnotiert: Er steht nun für einen obsessiven, irritierenden Kult um Minderheiten, für LGBT-Indoktrinierung und Unterdrückung der freien Rede durch Antidiskriminierungseiferer.

Der Kulturkampf um die Wokeness bewegt auch die Politik zunehmend. Floridas Gouverneur Ron DeSantis, der als stärkster möglicher Herausforderer für Donald Trump um die republikanische Präsidentschaftskandidatur 2024 gilt, schaltete sich in den Budweiser-Streit ein und kritisierte die Brauerei für ihren „lächerlichen“ Versuch, Transgenderismus zu befördern. „Die Wirtschaft soll sich auf ihre Kernmission besinnen, gute Dienstleistungen und Produkte herzustellen, und nicht in woken Aktivismus verfallen“, mahnte DeSantis.

Die Transgender-Debatte hat indes viele Facetten. Eine davon ist der Kampf um den Frauensport. Vergangenes Jahr erregte der Fall des biologischen Mannes Lia Thomas als Transgender-Schwimmerin bei einer Hochschulmeisterschaft Aufsehen. Kritiker monieren, dass die biolo-

gisch männliche „Transfrau“ einen unfairen Vorteil gegenüber weiblichen Sportlern besitze. Die Republikaner im Abgeordnetenhaus haben vergangene Woche für ein Gesetz gestimmt, das Transgender aus dem Mädchen- und Frauensport an Schulen und Hochschulen verbannen soll. Der republikanische Abgeordnete Greg Steube sagte dazu, die Menschheit habe „über tausende Jahre“ anerkannt, dass Frauen und Männer „biologisch verschieden“ seien. „In den vergangenen Jahren hat es eine Perversion unserer Kultur durch den Feind gegeben. Die Linke hat komplett die Lüge übernommen, um die Geschlechterlinien auszurasieren.“ Die Demokraten haben aber schon angekündigt, das Gesetz im Senat zu blockieren. Als letzte Maßnahme, um das Gesetz zu stoppen, will Präsident Biden ein Veto einlegen.

All dies sind Zeichen eines fundamentalen Kulturkampfes um die Geschlechterordnung, der nach den Universitäten und der Politik auch die Wirtschaft und die ganze Gesellschaft erfasst hat. Immerhin sind die konservativen Verteidiger einer traditionellen Geschlechterordnung aufgewacht und bieten den „woken“ Aktivisten neuer Transgender-Normen die Stirn.

#### GESCHLECHTER-POLITIK II

## Die Liebe des Weißen Hauses zu Transpersonen

Ein Schwuler wird als „Girl“ gefeuert, eine Transfrau Admiral und ein Staatssekretär beim Wäsche-Klaunen erwischt

Zum „1. Geburtstag“ in seinem neuen Leben als „Girl“ hat Amerikas bekanntester Transgender-Aktivist Dylan Mulvaney sogar einen Glückwunsch aus dem Weißen Haus erhalten. Vizepräsidentin Kamala Harris schrieb an den 26-Jährigen, der seit einem Jahr als „Mädchen“ auftritt: „Lieber Dylan, ich schicke Dir die wärmsten Grüße zur Feier des 365. Tages, an dem Du authentisch lebst.“

Authentisch leben heißt im Falle Mulvaney, dass er als „Trans-Girl“ in TikTok-Filmchen in Leggings herumhüpft oder auf seinem Bett krümmt und stöhnt, weil er angeblich Menstruationsschmerzen erleidet. Mehr als zehn Millionen TikTok-Nut-

zer verfolgen Mulvaney's „Girl“-Filmchen. Durch seine Fürsprache für die LGBTQ+-Community habe der Transgender-Aktivist „junge Leute in der ganzen Nation und rund um die Welt inspiriert“, meinte Joe Bidens Stellvertreterin Mitte März auf ihrem offiziellen Briefpapier mit goldenen Adlerwappen im Kopf.

Für Mulvaney war damit wohl der Höhepunkt der öffentlichen Anerkennung erreicht. Bis vor einem Jahr war er ein mäßig erfolgreicher Schauspieler, der in unbedeutenden Filmen Kleinrollen übernahm. Dann verfiel er auf die Idee, ein „Mädchen“ zu werden, und seine Karriere startete raketenhaft zu höchstem Ruhm.

Inzwischen hat Mulvaney mit Werbeverträgen für Budweiser, Nike und andere Unternehmen (siehe oben) wohl schon mehr als eine Million Dollar eingenommen. Rich Lowry, Chefredakteur der konservativen „National Review“, hat präzise analysiert, „wie ein schillernder schwuler Mann das Amerika der Konzerne erobert hat“. Mulvaney ist clever darin, eine klicheehafte Rolle des affektierten Transmädchens zu spielen. Viele geben sich hingerissen von der vermeintlichen progressiven Gender-Ikone. Andere sind aber verärgert. Nicht wenige Frauen fühlten sich verspottet durch die gespielten Menstruationsschmerzen des Schwulen.

Die Biden-Regierung ist stolz darauf, erstmals Transgender-Personen in höchsten Ämtern befördert zu haben. Die prominenteste „Transfrau“ in der Regierung ist Rachel Levine, ein Mediziner, der/die als Staatssekretär im Gesundheitsministerium arbeitet und dort auch eifrig die Werbetrommel für Transgender-Behandlungen von Kindern und Jugendlichen rührt.

Die Zeitung „USA Today“ erklärte Levine zur „Woman of the Year“ 2022. Levine bekam gleich auch noch den Titel und die Uniform eines Admirals der Kriegsmarine dazu verliehen. In dieser Uniform traf Levine dann bei einem Empfang der französischen Botschaft auf Sam

Brinton im Kleid – das bizarre Foto wurde tausendfach geteilt.

Die Biden-Regierung hatte Brinton, einen „gender-fluiden“ Glatzkopf, der gerne viel roten Lippenstift trägt, zum Unterstaatssekretär im Energieministerium, zuständig für Nuklearmüll-Lager, befördert. In seiner Freizeit tritt er als LGBT-Aktivist auf und pries Kurse für Fessel-Sex an. Seine politische Karriere nahm Ende 2022 aber ein abruptes Ende, nachdem er mehrfach in Flughäfen beim Diebstahl fremder Koffer voller Frauenwäsche erwischt wurde. Im April wurde Brinton gerichtlich zu einem halben Jahr Bewährungsstrafe und einer Geldstrafe verurteilt. R.M.

**ALLENSTEIN**

## Der Fast-Food-Boom kehrt zurück

McDonald's &amp; Co. expandieren – „Milchbar Olsztyniak“ nach kommunistischem Vorbild als Alternative

VON DAWID KAZANSKI

In den vergangenen Jahren hat der Umweltgedanke in vielen Lebensbereichen mit Nachdruck Einzug gehalten. Gesunde Ernährung schien die Gewöhnung an Fast Food, verarbeitete Lebensmittel und schnelles, ungesundes Essen zu verdrängen. Vor allem die Menschen in den Großstädten setzten auf eine gesunde Ernährung und trafen beim täglichen Lebensmitteleinkauf eine bewusster Wahl. Dieser Trend wurde auch von den Medien aus Gründen des Umweltschutzes unterstützt.

Im südlichen Ostpreußen schossen Naturkost-, Kräuter- und Bioläden wie Pilze aus dem Boden. Sie boten unter anderem Fleisch aus biologischer Aufzucht, frisches, regional zertifiziertes Obst und Gemüse, Produkte aus biologischem Anbau, verschiedene Naturkosmetika und Nahrungsergänzungsmittel sowie Arzneimittel auf Basis natürlicher Inhaltsstoffe an. Allein in Allenstein entstanden etwa zehn solcher Läden in verschiedenen Stadtteilen.

Aufgrund der Wirtschaftskrise, der steigenden Inflation und der schrumpfenden Geldbörsen der Stadtbewohner achten die Menschen heute jedoch viel mehr auf niedrige Preise als auf die Qualität der Produkte. Sowohl Naturkostläden als auch renommierte Restaurants sind von der Pleite bedroht. Zahlreiche Gastronomiebetriebe mussten bereits schließen. Besonders die Lokale in der Altstadt, darunter auch Kneipen, kommen kaum noch über die Runden oder haben ihr Geschäft bereits aufgegeben. In immer mehr leeren Schaufenstern hängen Schilder mit der Aufschrift „zu vermieten“.

**Kunden müssen rechnen**

Die Kunden müssen rechnen. Die Krise bekommt inzwischen jeder zu spüren. Kredite müssen bezahlt, Lebensmittel gekauft und das Auto betankt werden. Besuche in der Altstadt, um mit der Familie Essen zu gehen, werden immer seltener, da zu kostspielig. Viele ziehen es daher



Neu eröffnet: Die „Milchbar Olsztyniak“ bietet gesunde Gerichte zu moderaten Preisen

Foto: D.K.

vor, sich mit Freunden zu Hause zu treffen, als mit ihnen auf ein Bier in die Kneipe zu gehen.

Eine interessante Alternative für die geplünderten Geldbörsen der Stadtbewohner ist die im März eröffnete „Milchbar Olsztyniak“. Das Lokal wurde in der Zeppelinstraße gegenüber dem Rathaus an der Stelle der ehemaligen Cocktailbar eröffnet, die sich dort seit 1967 befand. Bei der Milchbar handelt es sich um ein ganztäglich geöffnetes Lokal mit traditioneller Küche.

Milchbars waren in der Nachkriegszeit in Polen weit verbreitet, wobei zunächst Milchgerichte vorherrschten. Heute erinnert die Einrichtung an die kommunistische Ära. Die Grundidee besteht darin, traditionelle, schmackhafte Gerichte zu einem erschwinglichen Preis zu servieren. Das ist auch in der „Milchbar Olsztyniak“

der Fall. Dort wird eine Vielzahl von Gerichten zubereitet, nicht nur Milch-, sondern auch Mehl- und Fleischgerichte, die sich auf die traditionelle polnische Küche beziehen. Die Olsztyniak-Bar wird nicht aus dem Staatshaushalt subventioniert, wie es landesweit bei einigen anderen Milchbars der Fall ist. Daher sind die Preise zwar erschwinglich, aber man kann sie nicht als niedrig bezeichnen.

Die Fast-Food-Ketten boomen hingegen erneut. Die Allensteiner Stadtlandschaft wird von einem Unternehmensriesen in diesem Sektor beherrscht – McDonald's, der vor Kurzem sein fünftes Restaurant in der Stadt eröffnet hat und ein sechstes bereits baut. Zu einer interessanten Situation kam es in der Sikorskiego-Straße. Nur etwa 500 Meter von der McDonald's-Filiale entfernt erfolgte die Eröffnung eines weiteren auf

Hamburger spezialisierten Restaurants des schwedischen Unternehmens MAX Premium Burger.

Laut einer landesweiten Studie, die auf der Beobachtung von fast drei Millionen Besuchen von Polen in Fast-Food-Restaurants beruht, ist fast die Hälfte der Kunden solcher Lokale zwischen 25 und 34 Jahre alt. Eine weitere aktive Gruppe ist zwischen 35 und 44 Jahre alt – mehr als 20 Prozent. Es handelt sich also um junge, berufstätige Menschen, für die eine schnelle Mahlzeit für wenig Geld Priorität hat und die keine Zeit für die Suche nach ausgewogenen Gerichten aufbringen. In Allenstein ist die Situation ähnlich, und solange die allgegenwärtigen überhöhten Preise die Budgets der Einwohner auffressen, ist zu erwarten, dass die Fast-Food-Ketten triumphieren werden.

**MELDUNGEN**

## Dachstuhl ausgebrannt

Lyck – Am 11. April um 22.14 Uhr wurde bei der Feuerwehr in Lyck ein Brand gemeldet. Ein Dach mit einer Fläche von 75 mal 15 Metern brannte trotz des schnellen Eingreifens der Feuerwehr innerhalb einer knappen halben Stunde vollständig aus, eine Beton-Zwischendecke verhinderte aber sowohl das Übergreifen des Brandes auf die weiteren Stockwerke als auch Wasserschäden durch das Löschwasser. Personen kamen nicht zu Schaden. Es handelt sich dabei um den Bau des früheren Krankenhauses von Lyck, das nach seiner Wiederbelebung als Einkaufszentrum genutzt wird. Die ersten Schätzungen beziffern den Schaden auf umgerechnet etwa 540.000 Euro bei einem siebenfach höheren Gesamtwert des Gebäudes. Die Eigentümer unternehmen jegliche Anstrengungen, dass die Geschäfte so schnell wie möglich wieder öffnen können. U.H.

## Radweg auf Bahntrasse

Treuburg – In Treuburg entsteht ein interessantes Projekt: ein attraktiver Fuß- und Radweg entlang einer nicht mehr benutzten Eisenbahnlinie. Die gesamte Strecke wird etwa sieben Kilometer lang sein und nach Klein Gordelken führen. Der Bahnhof dieses Ortes liegt nordwestlich der Stadt Treuburg an der früheren Bahnstrecke zwischen Kruglanken und Treuburg, auf der seit 1945 keine Züge mehr verkehren. „Der Weg ist aber nicht nur eine Touristenattraktion, sondern auch ein Lehrpfad mit Informationstafeln zur Umwelt, mit Automaten für Entenfutter oder Insektenhotels. Entlang der Strecke sollen vier Rastplätze für Radfahrer mit sanitären Anlagen entstehen“, erklärte Treuburgs Bürgermeister Karol Sobczak gegenüber Radio Allenstein. Der Fuß- und Radweg soll zur Hauptsaison im Juli fertiggestellt und zur Nutzung bereit sein. U.H.

**KÖNIGSBERG**

## Bernsteinmuseum feiert 20 Jahre Selbstständigkeit

Als Filiale des Gebietsmuseums für Geschichte und Kunst eröffnet, wurde das Museum 2003 eigenständig

Im März 2003 wurde das Königsberger Bernsteinmuseum zu einer unabhängigen Kultureinrichtung. In diesem Jahr jährte sich dieses Ereignis zum 20. Mal. Bis 2003 war das Museum eine Filiale des Gebietsmuseums für Geschichte und Kunst.

Die Entscheidung, das Bernsteinmuseum zu gründen, fiel bereits 1969. Damals wurde ihm das Gebäude des Dohnarturms zur Verfügung gestellt. Der Grund für die Einrichtung des Museums war das Vorhandensein der Bernsteinfabrik im Samland sowie der größten bekannten Bernsteinvorkommen der Welt – etwa 90 Prozent der weltweiten Reserven des Sonnensteins befinden sich im nördlichen Ostpreußen.

Seit 1969 wird an der Restaurierung des historischen Komplexes des Dohnarturms gearbeitet. In den 1980er Jahren war das Museum zu einem der meistbesuchten Orte in der Region geworden. Die

Zahl der Besucher erreichte 400.000 pro Jahr. Wie viele andere kulturelle Einrich-

tungen hatte auch das Bernsteinmuseum in den 1990er Jahren mit finanziellen und

materiellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Außerdem wurde seine Entwicklung durch die fehlende rechtliche und organisatorische Selbstständigkeit behindert. Zumal das Bernsteinmuseum von Touristen viel stärker besucht wurde als seine Mutterorganisation, das Gebietsmuseum für Geschichte und Kunst.

In den 1990er Jahren stand das Bernsteinmuseum stets auf dem Reiseplan von Touristen aus aller Welt. Vor allem aber kamen Touristen aus der Bundesrepublik Deutschland. An manchen Tagen fuhr bis zu einem Dutzend Reisebusse dorthin, und die deutschen Touristen kauften massenhaft Bernsteinsouvenirs.

Im Frühjahr 2003 beschloss die regionale Kulturabteilung, das Museum rechtlich neu zu bewerten und es vom Königsberger Gebietsmuseum für Geschichte und Kunst abzutrennen. Das Museum hat jetzt etwa 1000 Quadratmeter Aus-

stellungsfläche. Heute ist seine Sammlung die wichtigste Sammlung von Bernsteinintarsien in der Russischen Föderation. Der größte Sonnenstein mit einem Gewicht von 4280 Gramm befindet sich hier.

Im vergangenen Jahr besuchten 230.000 Menschen das Museum, dessen Sammlung derzeit aus etwa 16.000 Objekten besteht. Die Pläne der Kultureinrichtung sehen eine Weiterentwicklung vor, einschließlich der Erweiterung der Ausstellungsfläche um weitere Räumlichkeiten im Wrangelurm sowie im Gebäude der Königsberger Bernsteinmanufaktur, das zuvor an das Museum übertragen worden war. Außerdem ist geplant, vor dem Museumseingang einen Parkplatz für Touristenbusse einzurichten und auf dem Museumsturm eine interaktive Leinwand aufzustellen, um ein Freiluftkino einzurichten. Jurij Tschernyschew



Beliebter Anziehungspunkt: Besucher des Bernsteinmuseums

Foto: J.T.



## Wir gratulieren...

## ZUM 100. GEBURTSTAG

**Deimann, Hanna**, geb. **Wiede**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 10. Mai  
**Gehre, Meta**, geb. **Lankau**, aus Hagenau, Kreis Mohrungen, am 11. Mai  
**Quassowsky, Ilse**, geb. **Conrad**, aus Kischken, Kreis Ebenrode, am 7. Mai

## ZUM 99. GEBURTSTAG

**D'Erceville, Irmgard**, geb. **Wiechert**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 5. Mai  
**Kerbst, Heinz**, aus Dannenberg, Kreis Elchniederung, am 5. Mai

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Müller, Elfriede**, geb. **Born**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 6. Mai  
**Orlowski, Kurt-Friedrich**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 5. Mai  
**Parszczenski, Johanna**, geb. **Kijewski**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 10. Mai  
**Poerschke, Johannes**, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 9. Mai  
**Ruttens, Ilse**, geb. **Winkler**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 6. Mai  
**Staklies, Waltraut**, geb. **Neumann**, aus Sorgenau, Kreis Fischhausen, am 9. Mai

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Burdina, Grete**, geb. **Grzanna**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 10. Mai  
**Christner, Edith**, geb. **Knoch**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 11. Mai  
**Grallert, Hildegard**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 9. Mai  
**Jösten, Brigitte**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 11. Mai

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Bierfreund, Heinz**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 5. Mai  
**Blumenscheit, Hans**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 7. Mai

**Schmitz, Erna**, geb. **Duchnitzki**, aus Weidenkreuz, Kreis Ebenrode, am 7. Mai

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Kock, Gerda**, geb. **Weber**, aus Dürrfelde, Kreis Ebenrode, am 6. Mai  
**Lachmann, Helga**, geb. **Torner**, aus Mohrungen, am 7. Mai  
**Lau, Waltraut**, geb. **Pilchowski**, aus Lyck, Bismarckstraße 65, am 7. Mai  
**Pasternak, Erika**, geb. **Weisflog**, aus Wehlau, am 10. Mai  
**Pettenpaul, Karl-Heinz**, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 11. Mai  
**Sopha, Charlotte**, geb. **Berg**, aus Norgau, Kreis Fischhausen, am 9. Mai  
**Soppa, Werner**, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 8. Mai  
**Stern, Margarete**, geb. **Pallosk**, aus Jägerhöf, Kreis Elchniederung, am 5. Mai  
**Waschulewski, Friedrich**, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 5. Mai  
**Wojke, Elisabeth**, geb. **Warniak**, aus Sarken, Kreis Lyck, am 7. Mai

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Ahrens, Gertrud**, geb. **Kolletzki**, aus Pertelnicken, Kreis Fischhausen, am 11. Mai  
**Blessing, Helga**, geb. **Kendziorra**, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 7. Mai  
**Fankhauser, Hildegard**, geb. **Salewski**, aus Neidenburg, am 8. Mai  
**Förster, Erika**, geb. **Aschmonat**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 5. Mai  
**Gustafson, Edith**, geb. **Besmehn**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 5. Mai  
**Ingmann, Lisbeth**, geb. **Grigo**, aus Krassau, Kreis Lyck, am 10. Mai  
**Kempka, Gerda**, geb. **Nernheim**, aus Wehlau, am 7. Mai  
**Kinzel, Gerda**, geb. **Noetzel**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 5. Mai  
**Leonhardt, Herta**, geb. **Wenz**, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 8. Mai  
**Rabe, Gerda**, geb. **Riedel**, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 5. Mai

**Schmidt, Margarete**, geb. **Mex**, aus Treuburg, am 7. Mai  
**Ziener, Dr. Gerhard**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 5. Mai

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Chmielewski, Willi**, aus Warchallen, Kreis Neidenburg, am 8. Mai  
**Herrmann, Siegfried**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 11. Mai  
**Kwiatkowski, Margot**, geb. **Gelhaar**, aus Bolzhagen, Kreis Elchniederung, am 5. Mai  
**Meinecke, Irma**, geb. **Dickmann**, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 10. Mai  
**Mischke, Inge**, geb. **Grzeski**, aus Allenstein, am 11. Mai  
**Rattay, Heinz**, aus Moneten, Kreis Treuburg, am 6. Mai  
**Scharna, Monika**, geb. **Preuss**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 9. Mai  
**Schrenke, Eva**, geb. **Gelhaar**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Mai  
**Vogt, Lena**, geb. **Jotzo**, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 8. Mai

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Albrecht, Willi**, aus Reichertswalde, Kreis Mohrungen, am 9. Mai  
**Balz, Lieselotte**, geb. **Kolossa**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 8. Mai  
**Block, Traute**, geb. **Usko**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 8. Mai  
**Gronau, Joachim**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 6. Mai  
**Milewski, Heinz**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 10. Mai  
**Saschek, Ruth**, geb. **Lenz**, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 6. Mai  
**Tarrach, Kurt**, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 11. Mai  
**Wassenberg, Helga**, geb. **Zeier**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 9. Mai

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Bienk, Bruno**, aus Ortelsburg, am 9. Mai  
**Eisenblätter, Dieter**, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 6. Mai  
**Lakatos, Christel**, geb. **Weitshies**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 8. Mai

**Lange, Herta**, geb. **Appel**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 6. Mai  
**Radzuweit, Günther**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 10. Mai  
**Sczech, Inge**, geb. **Vockel**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 10. Mai  
**Stelling, Rainer**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 6. Mai  
**Stubbig, Herta**, geb. **Mikat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 6. Mai

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Fork, Eva**, geb. **Kröhnert**, aus Lindendorf, Kreis Elchniederung, am 10. Mai  
**Frank, Gisela**, geb. **Killeit**, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 7. Mai  
**Halser, Ursula**, geb. **Neumann**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. Mai  
**Jelinski, Werner**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 8. Mai  
**Jungkeit, Helga**, geb. **Geffers**, aus Wehlau, am 11. Mai  
**Lankau, Georg**, aus Wiese, Kreis Mohrungen, am 5. Mai  
**Lellek, Irmgard**, geb. **Neumann**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 6. Mai  
**Liebergessell, Manfred**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 8. Mai  
**Moser, Hildegard**, geb. **Schwermmer**, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 5. Mai  
**Nebel, Margott**, geb. **Rohr/Zigert**, aus Pojerstieten, Kreis Fischhausen, am 10. Mai  
**Podbielski, Reinhold**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 7. Mai  
**Puttnins, Gertrud**, geb. **Waschnewski**, aus Illowo, Kreis Neidenburg, am 7. Mai  
**Quast, Martha**, geb. **Sokolowski**, aus Sarken, Kreis Lyck, am 9. Mai  
**Rosteius, Ursel**, geb. **Wiersbitzki**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 7. Mai  
**Schindowski, Helmut**, aus Polkehnen, Kreis Mohrungen, am 6. Mai  
**Schollbach, Gerhard**, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 7. Mai  
**Werschy, Reinhard**, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 6. Mai

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Amonat, Werner**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 11. Mai  
**Awißus, Gerd**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 7. Mai  
**Buerck, Brigitte van**, geb. **Hensel**, aus Lyck, am 6. Mai  
**Efing, Edeltraut**, geb. **Chmielewski**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 7. Mai  
**Gunia, Elisabeth**, geb. **Kossak**, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 9. Mai



**Vom Auftrag, ein Museum zu konzipieren. Die Jüdische Geschichte Königsbergs in Kaliningrad**, Vortrag von Ruth und Michael Leiserowitz, Moderation: Prof. Dr. Joachim Tauber, Mittwoch, 10. Mai, 18.30 Uhr, Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung, Heiligegeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Eintritt: 4,- Euro, Anmeldung erforderlich unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de. Zur 80. Wiederkehr der Pogromnacht wurde die 1938 zerstörte und nun wiederaufgebaute Synagoge eingeweiht. Seit September 2022 erzählt eine in diesem Gebäude eingerichtete Dauerausstellung die Geschichte der Juden im damaligen Königsberg. Ruth und Michael Leiserowitz vom Verein „Juden in Ostpreußen“ haben dieses Vorhaben auf den Weg gebracht. Sie stellen das Projekt mit vielen Bildern vor.

**Hassenpflug-Reimer, Inge**, geb. **Reimer**, aus Ortelsburg, am 9. Mai  
**Hildebrandt, Hartmut**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 7. Mai  
**Kersten, Sieghard**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 9. Mai  
**Krause, Ulrich**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 8. Mai  
**Kulschewski, Waltraut**, geb. **Rogalla**, aus Klein-Seedorf, Kreis Neidenburg, am 9. Mai  
**Leidert, Erich**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 6. Mai  
**Marwitz, Gerhard**, geb. **Mlinartowitz**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 6. Mai  
**Milewski, Irmgard**, geb. **Glanert**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 6. Mai  
**Morgenroth, Dietrich**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 5. Mai  
**Nuding, Helga**, geb. **Alexander**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 10. Mai  
**Olschewski, Hanni**, aus Groß Trauersee, Kreis Neidenburg, am 6. Mai  
**Philipp, Hildegard**, geb. **Krause**, aus Sielacken, Kreis Wehlau, am 10. Mai  
**Schönke, Ulrich**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 7. Mai  
**Sradnick, Rosemarie**, geb. **Gruiber**, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am 6. Mai  
**Unger, Joachim**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 11. Mai

**Waschko, Horst**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 10. Mai  
**Wielk, Rainer**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 8. Mai  
**Zachau, Horst**, aus Herzogswalde, Kreis Mohrungen, am 11. Mai

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Bohne, Edith**, geb. **Gralla**, aus Friedrichshagen, Kreis Ortelsburg, am 7. Mai  
**Gerken, Jutta**, geb. **Marzein**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 9. Mai  
**Hesse, Edelgard**, geb. **Bendig**, aus Groß Trauersee, Kreis Neidenburg, am 11. Mai  
**Hochleitner, Gerd**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 10. Mai  
**Ritzmann, Erika**, geb. **Stenzeleit**, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 8. Mai  
**Schmischke, Gerlinde**, geb. **Sterkau**, aus Ebenrode, am 6. Mai  
**Steffen, Ingrid**, geb. **Zavadski**, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 7. Mai  
**Tkacz, Ingrid**, geb. **Schindowski**, aus Gildenboden, Kreis Mohrungen, am 5. Mai

## ZUM 75. GEBURTSTAG

**Lottemoser, Werner**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 8. Mai  
**Schwarz, Eckhart**, aus Ostrau, Kreis Fischhausen, am 5. Mai

## Zusendungen für die Ausgabe 20/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 20/2023 (Erstverkaufstag 19. Mai) **bis spätestens Dienstag, den 9. Mai**, an die Redaktion der PAZ:  
 E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:  
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

## Glückwünsche an:

Angela Selke  
 Telefon (040) 4140080  
 E-Mail: selke@paz.de

## Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
 Herrn Bundesgeschäftsführer  
 Dr. Sebastian Husen  
 Buchstraße 4  
 22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

## Hinweis

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.  
 Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg,  
 E-Mail: info@ostpreussen.de

## LO-Termine 2023

26. bis 28. Mai: **9. Sommerolympiade** in Sensburg  
 24. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Wuttrienen  
 15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt  
 7. Oktober: **26. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern** in Neubrandenburg  
 9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt  
 7. und 8. Oktober: **14. Deutsch-Polnischer Kom-**

**munalpolitischer Kongress** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein  
 10. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal  
 11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal  
**Infos** unter Telefon (040) 41400826, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

## Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



## Bayern

**Vorsitzender:** Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

## Preussen-Kurier

**Augsburg** – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern e. V., hat den neuesten „Preussen-Kurier“ herausgegeben. Der Hauptartikel geht bestimmten Deckeln auf die Spur, anhand von Kanal, Hydranten oder Steindeckeln entdeckt Jörn Pekrul ostdeutsche Geschichte auf eine ganz eigene Weise.

Die Ausgabe 1/2023 kann unter [https://www.low-bayern.de/wordpress/wp-content/uploads/2023/04/PK\\_1\\_23.pdf](https://www.low-bayern.de/wordpress/wp-content/uploads/2023/04/PK_1_23.pdf) als PDF-Datei heruntergeladen werden.

## Muttertag

**Hof** – Sonnabend, 13. Mai, 15 Uhr, Jahnheim: Monatsversammlung zum Thema Muttertag.



## Bremen

**Vorsitzender:** Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

## Buchvorstellung

**Bremen** – Mittwoch, 10. Mai, ab 18 Uhr, WeserArt Kunstgalerie im Weserpark: Monika Hürlimann stellt ihr Buch „Mutters Lüge“ vor: Der Bund der Vertriebenen (BdV) weist auf die Buchvorstellung empfehlend hin.

Hürlimann: „Ich bin deutsche Spätaussiedlerin aus Breslau, Jahrgang 1969, mütterlicherseits stammen wir aus Danzig. 1984 emigrier-

te ich illegal aus dem kommunistischen Polen nach Deutschland. Nach meinem Medizinstudium in Berlin ... bin ich in die Schweiz ausgewandert.

In meinem autobiografischen Roman „Mutters Lüge“ schildere ich diese Lebensreise/zwei Emigrationen/gelungene Anpassung und so weiter und explizit auch die deutsch-polnische Geschichte, europaweite Zwangsumsiedlungen vom Osten nach Westen. Der Roman „Mutters Lüge“ stößt auf ein beachtliches Echo und ist bereits vier Mal auf der Schweizer Bestsellerliste gelandet.“

Heinrich Lohmann, Vorsitzender



## Hamburg

**Erster Vorsitzender:** Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

## Elchniederung

**Hamburg** – Donnerstag, 11. Mai, 14 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Niendorfer Kirchweg 17, Heimatinachmittag der HKG Elchniederung. Gäste sind herzlich willkommen. Anmeldung bei Hartmut Klingbeutel unter Telefon (040) 444993 oder (0178) 3272152.



## Hessen

**Vorsitzender:** Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

## Samland-Vortrag

**Wetzlar** – Dienstag, 16. Mai, 11 Uhr, Gaststätte Matchball beim Tennisplatz, Bodenfeld, 35576 Wetzlar, Telefon (06441) 45439: „Samland

– eine Region in Ostpreußen“, Vortrag von Gerd-Helmut Schäfer, Friedrichsdorf. Weitere Informationen bei Kuno Kutz, Heinze wies 6, 35625 Hüttenberg, Telefon (06441) 770559, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de, Fax (06441) 770558.

## Monatstreffen

**Wiesbaden** – Sonnabend, 13. Mai, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Nun will der Lenz uns grüßen. Ein Nachmittag mit Gedichten, Geschichten und Gesang zur Maienzeit. Musikalische Begleitung: Mathias Budau, Gitarre. Zuvor erfreuen wir Sie mit Kaffee und Kuchen.

## Gemeinsames Mittagessen

**Wiesbaden** – Donnerstag, 25. Mai, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46, zu erreichen mit der ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße: Wir essen à la carte. Wegen der Platzdisposition bitte anmelden bis spätestens 19. Mai bei Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521, oder Ilse Klausen, Telefon 06122-14808

## Mecklenburg-Vorpommern

**Vorsitzender:** Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

## Großes Frühlingstreffen

**Anklam** – Sonnabend, 13. Mai, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle Volkshaus: großes Frühlingstreffen der Ostpreußen. Dazu sind alle Landsleute von nah und fern mit Angehörigen und Interessenten sehr herzlich eingeladen. Feierlich umrahmt wird das Wiedersehen vom Landespolizeiorchester Mecklenburg-Vorpommern mit einem ausgewählten Festkonzert. Ehrengast ist der Schuster Wil-

helm Voigt aus Tilsit, bekannt als „Hauptmann von Köpenick“, der im Jahre 1906 ganz Deutschland und selbst den Kaiser in Erstaunen versetzte.

Am Nachmittag lädt der Polizeichor der Hansestadt Anklam zu einem gemeinsamen Singen von Volks- und Frühlingsliedern ein. Und aus Ribnitz-Damgarten kommen 40 junge Leute vom Mecklenburg-Pommeraner Folkore-Ensemble mit einem schönen Frühlingsprogramm.

Wie immer ist für Mittagessen, Kaffee und Kuchen, Bärenfang, Heimatbücher und genügend kostenlose Parkplätze gesorgt. Erwartet werden 500 Besucher.

Manfred Schukat



## Niedersachsen

**Vorsitzende:** Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

## Termine

**Oldenburg** – Mittwoch, 10. Mai, 15 Uhr, Hotel Wöbcken, Hundsmühlen: Kaffeetrinken. Das Hotel kann auch mit dem öffentlichen Bus erreicht werden.

## Monatstreffen

**Rinteln** – Donnerstag, 11. Mai, 15 Uhr, Stadtmission Rinteln, Waldkaterallee 1a, nahe Bahnhof: Monatstreffen der Landsmannschaft der Ostpreußen, Westpreu-

ßen und Danziger, Ortsgruppe Rinteln.

Wegen der zu treffenden Vorbereitungen wird um zeitige Anmeldung unter Telefon (05751) 5386 oder per E-Mail: rebuschat@web.de gebeten. Gäste sind uns stets willkommen.

Joachim Rebuschat



## Sachsen

**Vorsitzender:** Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

## Kirchentag

**Chemnitz** – Sonntag, 18. Juni, 9.30 Uhr, St. Matthäus Kirche, Zinsendorfstraße 14, 09116 Chemnitz: Kirchentag der evangelischen Ostpreußen und Spätaussiedler. Der Kirchentag, zu dem die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen der Landesgruppe Freistaat Sachsen e.V. einlädt, wird sich mit dem Thema: „Das Wirken der Hugenotten in Ostpreußen“ beschäftigen. Dr. Andreas Flick, Präsident der Hugenotten Gesellschaft, wird an diesem Tag die Predigt halten und am Vormittag zu diesem Thema referieren.

Von 1530 bis 1730 verließen etwa 200.000 von insgesamt 730.000 Hugenotten Frankreich. In dieser Zeit siedelten sich einige der Hugenotten in Ostpreußen an und brachten sich mit ihrer Arbeit in Ostpreußen ein.

Nach dem Gottesdienst werden wir uns vor dem Gedenkstein Flucht, Vertreibung, Deportation versammeln und mit dem Bläserchor der Gemeinde der Toten des Zweiten Weltkrieges gedenken.

Es gibt zur Mittagspause einen kleinen Imbiss. Bitte anmelden. Es werden uns die „Kirchenmäuse“ der St. Matthäus Kirche mit Tanz und Gesang erfreuen. Sie sind herzlich eingeladen, und wir wür-

den uns freuen, Sie begrüßen zu dürfen. Bitte melden Sie sich bei Alexander Schulz unter Telefon (0371) 301616. Alexander Schulz

## Muttertag

**Dresden** – Mittwoch, 17. Mai, 14 bis 17 Uhr, Großenhainer Straße 96, 01127 Dresden (neues Büro): Die Ost- und Westpreußen-Gruppe begeht den Muttertag mit Essen, Singen und Posaunen.



## Schleswig-Holstein

**Vorsitzender:** Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

## Spargelessen

**Bad Schwartau** – Dienstag, 9. Mai, 10 Uhr, ZOB Bad Schwartau: Abfahrt zum Spargelessen am Nord-Ostsee-Kanal und Ausflug zu einer Straußenfarm. Busfahrt zusammen mit „Reisefreunde Bad Schwartau“, die Fahrtkosten pro Person von 79 Euro bitte an Claus Seifert zahlen.

## Schicksal eines Ostpreußen

**Burg auf Fehmarn** – Dienstag, 9. Mai, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Vortrag bei der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig von Ekkehardt Schmidt aus Eckernförde über den ostpreußischen Maler Ernst Ebel (1913-2001) und über Cadinen. Gäste sind herzlich willkommen.

Brigitte Christensen

## Fluchterlebnis

**Kiel** – „Kinder der Flucht“, unter diesem Titel wird die ergreifende Fluchtgeschichte von Brigitte Kieselbach von der Ortsgruppe Pinne-

Fortsetzung auf Seite 16

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

## Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ  
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro  
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

berg und unseres Vorsitzenden der Ortsgruppe Nortorf, Dietrich Weichler, am Montag, 8. Mai im ARD-TV um 22.50 bis 0.20 Uhr (1 1/2 Stunden), gesendet werden. In der Mediathek wird der Film in vier Teilen gesendet, und zwar: Folge 1 bis 4 bereits am 3. Mai.

Hans-Albert Eckloff

Angerapp

Kreisvertreter: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Tel. (04102) 823300, Fax (04102) 4739608, Handy: (0151) 1846100, E-Mail@gmx.net

Hauptkreistreffen

Lüneburg - Sonnabend, 3. Juni, 10 Uhr, Krone Bier- & Eventhaus, Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 2445050: Hauptkreistreffen. Hierzu laden wir ganz herzlich ein.

Turnusgemäß muss eine Neuwahl des Kreistages unserer Kreisgemeinschaft erfolgen. Laut unserer Wahlordnung sind alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft wählbar. Das Vorschlagsrecht haben die Mitglieder der Kreisgemeinschaft, der Kreistag und der Kreisausschuss. Vorschläge müssen bis zum 25. Mai 2023 schriftlich bei der Kreisvertreterin, Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, eingereicht werden. Der Wahlvorschlag muss den Familiennamen (gegebenenfalls abwei-

chenden Geburtsnamen), Vornamen, Heimatort und Geburtsdatum und jetzige Anschrift des vorschlagenden Wahlberechtigten und den vorgeschlagenen Wahlkandidaten enthalten.

Vorläufiges Programm: 10 Uhr: Beginn der Versammlung, 11.30 Uhr: Vortrag, 12.30: Mittagessen, 14 Uhr: Besichtigung des Ostpreußischen Landesmuseums einschließlich Führung, danach gemütliches Kaffeetrinken und plaudern im Bernsteinkaffee.

Wir würden uns sehr freuen, möglichst viele Landsleute aus dem Kreis Angerapp sowie alle, die sich unserem Heimatkreis verbunden fühlen, begrüßen zu können.

Elchniederung

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstraße 6, 52146 Würselen, Telefon (02405)73810, GF: Barbara Daweidt, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Nachbarschaftstreffen

Lüneburg - Sonnabend, 20. Mai, 9.30 Uhr, Krone Bier- und Eventhaus, Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg, direkt neben dem Landesmuseum: Treffen der Mermelstromer, Elchniederung, Tilsit-Ragnit und der Tilsiter zu einer gemeinsamen Veranstaltung.

Das Programm beginnt um 10 Uhr mit einem Gesangsvortrag, es folgen das Geistliche Wort und die Totenehrung, die Begrüßung durch die Kreis- und Stadtvertre-



ter, die Festrede hält Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter von Rasentenburg. Nach einer musikalischen Einlage ist Zeit zur Besichtigung des Ostpreußen Landesmuseums und zum Plaudern.

Die Veranstaltung schließt mit Gesang und dem gemeinsamen Singen des Ostpreußen-Liedes sowie mit dem Schlusswort des Kreisvertreters der Elchniederung.

Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

12. Lycker Treffen

Bremen - Donnerstag, 16. November, 13 Uhr, Beginn um 14 Uhr, Best Western Hotel zur Post: Lycker Treffen in Bremen unter neuer Leitung. Wilhelm Norra hat die Organisation an Heidi Mader abgegeben. Nähere Auskünfte bei Heidi Mader: E-Mail: heidi-mader@gmx.de oder unter Telefon (0421) 67329026. Eine verbindliche Anmeldung ist erforderlich.

Mohrungen

Kreisvertreter: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079.

Stellv. Kreisvertreterin: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452.

Geschäftsstelle: Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Zum 80. für Ingrid Tkacz

Tornesch - Gratulation an unsere Kreisvertreterin Ingrid Tkacz, geb.

Schindowski. Geboren am 5. Mai 1943 in Mohrungen, aufgewachsen bis 1957 im beschaulichen Ort Guldoboden, nahe dem Nariensee, den Elisabeth Krahn in ihrem Gedicht „Heimkehr“ mit den Worten „Der Himmel küsst den Nariensee Die Wogen von Wäldern umsäumt“ beschreibt. Seit vielen Jahren ist die Jubilarin aktives Mitglied im Mohrunger Heimatverein und übernahm 2003 bis 2009 die Geschäftsführung, dann für sechs Jahre die Funktion der stellvertretenden Kreissprecherin.

Ihre Verbundenheit und Liebe zur Heimat spürt man in der Pflege von Kontakten zu den deutschstämmigen Landsleuten. Mit Geschick und Gewissenhaftigkeit führt sie seit 2015 das Amt der

Kreisvertreterin aus. Dafür sind wir ihr unendlich dankbar. Wir wünschen unserer Geburtstagsjubilaren einen frohen Ehrentag mit ihrer Familie, die beste Gesundheit und Freude im privaten Lebensbereich.

Liebe Ingrid Tkacz, die Kreisgemeinschaft gratuliert von ganzen Herzen. Bleiben Sie uns noch lange mit ihrer freundlichen Art und Engagement erhalten.

Im Namen des Kreistages Marlene Wölk, stellvertretende Kreisvertreterin

Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Wind-eck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de

Geschäftsstelle: Hans-Joachim Scheer, Wrister Str.1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192)4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

Mitgliederversammlung

Lüneburg - Freitag, 19. Mai, 14 Uhr, Hotel Bergström, Bei der Mühle, 21335 Lüneburg: Mitgliederversammlung mit Wahlen der Mitglieder des neuen Kreistages. Folgende drei Satzungsänderungen werden zur Abstimmung gestellt: 1. Paragraph 9,9 (alt) „Der Kreistag ist beschlussfähig, wenn mindesten 13 Mitglieder anwesend sind.“ (neu) „Der Kreistag beschließt mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt.“



Jubililarin: Die Mohrungerin Ingrid Tkacz wird am 5. Mai 80 Jahre alt

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 4x4 Sudoku puzzle and a 6x6 Diagonal puzzle.

Sudoku

9x9 Sudoku puzzle grid with some numbers pre-filled.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

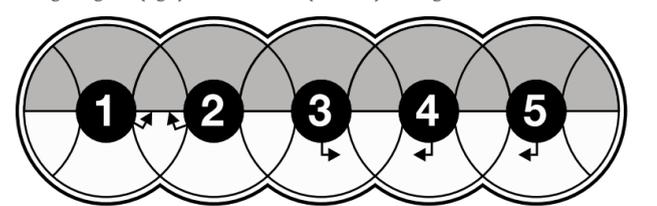
Diagonalrätsel

6x6 Diagonal crossword puzzle grid with clues.

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Arznei- und Gewürzpflanzen. 1 dornige Wüsten-, Steppenpflanze 2 Popmusikstil Jamaikas 3 Stadtteil von New York 4 Langarmaffe 5 Topfverschluss 6 nur geistig vorhanden

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für gemeinsam, zusammen. 1 im Kehlkopf erzeugter Klang, 2 kleine Treppe; flache Lattenkiste, 3 langweilig; langsam (ugs.), 4 US-Filmstar (Marlon), 5 mit großer Flamme brennen



## Heimatkreisgemeinschaften

2. Paragraph 9,13 Spiegelstrich (alt): „Der Kreistag beschließt über alle Angelegenheiten des Vereins, insbesondere über die Entlastung des Kreisausschusses.“ (neu): „Der Kreistag beschließt über alle Angelegenheiten des Vereins, insbesondere über die Entlastung des Vorstands.“

3. Paragraph 10,8 (alt) „Der Kreisausschuss ist berechtigt, bei Bedarf Kirchspielvertreter kommissarisch einzusetzen.“ (neu): „Der Kreisausschuss ist berechtigt, bei Bedarf Vereinsmitglieder kommissarisch mit Ämtern im Kreistag zu betrauen.“

Es empfiehlt sich sehr, die folgende Nacht in Lüneburg zu verbringen, um am Nachbarschaftstreffen teilnehmen zu können, das am 20. Mai stattfindet.

Dieter Neukamm, Kreisvertreter

### Nachbarschaftstreffen

**Lüneburg** – Sonnabend, 20. Mai, 9 Uhr Einlass, 10 Uhr Beginn, Krone Bier- und Event-Haus, Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg: Nachbarschaftstreffen. Das letzte Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtge-

meinschaft Tilsit fand 2018 in Eitorf statt. Corona verhinderte die Durchführung zwei Jahre später. Die Elchniederung als Organisatorin verspricht für die Veranstaltung im Mai ein interessantes Programm, wie den Besuch des neugestalteten Ostpreußischen Landesmuseums oder alternativ eine Brauereiführung.

Falls Sie sich nicht mehr zutrauen, eine Reise nach Lüneburg selbst durchzuführen, bitten Sie doch Ihre Kinder oder Enkel, Sie zu fahren – die Veranstaltung wird gewiss auch ihnen gefallen.

Dieter Neukamm, Kreisvertreter



### Kulturforum

**Greifswald** – Sonnabend, 6. Mai, 18 Uhr, Pommersches Landesmuseum, Raskower Straße 9, 17489 Greifswald, Eintritt: 6,- Euro: „Hoiho! Das Segel im Winde, zu den Sternen, Menschlein!“ **Hans Fallada und Pommern**, szenische Lesung mit Katharina Groth & Wolfgang Wagner.

Die Zeit, die der junge Rudolf Ditzen alias Hans Fallada zwischen 1915 und 1925 in Pommern verbrachte, beeinflusste sein Werk bis in die 1940er Jahre hinein. Pommersche Orte, in denen er lebte und arbeitete, wurden später zu Schauplätzen seiner Romane und Erzählungen, Begebenheiten und Sonderlinge verwandelte er in Literatur. Als Beamter auf landwirtschaftlichen Gütern lernte er, mit Menschen umzugehen, ihnen zuzuhören; sein Blick für unterschiedlichste Charaktere schärfte sich.

Eine Kooperation zwischen der Kulturreferentin für Pommern und Ostbrandenburg am Pommerschen Landesmuseum und dem Deutschen Kulturforum östliches Europa.

ANZEIGE

## Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten



Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0

35,- Euro zzgl. Porto und Verpackung



### Die Dittchenbühne

**Jahresprogramm der Dittchenbühne** – Das Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ hat das Programm für Mai bis Dezember vorgelegt. Auf 36 Seiten sind die Aktivitäten des Mehrgenerationenhauses und Stadtteilzentrums zusammengestellt – vom Pflingstochsen-Fest Ende Mai und der Komödie „Die Niere“ im September bis hin zur Lesung „Das Wolfsmädchen“ mit Dr. Christian Hardinghaus im Oktober und zum Weihnachtsmärchen „Frau Holle“ im Dezember. Natürlich werden auch wieder viele Kurse und Gesprächskreise angeboten wie die Malschule

für Kinder, englische Konversation, Brotbacken, Fahrradtouren, Erzählcafé, Reparaturdienst, Stricktreff und der Theatertreff für Mädchen. Auch die Publikumsbeliebte fehlen nicht: die Baltische Tafelrunde, das Elchessen, der Vorleseabend mit Arno Surminski, die Bildungsreisen und der Elsässische Abend stehen wieder auf dem Programm. Weitere Informationen finden sich im aktuellen Programmheft, das im Büro der Dittchenbühne zu erhalten ist. Telefon: (04121) 89710, Internet: www.dittchenbuehne.de, E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

## TRAKEHNER

# Dalera gibt immer 200 Prozent

Jessica von Bredow-Werndl und ihre Trakehner Wunderstute TSF Dalera BB verteidigen in Omaha (USA) den Weltcup-Titel

Das Weltcup-Finale in Omaha, Nebraska in den Vereinigten Staaten von Amerika war das erste ganz große internationale Dressurevent des Jahres. Als Titelverteidigerin und Favoritin ging Jessica von Bredow-Werndl mit ihrer Trakehner Stute TSF Dalera BB an den Start. Das Paar hielt dem Erwartungsdruck stand: Mit 90,482 Prozent und mehr als drei Punkten Vorsprung tanzten sie in der Kür abermals an die Spitze der Dressur-Weltelite.

### Ein Gänsehaut-Comeback

Vor ziemlich genau einem Jahr hatte die Reiterin sich mit dem Weltcup-Finalsieg in Leipzig in die Babypause verabschiedet. Im August kam Töchterchen Ella Marie zur Welt und noch vor Jahresende konnte Jessica ihre Trakehner Stute Dalera erneut zum Tanz auf großem Parkett bitten. Beide knüpften über Winter mit einem halben Dutzend internationaler Siege nahtlos an die Erfolge der Vorjahre an.

Emotional wird die feinfühligere Reiterin, die gemeinsam mit ihrem Bruder Benjamin Werndl im bayerischen Aubenhausen einen Ausbildungsstall für Spitzendressurpferde betreibt, wenn es um die Trakehner Stute TSF Dalera BB geht: „Ich bin so unglaublich dankbar, dass ich diese spezielle Verbindung zu diesem Pferd erleben und mit ihr tanzen darf. Dalera ist wundervoll“, ließ sie im Interview di-



Die Reise nach Omaha hat sich gelohnt: Jessica von Bredow Werndl und TSF Dalera BB siegen im Weltcup-Finale 2023 in den USA  
Foto: sportfotos-lafrentz

rekt nach ihrem Siegesritt in Omaha verlauten. „Diese Stute will immer 200 Prozent geben“.

### Die Wurzeln des Erfolgs

Der Erfolg eines Pferdes wie Dalera hat zahlreiche Mütter und Väter. Ganz oben steht vielleicht die außergewöhnlich enge Beziehung der 16-jährigen Stute zu ihrer 37-jährigen Reiterin und auch zu ihrer Pflegerin Anna Liebing. Diese

Menschenbezogenheit wird den Trakehner Pferden, Vertretern der wohl weltweit ältesten und edelsten Reitpferderasse, seit jeher nachgesagt, ebenso ihre Intelligenz und die Eigenschaft, für „ihren Menschen“ über sich hinauszuwachsen.

Dalera wäre ohne Jessica heute vielleicht nicht das beste Dressurpferd der Welt und Jessica von Bredow-Werndl vielleicht nicht die

vielfache Goldmedaillistin, die sie mit Dalera geworden ist.

Die Stickerie „Queen Dalera“ zielt das Stallhalter der Stute und ist Programm für ihr Management von Fütterung, Weidegang und Training bis hin zu den Auftritten im Rampenlicht. Die „Queen“ zeigt sich zu Hause als geradezu süchtig nach Streicheleinheiten und Aufmerksamkeit und mutiert im Wettkampf zum Rockstar. Ein

Star, dem man Musikalität zuschreiben möchte, denn das Paar scheint in der Kür zu den Klängen der Chansons von Edith Piaf und Cole Porter zu tanzen.

Zwei Kürzel rahmen den Namen der „Queen“ ein: „TSF“ steht für Trakehner Sportpferde Förderung und ist ein im Pferdesport renommiertes Prefix, dass der Trakehner Förderverein an besonderes erfolgreiche Pferde verleiht. Das Suffix „BB“ steht für Daleras langjährige Besitzerin, die Schweizerin Beatrice Büchler-Keller. Sie hat die Stute als unscheinbares junges Pferd entdeckt und direkt von der Züchterin erworben, sie hat dem Riesentalent – Dalera hat ein Stockmaß von über 180 Zentimetern – Zeit zum Reifen gegeben, und sie hat den Weg für das Dreamteam „Jessi und Dalera“ gebnet. Denn auch Jessicas erstes internationales Erfolgspferd, der Rapphengst Uneé BB, steht in ihrem Besitz. Als Sohn des berühmten Trakehner Hengstes Gribaldi ist auch er ein halber Trakehner und genießt mittlerweile seinen umsoorgenen Ruhestand in Aubenhausen.

### Trakehner Familienbande

Jedes Weltcup-Finale hat auch eine Kinderstube und im Falle von Dalera liegt diese in Rheinland-Pfalz bei Privatzüchterin Silke Druckenmüller. Sie hatte Daleras Mutter namens Dark Magic zunächst als Reitpferd erworben. Der Vater von Dalera, der Hengst Easy Game, wie Uneé BB ein Sohn des Gribaldi und

wie Vater und Halbbruder siegreich in schweren Dressurkonkurrenzen, animierte sie jedoch bald zu einem Fohlen. Unnötig zu erwähnen, dass Dalera kein „Einzelkind“ blieb ... zukunftsweisend die Tatsache, dass mit Dalenio ein Dreiviertelbruder zu Dalera zu den Nachwuchshoffnungen von Benjamin Werndl zählt.

Weitere Querverbindungen aus der Trakehner Familie gefällig? Daleras Mutter ist eine Enkelin des Trakehner Halbbluthengstes Van Deyk, der im Stall von Hans-Eberhard Schneider zur Welt kam und das erste Grand Prix Pferd seiner Tochter Dorothee wurde, die heute regelmäßig Teamkollegin von Jessica ist, wenn es um Dressur-Nationenpreise geht.

90,482 Prozent – im Weltcup-Finale hat TSF Dalera BB zum neunten Mal die 90-Prozent-Marke geknackt. Dalera hat jetzt erst einmal Pause. Die Deutschen Meisterschaften und als Saisonziel Nummer zwei die Europameisterschaften Anfang September in Riesenbeck lauten die weiteren Pläne der Reiterin. Über denen schwebt bereits der Traum von Olympia in Paris 2024. Die Kür mit perfekten Piaffen zu den Chansons von Edith Piaf ist diesbezüglich schon einmal eine Ansage. *Trakehner Verband*

● Weitere Informationen über den Trakehner Verband e. V. unter Internet: <https://www.trakehner-verband.de/>

## PHILATELIE

# Postwertzeichen im Spiegel der Zeit

Zahlreiche deutsche Briefmarken beziehen sich auf historische oder kulturelle Ereignisse in Ostpreußen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Briefmarken eines Staates widerspiegeln im Normalfall dessen Geschichte sowie kulturelle und landschaftliche Vielfalt. Dies gilt im Prinzip auch für Deutschland. Allerdings kam ein wesentlicher Bestandteil des Deutschen Reiches beziehungsweise der Weimarer Republik, nämlich Ostpreußen, in philatelistischer Hinsicht zu kurz.

Die erste deutsche Briefmarke überhaupt mit einem – zudem nur indirekten – Bezug zu Ostpreußen war der ab dem 1. November 1927 ausgegebene zinnoberröte 15-Pfennig-Wert mit dem Porträt des Königsberger Philosophen Immanuel Kant. Kant wurde dann 1974 nochmals auf einer 90-Pfennig-Briefmarke abgebildet. Der konkrete Anlass war diesmal der 250. Geburtstag des großen Denkers.

Außer Kant würdigte die Deutsche Bundespost lediglich noch drei weitere Personen mit Bezug zu Ostpreußen, und zwar den Domherrn und Astronomen Nikolaus Kopernikus, der unter anderem in Frauenburg und Allenstein wirkte (Ausgabedatum 19. Februar 1973 zum 500. Geburtstag), die bekannte Heimatdichterin Agnes Miegel aus Königsberg (Ausgabe vom 14. Februar 1979 anlässlich ihres 100. Geburtstages) und den Universalgelehrten Friedrich Wilhelm Bessel, von 1810 bis 1846 Direktor der Sternwarte in Königsberg und Professor an der dortigen Universität (Ausgabe vom 19. Juni 1984 zur Erinnerung an Bessels 200. Geburtstag).

## Kant, Miegel und Kopernikus

Das wichtigste Datum in der Philatelie-Geschichte Ostpreußens war indes der 23. Juni 1935. An diesem Tage begann die Ausgabe des Markensatzes beziehungsweise Blocks zur Internationalen Osteuropäischen Postwertzeichenausstellung



Zwei Ereignisse, zwei unterschiedliche Zeiten: Die Briefmarke von 1990 ist dem Deutschen Orden gewidmet (l.), die Briefmarke rechts zeigt eine Frau in ostpreußischer Tracht und wurde 1935/36 herausgegeben

Fotos: imago/Schöning; gemeinfrei

OSTROPA in Königsberg. Die Marken in den Wertstufen drei, sechs, zwölf und 25 Reichspfennig zeigten die Burg Allenstein, das Tannenberg-Denkmal bei Hohenstein sowie die Schlösser von Königsberg und Heilsberg. Der Block mit allen vier Marken wurde dabei nur an Sammler mit Berechtigungskarten oder Inhaber von OSTROPA-Eintrittskarten verkauft und ist heute aufgrund seiner Seltenheit kaum für unter 1000 Euro zu haben.

Ansonsten gibt es nur ein weiteres Postwertzeichen, das ein ostpreußisches Gebäude zeigt. Das ist die 90-Pfennig-Marke der Dauerserie Deutsche Bauwerke aus zwölf Jahrhunderten mit dem Ab-

bild des 1944 im Bombenhagel untergegangenen Zschockschen Damenstiftes in Königsberg vom Juni 1966. Weil die DDR in dem Motiv der Marke „Revanchismus“ witterte, wurden Briefe, welche diese trugen, häufig im Rahmen des unerklärten Postkrieges zwischen Ost und West von der Beförderung ausgeschlossen und in die Bundesrepublik zurückgeschickt.

## Deutscher Orden und Krönungen

Zwei Marken mit Ostpreußen-Bezug waren darüber hinaus die Nothilfe-Ausgabe zu drei plus zwei Pfennig von 1935/36, die eine Frau in ostpreußischer Tracht zeigt, und das Postwertzeichen zum 400. Jahrestag der Gründung der Königsberger

Universität durch Herzog Albrecht von Brandenburg-Ansbach im Jahre 1544. Die Marke zu sechs plus vier Pfennigen mit dem Konterfei Albrechts kam am 2. Juni 1944 in Umlauf und war eine der letzten Ausgaben des Dritten Reiches.

Zwei später herausgegebene Marken der Bundesrepublik erinnern an weitere Jubiläen im Zusammenhang mit der Geschichte Ostpreußens. Die erste erschien 1990 zur 800. Wiederkehr der Gründung des Deutschen Ordens. Und die zweite wurde 2001 aus Anlass des 300. Jahrestages der Errichtung des Königreiches Preußen durch die Selbstkrönung von Friedrich I. emittiert. Außerdem wäre da noch die Ausgabe der Bundespost Berlin

von 5. Mai 1982 zum Gedenken an die Ankunft der Salzburger Exulanten im Jahre 1732. Viele der protestantischen Glaubensflüchtlinge fanden später in Ostpreußen eine neue Heimat.

## Exulanten und Zeppelin

Zu diesem insgesamt doch recht überschaubaren Konvolut regulärer Marken kommen solche philatelistischen Kostbarkeiten wie frankierte und abgestempelte Luftpostbriefe, die im Zuge der Ostpreußen-Fahrt des Verkehrs-Luftschiffes LZ 127 „Graf Zeppelin“ im August 1930 befördert worden waren.

Ebenso gehören noch zwei andere Kategorien von Postwertzeichen zum philatelistischen Erbe Ostpreußens. Das sind zum einen die Marken des Abstimmungsgebietes beziehungsweise Regierungsbezirkes Allenstein. Dessen Bewohner mussten sich gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages im Juli 1920 entscheiden, ob ihre Heimat künftig weiter zu Ostpreußen gehören oder Polen zugeschlagen werden sollte, wobei fast 98 Prozent für die erstere Option votierten. Zwischen dem 3. April und 31. Oktober 1920 waren in Allenstein alte Briefmarken aus dem deutschen Kaiserreich in Gebrauch, welche Aufdrucke wie „PLEBISCITE OLSZTYN ALLENSTEIN“ trugen.

Und zum anderen gibt es verschiedene philatelistische Zeugnisse aus der Zeit vom 10. Januar 1920 bis zum 22. März 1939, in der das Memelgebiet zunächst unter französischer „Schutzherrschaft“ und dann unter widerrechtlicher litauischer Besatzung stand. Dazu zählen Marken der beiden letztgenannten Staaten mit allerlei zusätzlichen Wertangaben sowie dann auch ein nur wenige Tage lang von der deutschen Seite herausgabter litauischer Satz mit vier Postwertzeichen zu 15, 30, 35 und 60 Cent, die den Aufdruck „Memelland ist frei!“ trugen.

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

# Montessori-Pädagogik hilft auch beim Volkstumsbewusstsein

Ein Lehrpfad informiert auf Deutsch und Polnisch über Bräuche und Alltag in Oberschlesien – Kinder zeigen großes Interesse

Raschau [Raschowa] ist ein typisches oberschlesisches Dorf, in dem die gepflegten Häuser und Gehöfte planmäßig um einen zentralen Platz angelegt wurden. Die barocke katholische Kirche zur göttlichen Vorsehung steht neben der Fatima-Kapelle für die Frömmigkeit der Oberschlesier und das Denkmal für Gefallene des Ersten Weltkriegs für das historische Gedächtnis der Einwohner.

Doch das Dorf Raschau hat etwas, was andere nicht haben. In dem 19 Kilometer von der Woiwodschaftshauptstadt Opoln [Opole] entfernten Ort entstand die erste von drei „Pro Liberis Silesiae“-Bildungseinrichtungen, die heute auf ganz Schlesien ausstrahlen. In dem Raschauer Kindergarten und der Grundschule wird nämlich nach dem Maria-Montessori-Prinzip gearbeitet, und das mit dem Hintergrund der deutschen Volksgruppe. Das Montessori-Konzept zielt darauf ab, Kinder in ihrer Persönlichkeit zu stärken, indem man sich auf die Bedürfnisse, Talente und Begabungen des Heranwachsenden konzentriert. Denn Kinder sollen am besten in ihrem eigenen Rhythmus lernen. Der Trägerverein Pro Liberis Silesiae ergänzt dieses Konzept durch eine konsequente Zweisprachigkeit.

Hinter dem Verein stehen die Schwestern Margarethe Wysdak und Barbara Loch. Ähnlich wie die Reformpädagogin und eine der ersten Ärztinnen Italiens, Maria Montessori (1870-1952), mussten sich die Schwestern durch ein bis heute deutschfeindliches polnisches Bildungssystem und viel Unverständnis seitens der ländlichen oberschlesischen Bevölkerung kämpfen.

## Zwei Pädagoginnen mit außergewöhnlichen Ideen

Doch ihre Ergebnisse überzeugten schnell sowohl Eltern als auch Behörden sowie Geldgeber. Neben ihren Montessori-Schulen in Raschau, Guttentag [Dobrodzień] und Opoln, ihrem über die Grenzen Oberschlesiens bekannten Kinderstadt-Projekt „Klein Raschau“ oder der kürzlich errichteten Sporthalle in Raschau haben sie nun die Einrichtung eines Lehrpfades angestoßen.

Dieser informiert auf acht Tafeln auf Deutsch und Polnisch über die Geschichte und den Alltag des Ortes, der jedoch für viele oberschlesische Dörfer beispielhaft ist. An dem Lehrpfad hat die Dorfgemeinschaft generationsübergreifend mitgewirkt. Anhand historischer Dokumente aus dem Opolner Staatsarchiv

und aus privaten Sammlungen oder aus Zeitzeugenberichten haben die Raschauer eine Chronik des Ortes geschaffen.

Der Raschauer Lehrpfad führt an einem historischen Löschwagen vorbei zu Informationen über die 1928 gegründete Freiwillige Feuerwehr. In unmittelbarer Kirchnähe informiert darüber hinaus ein kreisförmiger Kalender über die traditionellen Feste im Kirchenjahr und er-

klärt die Farbsymbolik in der katholischen Liturgie.

In der einstigen Dorfschule, die zu den ältesten im Kreis Opoln gehört, sind heute eine Heimatstube, der Sitz des Ortsverbandes der Deutschen Minderheit und die Dorfbibliothek untergebracht. An diesem Gebäude sind gleich drei Tafeln angebracht. Eine erzählt über das Schulwesen im Oberschlesien der Vorkriegs-

zeit. An dieser Tafel würden Schulkinder die längste Zeit verbringen, berichtet Sabina Prokop, Pädagogin an der Vereinsschule Pro Liberis Silesiae. Sie berichtet, die Kinder seien erstaunt, dass die Klassenräume von einst so groß waren und dass es im Winter wegen Mangels an Heizkohle zu Schulausfällen kam. Auch, dass viele Bauernkinder während der Erntezeit, anstatt die Schulbank zu drücken, bei der Ernte mithalfen.

## Der Lehrpfad richtet sich auch an Erwachsene

Um Kinder zu motivieren, sich der Dorfgeschichte anzunehmen, wurde der Lehrpfad um Spiele ergänzt. Eine Art Schnitzeljagd führt die Spieler zu den geschichtsträchtigen Orten in Raschau und informiert zum Beispiel auch über Bräuche wie das oberschlesische Bärenreiben zur Fastnacht oder das Aufstellen eines Maibaumes und den Tanz in den Mai.

Prokop, die am Lehrpfad mitwirkte, wünscht sich, dass ihn Familien und besonders Großeltern mit ihren Enkeln begehen, denn auf diese Weise würden Erinnerungen der Alten wachgehalten, und man käme ins Gespräch. Der Lehrpfad soll nämlich nicht nur Kinder in ihrer Persönlichkeit stärken. Chris W. Wagner



Raschau: Beispiel einer Tafel auf dem neuen Lehrpfad

Foto: Wagner

## POMMERSCHER HEIMATDICHTER

## Der Meerespoet von der Ostsee

Vor 250 Jahren in Greifswald geboren – Der Lehrer, Lyriker und Zeitschriftenherausgeber Karl Lappe

VON MARTIN STOLZENAU

Liedern von Beethoven, Schubert und Schumann hat es Karl Lappe zu verdanken, dass sein lyrisches Werk nicht ganz in Vergessenheit geraten ist. Die Komponisten vertonten vier seiner bekanntesten Gedichte: „So oder so“, „Im Abendrot“, „Der Einsame“ und „Fluch“.

Bevor der Heimatdichter aus Vorpommern im antinapoleonischen Befreiungskrieg als „vaterländischer Freiheitssänger“ einigen Lorbeer erntete, fungierte er allerdings als Lehrer und Hobby-Schriftsteller, der mit seinem „naturbeschreibenden Schaffen“ die Vorzüge seiner pommerschen Heimat sowie ihrer Menschen pries.

Aber nach seinem Tod wurde es schnell still um sein literarisches Erbe. Sein letztes Wohnhaus wurde abgerissen. Die einstige Gedenktafel in Pütte ging verloren. Sein Grab auf dem Stralsunder Frankenfriedhof ist seit dem Jahr 1960 nicht mehr auffindbar. Erst nach 2010 wurde nach Gründung eines „Karl-Lappe-Vereins“ im Gefolge reger Vereinstätigkeit das Werk Lappes wiederentdeckt. Inzwischen erschien der erste neue Band mit seinen Gedichten.

Lappe wurde am 24. April 1773 im Dorf Wusterhusen bei Greifswald geboren. Sein Vater wirkte als örtlicher Pastor und verstarb bereits 1780. Danach wurde der Junge nacheinander vom Organisten, von seinem älteren Bruder und dann an der Wolgaster Stadtschule unterrichtet, wo er in die Obhut von Ludwig Gotthard Kosegarten kam, der als Schulrektor Lappes Begabung erkannte und ihn förderte. Es folgten das Greifswalder Universitätsstudium, wobei Theologie, Philologie sowie Philosophie im Mittelpunkt standen, erste poetische Versuche und dann die Brotarbeit als Lehrer. Er unterrichtete in Rheinshagen bei Güstrow, in Neustrelitz und auf dem Sophienhof.

Im Jahr 1798 rief ihn dann sein vorheriger Rektor Kosegarten, der inzwischen als Pfarrer auf Rügen fungierte, auf die Insel nach Altenkirchen. Lappe unterrichtete, betrieb mit Kosegarten einen regelmäßigen Gedankenaustausch sowie Sprachstudien, lernte dann die englische, schwedische sowie dänische Sprache und übersetzte literarische Werke aus diesen Ländern. Dazu gesellten sich zahlreiche Gedichte, die er in verschiedenen deut-

schon Zeitschriften wie dem Göttinger „Musenalmanach“ und dann im ersten eigenen Gedichtband veröffentlichte.

Ab 1801 lehrte er in Stralsund rund 17 Jahre lang am „Sundischen Gymnasium“ als Gymnasiallehrer. Lappe unterrichtete mit großem Erfolg, dichtete und übersetzte weiter und verfasste außerdem einige pädagogische Schriften. Das reichte bis zum „Poetischen Magazin für Gedächtnisübungen“ und dem „Pommernbuch“, einem Lesebuch für Pommern.

Zwischendurch hatte er die Pastorentochter Ulrike Schindler aus Gustow auf Rügen geheiratet, mit der er 40 Jahre zu-

zum produktiven Refugium. Lappe veröffentlichte seine Arbeiten in ganz Deutschland, woraufhin Beethoven und Co. die vier Lieder von ihm vertonten. Außerdem gab der Pommerndichter zusammen mit Friedrich von Suckow die Wochenschrift „Sundine“ heraus.

Seine pommerschen Natur- und Landschaftsdichtung überzeugten Leser und Kritiker im ganzen Land. Besonders seine Arbeiten über die Inseln Hiddensee und Rügen und seine eindrucksvoll geschilderte Bindung an die Schönheit und Gewalt des Meeres. Das reichte bis zu den klingenden Versen in seinem Buch „Mit-

Im reifen Alter zog Lappe nach Stralsund in die Heiliggeiststraße um, wo er am 28. Oktober 1843 nach schwerer Erkrankung starb, 18 Jahre vor seiner Frau. Nach längerer Vergessenheit gelangte er nach Studien von Fachwissenschaftlern in der jüngsten Vergangenheit wieder in den Fokus der Öffentlichkeit. Dazu gesellte sich der rührige „Karl-Lappe-Verein“ im Geburtsort Wusterhusen, der im Pfarrhaus eine ständige Ausstellung initiierte. Den Auftakt der Veranstaltungen im Jubiläumsjahr fand am 23. April in seinem Geburtshaus, dem Pfarrhof Wusterhusen statt.



Ein Anziehungspunkt für viele Besucher: Das Geburts- und Ausstellungshaus des Heimatdichters Karl Lappe in Wusterhusen

sammenlebte und elf Kinder hatte. Aber die Dauerarbeit untergrub wohl seine Gesundheit. Er gab nach ärztlichem Rat das Lehramt auf und zog sich mit seiner wachsenden Familie nach Pütte bei Stralsund zurück, wo er nach seiner Gesundung etwas Landwirtschaft betrieb und als Schriftsteller und Herausgeber wirkte.

Nach Brandstiftung und Verlust seines Hauses mit Bibliothek und Schriften bezog er 1824 ein anderes Haus. Sein zweiter Pütter Wohnsitz entwickelte sich

gab nach Rügen. Den Reisenden zur Begleitung und Erinnerung“ und reihte ihn in die erste Reihe der deutschen Meerespoeten ein.

Zur wachsenden Bekanntheit gesellten sich Ehrungen. Lappe wurde in die „Gesellschaft für Pommersche Geschichte und Altertumskunde“ sowie in die „Berlinerische Gesellschaft für deutsche Sprache“ aufgenommen und mit der Ehrendoktorwürde der Universität Greifswald ausgezeichnet.

## ● Veranstaltungen im Jubiläumsjahr

27. Mai: Kulturreise Altenkirchen, Kirchenführung mit Pastor Ohm. Besuch des Ortes Vitt und der Kapelle;  
21. Juni um 20 Uhr: Konzert Dresdner Musiker unter der Leitung von Klaus Holzweißig in der Johanneskirche Wusterhusen „Die Tochter von Hiddensee“;  
23. September: Kulturreise Stralsund, Kleine Stadtführung unter anderem Lappes Lebensstationen und Wirkungsstätten werden besucht.

## 175 JAHRE DEUTSCHE MARINE

## Saisonstart im Marinemuseum Dänholm

Am Strelasund stand einst die Wiege der preußischen Marine

Mit viel ehrenamtlichem Engagement des Fördervereins und Dank des motivierten Einsatzes von Bundesfreiwilligendienstleistenden sind die Außenanlagen und Ausstellungen des Marinemuseums auf der Insel Dänholm bereit für die neue Saison. Auf dem Gelände der historischen Sternschanze hat sich in den letzten Jahren einiges getan. Auch die Kasematten und die Wälle sind jetzt gut zu sehen und werden Stück für Stück weiter begehbar gemacht.

Ins Auge fallen vor allem die Großexponate, darunter der leuchtend blaue Marinehubschrauber und zwei Torpedoboote. Im Innenbereich wurde 2021 eine neue Ausstellung zu Segelkriegsschiffen eröffnet und 2022 ein Raum neugestaltet, in dem unter dem Titel „Mein Marinemu-

seum“ sehr persönlich auf die Geschichten hinter den Objekten geblickt wird. Eine umfangreiche Schenkung von nautischen Geräten wird hier präsentiert.

Zu den zahlreichen Schiffsmodellen gesellte sich zuletzt ein 1,25 Meter langes, ausgesprochen detailgetreues Modell des Schlachtschiffs „Bismarck“. Eines der Kapitänsbilder ist zurück von der Restauratorin, viele Objekte wie Minenräumgerät und Torpedos wurden aufgearbeitet.

Auf der Insel Dänholm zwischen Stralsund und Rügen stand einst die Wiege der preußischen Marine. Deshalb werden in diesem Jahr 175 Jahre Deutsche Marine gefeiert. Nur wenig nördlich am Strelasund liegt die heute größte Ausbildungsstätte der Deutschen Marine. „Die Geschichte der Marine umfasst viele span-



Dieses detailgetreue Modell des Schlachtschiffs „Bismarck“ im Maßstab 1:200 erhielt das Marinemuseum auf der Insel Dänholm als Schenkung von Marcus Mau, der insgesamt drei Jahre in seiner Freizeit daran arbeitete

Foto: Hansestadt Stralsund/Stralsundmuseum

nende Kapitel und ist eng mit Stralsunds Geschichte verwoben. Und der Museumsbesuch ist hier zugleich ein Ausflug ins Grüne“, so Museumsdirektorin Maren Heun. Nach dem Rekordjahr 2022 schaue man auch mit Blick auf die Besuchszahlen optimistisch auf die neue Saison. Es soll vor allem das Angebot an Führungen für Gruppen und Schulklassen ausgeweitet werden und daran gearbeitet werden, sich noch attraktiver als Ausflugsziel für Familien zu entwickeln. E.B.

● Das Marinemuseum Insel Dänholm, ein Standort des Stralsund-Museum, ist ab dem 2. Mai bis zum 31. Oktober von Dienstag bis Sonntag jeweils von 10 bis 17 Uhr geöffnet. Infos im Internet: [www.stralsund-museum.de](http://www.stralsund-museum.de)

## ● MELDUNGEN

## Neuer Probst, ein Skywalk und alte Hexen

**Kolberg** – In Hinterpommern erfolgt ein weiterer Ausbau der Radwege. Möglich wird dies durch Mittel den Europäischen Fond für Vorpommern und aus dem Interreg-Programm. Zu den geplanten Ausbaurouten gehören unter anderem die Strecke Stettin-Stepnitz-Gülzow-Greifenberg-Groß Jestin-Kolberg. T.S.

**Swinemünde** – Nachdem die letzten Arbeiten am Swinetunnel begonnen haben, wurde nun auch die Durchfahrt von Bussen getestet. Die offizielle Eröffnung soll nach mehreren Verschiebungen durch Corona am 15. Juni stattfinden. Auf Usedom hat man Sorgen wegen möglicher Staus. T.S.

**Rügen** – Am 22. April, wurde der sogenannte Skywalk über dem Königsstuhl eröffnet. Auf der Insel ist man zwiespalten. Einerseits wird er als neue touristische Attraktion im Nationalpark Jasmund angesehen, andererseits gilt der Bau als massiver Eingriff in die Natur. T.S.

**Stettin** – Wie die Deutsche Bahn mitteilte, wird es im Zuge des Ausbaus der Strecke zwischen Angermünde und Stettin bis 4. Juli zum Einsatz von Bussen als Schienenersatzverkehr kommen. Ab 2025 soll die sich die Fahrzeit für die Strecke zwischen Berlin und Stettin dann auf anderthalb Stunden verkürzen. T.S.

**Köslin** – Die Autorin und Theaterwissenschaftlerin Elżbieta Cherezińska begeistert das Publikum mit ihrem neuen Buch „Sydonia“. Dabei geht es um die 1620 in Stettin als Hexe hingerichtete Sidonia von Borcke. Nach Lesungen in Neustettin und Kolberg folgt nun am 24. Mai eine Veranstaltung in Köslin. T.S.

**Pasewalk** – Am 1. Dezember tritt Philipp Staak das leitende Amt des Pommerschen Evangelischen Kirchenkreises an und wird neuer Propst. Für die bevorstehende Amtszeit wurde dem 50-jährigen Pastor Ende April von den Mitgliedern der pommerschen Kirchenkreissynode das Vertrauen geschenkt. T.S.

**Lauenburg** – Ab dem 8. Juni werden acht Elektrobusse des Herstellers Scania im öffentlichen Nahverkehr der Stadt eingesetzt. Citywide-LF-Niederflurbusse sind bei Temperaturen von minus 35 bis plus 40 Grad ohne Leistungsbegrenzung einzusetzen. T.S.

**Stralsund** – Im Zoo Stralsund Nachwuchs gibt es Nachwuchs bei den Kängurus. Inzwischen machen sie schon Ausflüge. Sie heißen Bounce und Roo, die Namen wurden von der Facebook-Gruppe ausgewählt. B.S.



Zoo Stralsund: Der Nachwuchs sitzt sicher im Beutel

# „Aus Preußen kam der wirkliche Fortschritt“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Jeden Donnerstag bin ich dankbar, die PAZ abonniert zu haben.

Hier erfährt man, was unabhängiger Journalismus ist!“

Gisela Löffelmacher, Flensburg



Ausgabe Nr. 17

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## NICHTS GUTES ZU ERWARTEN ZU: WIE DEN BÜRGERN DIE KOSTEN NIEDRIGGERECHNET WERDEN (NR. 16)

Zu den erwähnten Kosten (für einen Heizungsaustausch, d. Red.), die durchschnittlich bei 40.000 Euro liegen sollen, kommen noch erheblich höhere Kosten auf manche Eigentümer hinzu.

Ich besitze eine Siedlungshaushälfte im Westteil der Insel Rügen, das Haus ist 1936 erbaut worden. Kein Mensch hat damals eine effiziente Dämmung gegen das Erdreich eingebaut, gestampfter Lehm und danach eine Balkenlage, auf der die Fußbodendielen gelegt sind. Zum Einbau einer Fußbodenheizung sind diese völlig ungeeignet.

Zu DDR-Zeiten habe ich an dieses alte Siedlungshaus einen Anbau errichtet. Was privates Bauen bedeutete, kann sich keiner vorstellen, der nicht in der DDR gelebt hat – kein Gang in den Baumarkt, denn den gab es nicht, und keine Beauftragung von Fachfirmen, denn die hatten keine freien Kapazitäten. Also frei nach der Devise: Man baue mit dem, was einem gerade unter die Finger kommt – und wieder konnte man als Dämmung gegen das Erdreich nur sogenannte „Sauerkrautplatten“ einbauen, die auch völlig ungeeignet für eine Fußbodenheizung sind.

Ich war damals froh, dass ich einen Heizkessel durch viele Beziehungen beschaffen konnte, der Brikett und Holz „fraß“ und der nach dem Prinzip der Schwerkraftheizung errichtet wurde. Dicke Heizungsrohre durch das alte Haus und den Anbau, die Heizung funktionierte auch ohne Strom. Als dann nach der Wende die Möglichkeit bestand, den alten Kessel gegen einen Ölkessel zu tauschen, blieben die dicken Rohre und auch die Gussrippenheizkörper drin. Beide sind nicht für die geringen Vorlauftemperaturen einer Wärmepumpe geeignet.

Zusätzlich zu einer neu anzubringenden Dämmung der Wände müssten Heizkörper und Rohrleitungen entfernt werden. Ein völlig neuer Fußbodenaufbau müsste erfolgen, was bedeutet, Möbel

raus, Fußboden aufreißen, neu aufbauen und Fußbodenheizung einbauen. Dies alles auf 136 Quadratmeter, und im Obergeschoss ginge es dann mit der Dämmung weiter. Bei heutigen Preisen käme ich locker auf 150.000 Euro plus der Wärmepumpe. Und dann denke ich mit Grauen an den Winter 1978/79 mit Schneehöhen von bis zu vier Metern, die Wärmepumpe wäre längst ausgegangen unter dieser Schneemasse, und das Haus wäre kalt.

Staatliche Hilfen wurden zwar versprochen. Doch ich warte immer noch auf die Hilfe, die auch denjenigen versprochen wurde, die mit Öl und Pellets heizen. Außer schönen Worten gab es nichts.

So wird es auch bei dieser Wärmewende werden. Von dieser Bundesregierung erwarte ich nichts Gutes mehr.

Karl-Friedrich Niemann, Ginst (Rügen)

## KEINERLEI KONKRETISIERUNG ZU: WIE DEN BÜRGERN DIE KOSTEN NIEDRIGGERECHNET WERDEN (NR. 16)

Vielen Dank für den Ausweis der zahlreichen Unstimmigkeiten in der Rechnung der Regierung. Gilt eigentlich die Zielvorstellung von 65 Prozent Anteil erneuerbarer Energien als erreicht, wenn der Strom für den Betrieb der Wärmepumpen in beträchtlichem Umfang aus Kohle- und Gaskraftwerken stammt? Oder wird die Wärmepumpe bei Dunkelflaute abgeschaltet? Zu diesen Fragen habe ich noch keinerlei Konkretisierung erfahren.

Jörg Neubauer, Neu-Isenburg

## PAR ORDRE DE MUFTI ZU: WIE DEN BÜRGERN DIE KOSTEN NIEDRIGGERECHNET WERDEN (NR. 16)

Unsere Regierung beschließt, was von uns schleunigst zu tun ist, um die vereinbarten Klimaziele zu erreichen. Die Beschlüsse, welche die Attraktivität und den Wert vieler Bestandsimmobilien drastisch schrumpfen lassen, beurteilt der Kanzler

mit sehr gut. Grüne Politiker weisen darauf hin, dass in Deutschland 40 Prozent der Emissionen dem Gebäudesektor anzurechnen sind. Da unser Emissionsanteil insgesamt weltweit zwei Prozent ausmacht, fallen diese 40 Prozent mit 0,8 Prozent ins Gewicht. Dieser Wert soll nun mithilfe von Wärmepumpen in Deutschland gegen Null gesenkt werden.

Die Installation einer Wärmepumpe macht in Verbindung mit gut gedämmten Gebäuden Sinn. Effizient arbeiten dieselben nur dann, wenn geringe Vorlauftemperaturen zur Beheizung der Räume ausreichen (Fußbodenheizung etc.). In Altbauten, die nicht diesen Bedingungen entsprechen, kann man sie als staatlich bezuschusste Stromfresser verbauen. Aber kostengünstig beheizen kann man Altbauten – ohne vorherige Sanierungsmaßnahmen – damit nicht. Experten zufolge sind dafür läppische 400 bis 600 Euro pro Quadratmeter zu veranschlagen. Diesen minimalen Sanierungsaufwand blenden die Fachkräfte der Ampelregierung aus. Sie verteilen sogar zusätzlich Beruhigungspillen, indem sie versprechen, dafür zu sorgen, dass die Anschaffungskosten einer Wärmepumpe den Beschaffungskosten einer fossilen Heizung gleichkämen.

Ist Baron Münchhausen auferstanden und jetzt als Berater der Ampel tätig? Derartige Märchen passen zum Lügenbaron. Und Herr Habeck hat auch schon einmal ein Märchen des Barons, in dem er sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zog, beispielhaft für sein eigenes Tun im Ministerium angeführt. Fakt ist, dass Altbaubesitzer die Sanierungskosten auf sich nehmen müssten, um mit einer Wärmepumpe effizient heizen zu können. Ansonsten ist die Pumpe selbst geschenkt noch zu teuer.

Die Ampel hat sich scheinbar auch von der EZB zum Thema „Rettungsaktionen durch wundersame Geldvermehrungen“ beraten lassen. Denn sie will, trotz der inflationären Entwicklung in Deutschland, ab 2024 mit Teuro-Geldkanonen und der Anhäufung weiterer Sondervermögen das Weltklima retten. Die Klimaschutzmaß-

nahmen „par ordre de mufti“ sollen, egal was es kostet, rasch im Gesetz verankert werden. Ungeachtet dessen, dass die Umsetzung der Beschlüsse für viele Hauseigentümer ein wirtschaftlicher Nonsens ist. Was dann für die Mitglieder des Bundestages ein Luxusproblem ist, aber für viele Normalbürger existenzbedrohend werden kann.

Wer so leichtfertig das Lebenswerk vieler Menschen, ihr Eigenheim, durch total überzogenen Klimaaktivismus teilentwertet oder gar zum Klotz am Bein werden lässt, der hat den Bezug zur Realität verloren. Dabei gibt es Klimaschutzmaßnahmen, die sofort umsetzbar und wirksam wären. Zum Beispiel mittels Tempolimit auf den Autobahnen.

Und die Volksvertreter könnten vorbildhaft Emissionen einsparen, indem sie unnötige Stippvisiten durch Home-Office in Berlin oder Saarbrücken ersetzen. Wenn sie aber anstatt dessen lieber dem Wahlvolk klimapolitisch faule Eier ins Nest legen, um angeblich das Klima zu retten, dann dürfen sie sich nicht darüber wundern, wenn sie bei der nächsten Zeitenwende nachhaltig aus dem Bundestag „gewumst“ werden.

Helmut Schmidt, Baltersweiler

## PREUSSISCHER ERFINDERGEIST ZU: MENSCHENLIEBE HÄLT DEN SIEGREICHEN EINZUG (NR. 15)

Lasswitzens Roman „Auf zwei Planeten“ war eines meiner ersten Bücher, die ich als Kind gelesen hatte. Mit Sicherheit weckte er in mir meine Vorliebe für gute fiktionwissenschaftliche Romane wie die ganze Reihe von Isaak Asimov bis zum „Foundation-Zyklus“ oder „Dune“ („Der Wüstenplanet“) von Frank Herbert.

Aus Preußen kam der wirkliche Fortschritt, Erfindergeist, kamen Schriftsteller, Gelehrte und Industrielle, während der Südwesten der deutschen Länder vor sich hin dümpelte. Heute merkt man, dass Deutschland ohne Preußen nur noch Dekadenz und Niedergang verkörpert.

Peter Schwenzer, Toledo/Spanien

ANZEIGE



## Der Milliardär, der Ukrainekrieg und die deutschen Medien

**George Soros hat seit 1990 über 32 Milliarden Dollar in den Aufbau eines weltweiten Netzwerks von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Hochschulen, Medien und Thinktanks investiert, die Presse, Justiz und Politik beeinflussen.**

Ab dem Jahr 2000 hatte er durch dieses Netzwerk so viel Macht angehäuft, dass es ihm sogar gelang, durch sogenannte »Farbrevolutionen« Regierungen zu stürzen.

**Das Milliardengeschäft mit dem Ukrainekonflikt**

Zusammen mit der Obama-Regierung trugen Soros-nahe Aktivisten und NGOs 2014 zu einem Umsturz in der Ukraine bei. Seitdem herrscht Krieg in der Ostukraine.

Dabei trägt der Konflikt viele Anzeichen einer Auseinandersetzung zwischen zwei Oligarchen: George Soros und Wladimir Putin. Die Feindschaft zwischen den beiden Männern geht auf das Engagement von George Soros in den 1990ern in Russland zurück, als dieser das ehemalige Sowjet-Reich als »Soros-Reich« bezeichnete.

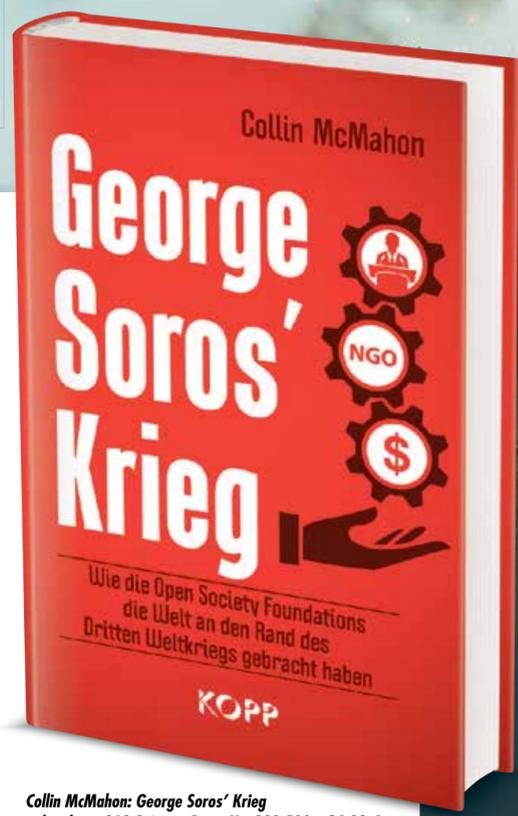
2020 kehrten mit Joe Biden dieselben Soros-nahen Kräfte ins Weiße Haus zurück, die bereits 2014 für den Maidan-Umsturz verantwortlich zeichneten: US-Außenminister Antony Blinken, der Nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan und Vize-Außenministerin Victoria Nuland.

Seither eskaliert der Konflikt um die Ukraine bis hin zur größten militärischen Auseinandersetzung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Von Anbeginn waren Soros-nahe deutsche Medien und die deutsche Politik keine neutralen Beobachter dieses Konflikts.

**Gekaufter Mainstream: die »Propagandalawine«**

Collin McMahon zeigt am Beispiel der deutschen Mainstream-Medien eindrücklich, wie stark der Einfluss von George Soros ist. Mit zuletzt 131 Millionen Dollar sponserte er weltweit 253 Mediengesellschaften. Zu seinem Medienzweck gehören unter anderem ARD, Spiegel und Süddeutsche Zeitung. McMahon verdeutlicht nicht zuletzt, wie stark die »Öffentlich-Rechtlichen« von Soros-Vertrauten durchsetzt sind. Unzählige prominente Journalisten und Entertainer stehen in direkter Verbindung zu Soros-NGOs. Und so ist es kein Wunder, dass in ARD und ZDF laufend »Experten« zu Wort kommen, die Organisationen von Soros angehören.

Collin McMahon zeigt, wie es so weit kommen konnte, wer dahintersteckt und wer davon profitiert. Er belegt seine umfangreichen Recherchen mit 678 Quellen.



**George Soros' Krieg**  
Collin McMahon

Wie die Open Society Foundations die Welt an den Rand des Dritten Weltkriegs gebracht haben

KOPP

*Collin McMahon: George Soros' Krieg gebunden • 368 Seiten • Best.-Nr. 988 500 • 24,99 €*

**KOPP VERLAG**

Telefon (0 74 72) 98 06 10  
Telefax (0 74 72) 98 06 11  
info@kopp-verlag.de  
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!  
Versandkostenfreie Lieferung  
innerhalb Europas

## KÖRPER UND GEIST

## Die himmlischen Orte einer Heiligen

Auf den Spuren der vor 925 Jahren geborenen Hildegard von Bingen – Über Pilgerwege zu einer Ausstellung in Bingen

VON BETTINA MÜLLER

Gerade einmal 125 Jahre alt ist das ehemalige Elektrizitätswerk in Bingen, in dem das historische „Museum am Strom“ untergebracht ist, das auch eine Dauerausstellung über Hildegard von Bingen sein Eigen nennt. Das Geburtsjahr der Hildegard hingegen hat schon ganz andere Dimensionen: Im Jahr 1098, also vor 925 Jahren, wurde sie vermutlich nahe Alzey in Bernersheim vor der Höhe geboren, wo ihre adlige Familie lebte.

Mittlerweile genießt die Äbtissin, Dichterin, Visionärin, Theologin, Natur- und Heilkundlerin, die nach heutigen Maßstäben ein wahres Multitalent war, eine große Popularität. Menschen entdecken die innere Einkehr, die „Auszeit“, und besuchen bereitwillig Klöster, Abteien und deren Kräutergärten.

Wenn man sich ernsthaft auf die Spuren der 2012 durch Papst Benedikt XVI. heiliggesprochenen Hildegard begeben will, empfiehlt sich der Besuch des Museums am Binger Rheinufer. Die sehr anschauliche Ausstellung informiert über Leben und Werk Hildegards. Im Außenbereich lockt der heilsame „Hildegarten“ und gibt Zeugnis ab über Hildegards Lehre von der Heilkraft der Pflanzen.

Und das kann manchmal durchaus seltsam sein: Vom warmen Blut und schwarzer Galle und der Magie der Pflanzen ist hier die Rede. Es steht auch geschrieben in dem legendären naturkundlichen Werk „Physica“ der Hildegard von Bingen aus dem Jahr 1133, von der das Museum das Original besitzt. Modelle historischer Klöster mit Hildegard-Bezug zeugen von der einstigen Pracht. So gibt es zum Beispiel eine Rekonstruktion des Klosters am Rupertsberg, das im Dreißigjährigen Krieg zerstört wurde. Graphiken machen das Leben und das Wirken Hildegards anschaulich.

In Anbetracht der milde angestrahlten Kirchenfenster, die es dort auch zu sehen



Trotz jeder Witterung: Statue der Hildegard von Bingen vor der Benediktinerinnen-Abtei St. Hildegard in Eibingen bei Rüdesheim

gibt, kommt sogar etwas wie Besinnlichkeit auf. Auf einem sieht man Hildegard, wie sie Noten auf ein Papier malt, denn komponiert hat sie außerdem. Leise wird der Besucher im Hintergrund von mittelalterlicher Kirchenmusik beschallt, während er dann vielleicht die mystischen Motive des Bildzyklus „Scivias“ auf sich wirken lässt. „Wisse die Wege des Herren“, ist eines der Leitmotive Hildegards und zugleich Titel ihres ersten theologischen Werkes aus dem Jahr 1151 oder 1152, das ihre 26 Visionen mit Illustrationen beschrieb.

Wer die Wege danach immer noch nicht so genau weiß, kann sich in der örtlichen Touristen-Information mit Karten- und Informationsmaterial versorgen,

denn es gibt viel zu tun: In Bingen, an der Nahe, in Rüdesheim und so weiter und so fort. Wer gut zu Fuß ist, kann auf dem 2017 eröffneten Hildegard-Pilgerwanderweg von Idar-Oberstein bis Bingen auf 137 Kilometern über Hildegard und ihre Lehren sinnieren. Auf zehn Etappen inklusive Hildegardwege in Bingen und Rüdesheim führt er an ihren wichtigsten Lebensstationen vorbei.

## Von Mönchen misstrauisch beäugt

Disibodenberg in Odernheim am Glan, ungefähr auf halber Strecke des Hildegard-Pilgerwegs: Dort gründete Hildegard im Alter von gerade einmal 14 Jahren mit ihrer Lehrerin Jutta von Sponheim, der die Eltern Hildegards das achtjährige

Mädchen zur religiösen Erziehung übergeben hatten, eine Frauenklause und übernahm nach Juttas Tod deren Leitung. Dort soll sie durch eine Vision den Auftrag erhalten haben, ihr Wissen stets niederzuschreiben, für die Menschheit und für die Nachwelt. Reist man früh an, um den Besucherströmen zu entgehen, so kommt sogar etwas wie kontemplative Stimmung auf. Reste der Klostermauern zeugen von der einstigen Größe der Anlage, durch die Hildegard und ihre Mitschwester wandelten.

Vor allem das ehemalige Hospiz ist eine visuelle Reise in die Vergangenheit, eingebettet in die schöne Landschaft an den Ufern der Nahe. Damals wurde die klösterliche Harmonie hingegen durch

einen Disput mit Abt Kuno von Disibodenberg zunichtegemacht, weil Hildegard die klösterliche Askese lockern wollte, was von den am Disibodenberg lebenden Benediktinerinnen misstrauisch beäugt wurde. Und so verließ Hildegard um 1150 ihren geliebten Disibodenberg, um auf dem Rupertsberg in Bingen, dort, wo die Nahe in den Rhein mündet, ihr eigenes Kloster zu gründen, das zu ihrer zentralen Wirkungsstätte wurde.

1147 hatte sie noch von Papst Eugen III. die Erlaubnis erhalten, ihre Visionen niederzuschreiben, die sie zunächst aus Unwissenheit über deren Bedeutung tief verstört und krank gemacht hatten, bis sie sie als gottgegeben akzeptierte: „Und ich sprach und schrieb diese Dinge nicht aus Erfindung meines Herzens oder irgendeiner anderen Person, sondern durch die geheimen Mysterien Gottes, wie ich sie vernahm und empfing von den himmlischen Orten.“

1179 ist Hildegard in ihrem Kloster auf dem Rupertsberg gestorben. Auf der anderen Seite des Rheins lockt die Benediktinerinnenabtei St. Hildegard auf dem Berg und wartet auf Besuch. Doch ob der immer aus spirituellen Gründen vorbeischaute, ist ungewiss, denn die freundlichen Schwestern sind für ihren guten Wein bekannt, den sie selber anbauen und der dann kistenweise aus dem Klostergeschäft gekarrt wird. Doch die religiöse Gemeinschaft bestreitet so ihren Lebensunterhalt. Der Laden ist mittlerweile vergrößert und durch ein Café ergänzt worden.

Eine Stärkung ist sowieso vonnöten, denn der Gedanke, dass jedes Jahr am 17. September, am alljährlichen Hildegardisfest, im unweit gelegenen Eibingen Hildegards Reliquienschatz durch die Gegend getragen wird, darunter auch der Arm des heiligen Rupert von Bingen, ist etwas befremdlich. Memento mori. Hildegards Reliquien hingegen, die in einem goldenen Schrein aufbewahrt werden, dürfen für immer in der Pfarrkirche von Eibingen bleiben. Im Land der Hildegard.

## THEMENJAHR

## Potsdam leuchtet in Orange

Brandenburgs Landeshauptstadt setzt sein Holländisches Viertel mit einer Veranstaltungsreihe in Szene

Der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. schätzte allein schon wegen seiner Verwandtschaft mit dem Haus Oranien-Nassau die Niederländer sehr. Da lag es nahe, Experten aus dem immer wieder mit den Fluten der Nordsee ringenden Land kommen zu lassen, um für die Erweiterung Potsdams ein sumpfiges Gelände trocken-zulegen. Das Holländische Viertel entstand dabei, das mit seinen kleinen Giebelhäusern an Amsterdam erinnert.

Um die niederländischen Einflüsse in Potsdam gebührend ins Licht zu setzen, haben die Stadtoberen das Themenjahr „Holland in Potsdam“ ins Leben gerufen. Der Auftakt fand zwar bereits am 27. April statt, dem Koningsdag, dem niederländischen Nationalfeiertag, doch das Programm der über 20 Potsdamer Kulturinstitutionen und den mehr als 50 Akteuren des Potsdamer Kulturlebens kommt erst im Mai so richtig in die Gänge. Bis in den Spätherbst will das Projekt „Holland in Potsdam“ die unterschiedlichen Bezüge Potsdams zu den Niederlanden in den Fokus stellen: von Tulpenfest bis Migration, von Bildender Kunst bis Gartenbau.

Anlass für das Themenjahr ist die Ausstellung „Wolken und Licht. Impressio-

nismus in Holland“, die das Museum Barberini vom 8. Juli bis 22. Oktober zeigt. Die Ausstellung versammelt 100 Meisterwerke von 40 Künstlern, darunter Johan Barthold Jongkind, Vincent van Gogh, Jacoba van Heemskerck und Piet Mondrian. Auf der kostenfreien Barberini App wird darüber hinaus ein Stadtrundgang als Audiotour zu 20 verschiedenen Orten der Stadt mit ihren Holland-Bezügen an-

geboten. Der Stadtrundgang steht wie die Vorgänger-Projekte „Italien in Potsdam“ und „Frankreich in Potsdam“ als Audio-guide-Tour auf der App dauerhaft zur Verfügung und wird im Laufe des Jahres als Kleiner Kunstführer in der Reihe der Publikationen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) veröffentlicht.

Neben dem Museum Barberini und der SPSG als Initiatoren der Aktion sind

weitere bedeutende Institutionen daran beteiligt. So auch das Potsdam Museum, das Jan Bouman Haus, die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße, das Filmmuseum, die Mühlenvereinigung Berlin-Brandenburg, der Förderverein Jagdschloss Stern oder die Liebermann-Villa am Wannensee. Der impressionistische Maler Max Liebermann bereiste über vier Jahrzehnte lang regelmäßig die Niederlande, wo er sich unter anderen von Urlaubsmotiven an Badestränden inspirieren ließ.

Auch die Potsdamer Schössernacht widmet sich den Niederlanden. Am Wochenende des 18. und 19. August lädt sie unter dem Titel „Prachtig“ in den opulent inszenierten Park Sanssouci und seine Schlösser ein. Zu den Höhepunkten gehören Führungen auf den Spuren der Frauen des Holländischen Viertels sowie Führungen zu Gartenkunst und niederländischen Fliesen. Auf dem nur wenige Kilometer von Potsdam entfernten Schloss Caputh können Besucher den Fliesensaal betreten. Friedrich Wilhelm I. ließ ihn 1720 aus Erzeugnissen holländischer Fayenceproduktion anfertigen.

H. Tews



Klein-Amsterdam: Buntes Treiben im Holländischen Viertel von Potsdam

## GARTENKUNST

## Pillnitz im Pflanzenfieber

Schloss und Park Pillnitz, zwischen Dresden und Pirna am rechten Elbufer gelegen, präsentiert bis zum 31. Oktober die Ausstellung „Pflanzenfieber. Botanik, Mensch, Design“. Im Wasserpalais des barocken Lustschlosses werden rund 50 internationale Projekte aus angewandter Kunst, Wissenschaft und Forschung vorgestellt. Von Mode, Möbeln und Kunsthandwerk über Computertechnik bis hin zu Robotern und Lebensmitteln stellt die Ausstellung eine Fülle an Prototypen vor. Im Neuen Palais steht die historische Tradition der botanischen Forschung und des Gartenbaus in Schloss und Park Pillnitz im Mittelpunkt. Gleich zwei sächsische Könige wurden vom Pflanzenfieber erfasst: Friedrich August I. und sein Neffe Friedrich August II., die die Sommer in Pillnitz verbrachten und den dortigen Garten zur Botanischen Sammlung erhoben. Pflanzen wurden identifiziert, Herbarien angelegt, Bibliotheken aufgebaut. Der Schlosspark bietet die Möglichkeit, dem Pflanzenfieber am authentischen Ort nachzuspüren. Programm: [www.schlosspillnitz.de](http://www.schlosspillnitz.de)

tws

• [www.holland-in-potsdam.de](http://www.holland-in-potsdam.de)

## ● FÜR SIE GELESEN

## Neue Tipps für 100 Touren

Wer sich einen schnellen Überblick verschaffen möchte, welche Ziele in Europa auf jeden Fall eine Reise mit einem Campingmobil oder mit dem Zelt wert sind, besucht zu werden, dem seien die druckfrisch erschienenen Marco-Polo-Bände „Ab in den Norden!“ und „Ab in den Süden!“ empfohlen. Jeweils 100 Ziele in verschiedenen Ländern werden auf einer Doppelseite mit den wichtigsten Informationen für Besichtigungen, Ausflugsmöglichkeiten oder Aktivitäten mit Bild vorgestellt. In einem farbigen Kasten gibt es den Camping-Tipp mit den Koordinaten des Platzes. Jedem Land ist eine Übersichtskarte vorangestellt, auf der die Lage der beschriebenen Orte verzeichnet ist.

Aufgelockert werden die Kapitel durch doppelseitige Fotos einer Region mit allgemeinen Angaben zu den Besonderheiten der Landschaft, und welche Themen den Leser auf den folgenden Seiten erwarten. Eine gelungene Idee, um neue Ziele auf kurzweilige Art zu erkunden. MRK



**Marco Polo: „Ab in den Norden! 100 traumhafte Campingziele von Schottland über Norwegen bis Baltikum“**, MairDumont Verlag, Ostfildern 2023, flexibler Einband, 256 Seiten, 24,95 Euro



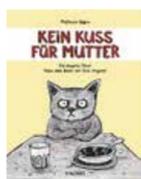
**Marco Polo: „Ab in den Süden! 100 traumhafte Campingziele von Portugal über Frankreich bis Griechenland“**, MairDumont Verlag, Ostfildern 2023, flexibler Einband, 256 Seiten, 24,95 Euro

## Ein schlechtes Vorbild

Toby Tatze ist ein ungezogener kleiner Kater. Er macht mutwillig Dinge kaputt, ruiniert seine Kleidung, prügelt sich in der Schule und ist dort bekannt für seine bösen Streiche. Toby ist wütend, denn er hasst die liebevolle Zuneigung seiner Mutter. Es macht ihn aggressiv, dass sie ihn ständig küssen will.

Das Bilderbuch „Kein Kuss für Mutter“, das sich an das Original von Tomi Ungerer von 1974 anlehnt, ist wie ein Schwarz-Weiß-Comicbuch gestaltet. Die drei Kapitel handeln von Tobys Alltag. Das vierte Kapitel beschreibt die Recherche des Autors Mathieu Sapin nach den Spuren Ungerers, ebenfalls in einer Comicversion. Das Buch ist eigentlich kein Kinderbuch. Sollte man es dennoch Kindern vorlesen, sollte man danach auf jeden Fall das Gelesene durchsprechen. Für Erwachsene ist es unterhaltsam, für Kinder ist es kein wirklicher Lesespaß, denn Toby ist ein schlechtes Vorbild. Angela Selke

**Mathieu Sapin: „Kein Kuss für Mutter. Die Graphic Novel. Nach dem Buch von Tomi Ungerer“**, Diogenes Verlag, Zürich 2023, gebunden, 80 Seiten, 20 Euro



## HANDARBEIT

## Verantwortung für die eigene Garderobe

Ob alte Kleidung ver- oder ausbessern, neue Kleidung schaffen oder verzieren – mit traditionellen Handtechniken gegen Wegwerfmode und Massenproduktion

FOTO: SHUTTERSTOCK



**Knöpfe annähen** sollte nach der Lektüre des Buchs „Die Kunst des Nähens“ kein Problem mehr darstellen. Die Kostümhistorikerin und -bildnerin Bernadette Banner zeigt in ihrem auf alt gestalteten Handarbeitsbuch, was

bei der Stoff- und Garnauswahl zu beachten ist, welche Stiche es gibt, welche Hilfsmittel sinnvoll sind, und porträtiert Menschen, die ihren eigenen und selbstgeschaffenen Kleidungsstil leben. Christiane Rinser-Schrut



**Bernadette Banner: „Die Kunst des Nähens“**, frechverlag, Gerlingen 2022, gebunden, 204 Seiten, 26 Euro

## LÄNDERPORTRÄT

## Von Krakau bis nach Lemberg

Der Germanist Marcin Wiatr nimmt seine Leser mit auf eine Entdeckungsreise durch Galizien

VON KARLHEINZ LAU

Galizien zählt zu den Regionen, die uns Deutschen nicht sehr vertraut sind. Es ist eine Landschaft nord-nordöstlich des lang gestreckten Gebirgszuges der Karpaten, eine Region mit einer äußerst wechselvollen Geschichte. Heute gehört der westliche Teil Galiziens mit seiner bedeutendsten Stadt Krakau zur Republik Polen, Ostgalizien mit Lemberg zur Ukraine.

Der Autor des Buches „Literarischer Reiseführer Galizien“, Marcin Wiatr, in der Republik Polen geboren, studierte Germanistik und deutsche Geschichte an den Universitäten Krakau, Kiel und Oppeln. Heute arbeitet er am Georg-Eckert-Institut in Braunschweig, wo er unter anderem die deutsch-polnische Schulbuchkommission leitet. Er nennt sein Buch einen literarischen Reiseführer, das heißt, neben seinen eigenen Texten über Städte, Denkmäler, Industrieanlagen, Landschaften oder Persönlichkeiten der jeweiligen Orte zitiert er zeitgenössische Dichter, Literaten, Reisende und Zeitgenossen in erstaunlich großer Zahl.

Die Quellen stammen von Angehörigen verschiedener Völker beziehungsweise Volksgruppen, die eine Beziehung zu Galizien haben, dort lebten oder leben. Es sind Polen, Ukrainer, Russen, Österreicher und Deutsche. Der bekannteste ist Alfred Döblin mit seinem Buch „Reise in Polen“. Diese vielfältigen Aussagen und Zeugnisse der unterschiedlichsten Persönlichkeiten schaffen zusammen mit den Texten des Autors und zahlreichen Fotos in Schwarz-Weiß und Farbe ein eindrucksvolles Bild von sehr unterschiedlichen Landschaften mit einer traditionell gewachsenen Kultur. Dies wird verstärkt durch die Tatsache, dass der Autor für jeden besuchten Ort auch dessen Entstehung und Geschichte bis in die Gegenwart nachzeichnet.

Wiatr hat sich für seine Erkundungen vier Schwerpunkte ausgesucht, von denen er meint, sie seien trotz aller Unterschiedlichkeit charakteristisch für Galizien. Bei seinen Beschreibungen ist es für den Leser sehr hilfreich, dass die Beiträge jeweils mit farbigen Plänen der Zentren der Orte und Städte mit Besichtigungsvorschlägen eingeleitet werden. Er beginnt seine Tour in der Bergregion der Hohen Tatra mit dem heutigen Kurort und Zentrum des Wintersports Zakopane, es folgt das jüdische Galizien mit den Orten der nationalsozialistischen Vernichtung vornehmlich der europäischen Juden. Es sind die Namen Belzec, Auschwitz und Birkenau.

## Charakteristische Schwerpunkte

Die westlich orientierten Metropolen Krakau und Lemberg sind weitere Stationen, um nordöstlich von Lemberg das Industriegebiet mit beachtlicher Förderung von Erdöl um Brody als letzte Station die Rundreise abzuschließen. Die Vielfalt kultureller Wurzeln drückt sich auch darin aus, dass neben slawischen, jüdischen, polnischen und ukrainischen auch deutsche Spuren das Land prägen. Auch sind Volksgruppen wie die Golanen, Ruthenen oder Huzulen zu nennen.

Die deutschen Spuren gehen zurück bis zur mittelalterlichen Ostsiedlung. Bäuerliche Ansiedlungen sowie Handwerker und Kaufleute waren die Träger. Viele städtische Siedlungen wurden nach dem Magdeburger Recht gegründet. Am deutlichsten wird der deutsche Charakter in Krakau sichtbar, wo mehrheitlich Angehörige der Mittelschicht wie Handwerker und Kaufleute lebten, während bäuerliche Siedlungen im Schatten der Karpaten zu finden sind. Ein entscheidender Einschnitt für die Geschichte dieser Region wurde die erste

polnische Teilung 1772, Galizien wurde als Kronland der Habsburger Monarchie zugesprochen. Dieser Zustand endete erst 1918. Natürlich verstärkten sich in dieser Epoche deutsch geprägte Einflüsse in dem Kronland.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Geschichte Galiziens das jüdische Element mit der eigenen Sprache Jiddisch. Die Juden leben verteilt in ganz Galizien, aber auch in städtischen Zentren wie Tarnow östlich von Krakau oder in kleineren Siedlungen. Hier entstand der Begriff des Shtetl, eines Freiraums für jüdische Menschen – nicht zu verwechseln mit einem Ghetto. Die Quellen von Zeitgenossen zeichnen ein deprimierendes Bild von den Lebensverhältnissen vieler Juden, das nicht nur für den Bezirk um Tarnow gilt. Die jüdische Bevölkerung war aufgeteilt zwischen einer städtischen bürgerlichen Mittelschicht und der Masse der Juden, die oft in kaum zu beschreibenden Verhältnissen leben mussten.

Auch für Nachgeborene müssen die Passagen über die Vernichtungslager der Deutschen in Polen Ungläubigkeit und tiefe Erschütterung hervorrufen, so besonders die Aufzeichnungen von zwei Betroffenen, Tadeusz Borowski und Salmen Gradowski. Deutlich wird: Es ist die Grenze des Fassbaren überschritten.

Das Kapitel Krakau und Lemberg nennt der Autor „Zwischen Glanz und Schatten. Galiziens Metropolen der Moderne“. Diese Charakterisierung bezieht sich bei Krakau auf die besonderen Höhepunkte wie die Marienkirche mit dem Hochaltar von Veit Stoß, das Königsschloss auf dem Wawel oder das alte jüdische Viertel Kazimierz. In Lemberg hat der Ukrainekrieg erhebliche Spuren hinterlassen, und ein Ende ist nicht abzusehen.

Der bekannte österreichische Schriftsteller Joseph Roth, ein bekannter Titel ist

sein Buch „Radetzky marsch“, ist in Brody, im äußersten Nordosten Galiziens geboren. In dieser Grenzstadt kreuzen sich habsburger, galizische, polnische, russische und jüdische Traditionslinien. Diese Vielfalt prägt die Menschen, aber auch die Architektur der Stadt, die einst ein wichtiger Verkehrs- und Handelsknotenpunkt war.

Zweihundert Kilometer südwestlich von Brody liegt das kleine Dorf Boryslau. Mitte des 19. Jahrhunderts wurden hier Erdöllagerstätten entdeckt, die Hoffnung auf wirtschaftlichen Aufschwung weckten. Immerhin war die Habsburger Monarchie 1912 nach den USA und Russland das drittgrößte Förderland. Das ist eine überraschende Tatsache. Die angeführten Berichte bieten allerdings ein ernüchterndes Bild über den Wohlstand für die Menschen.

Die Fülle der ausgewählten Quellen, bei der Lektüre begegnet man zahlreichen Dichtern und Schriftstellern, und Wiats eigene fundierten Texte bieten Informationen und Eindrücke über die lokalen und historischen Gegebenheiten seiner Entdeckungstour durch Galizien. Hinzu kommen technische Hilfen wie eine Übersichtskarte des gesamten Raumes auf der Innenseite des Einbandes sowie eine genaue Geschichtsübersicht mit den wichtigsten Daten vom 9. Jahrhundert bis 2022. Es ist ein sehr anspruchsvoller und anregender Einstieg in das Thema Galizien.



**Marcin Wiatr: „Literarischer Reiseführer Galizien. Unterwegs in Polen und der Ukraine“**, Deutsches Kulturforum östliches Europa, Potsdam 2022, broschiert, 475 Seiten, 19,80 Euro

## EISENBAHNGESCHICHTE

# Von der Kleinbahn bis zum Hofzug

Ausstellung über Eisenbahnen zwischen Weichsel und Memel im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen

VON MANFRED E. FRITSCHKE

Die Preußischen Staatseisenbahnen stellten mit dem 1851 eröffneten ersten Teilstück der 750 Kilometer langen Preußischen Ostbahn von Berlin nach Bromberg den Beginn der bedeutenden Eisenbahnverbindung in die preußischen Gebiete östlich von Berlin fertig. Es folgten weitere Strecken, die für die Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens in den östlichen Provinzen des zu dieser Zeit von Friedrich Wilhelm IV. regierten Königreiches bedeutsam waren.

Sein Vorgänger, Friedrich Wilhelm III., hatte bereits 1838 das Preußische Eisenbahngesetz unterzeichnet. Die Investoren verfolgten mit dem privaten Bahnbau aber zuerst das Ziel, schnell finanzielle Gewinne zu erwirtschaften und bauten die ersten Strecken in den westlichen und südöstlichen Landesteilen. Da Eisenbahnstrecken jedoch Vorteile im Transportbereich boten, forderte vor allem das Militär, auch den Osten zu erschließen.

Deshalb richtete sich nach dem Anschluss von Breslau, Stettin und Posen das Augenmerk auf den Ausbau der Verbindung nach Ostpreußen. Handelsminister August Freiherr von der Heydt legte im August 1849 einen Gesetzentwurf für den Bau der Preußischen Ostbahn vor, der bereits im Dezember verabschiedet wurde. Von Bromberg aus wurde 1852 die Weichsel erreicht und ohne die noch später zu bauende notwendige Flussüberquerung auf die Ostseite kam der Schienenstrang 1853 in Königsberg an. Endstation war 1860 dann Wirballen, wo nach dem Grenzübertritt nach Russland auf Fahrzeuge mit Breitspur umgestiegen werden musste.

## Anbindung Ostpreußens

Die Ostpreußische Südbahn-Gesellschaft, die Marienburg-Mlawker Eisenbahn und weitere Privatbahngesellschaften errichteten Querverbindungen zu dieser Magistrale, die in der Regierungszeit von Reichskanzler Otto von Bismarck zwischen 1895 und 1903 nahezu vollständig in staatlichen Besitz übergingen. Zu diesem Zeitpunkt betrug das ostpreußische Schienennetz 2493 Kilometer, bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges kamen noch 554 Kilometer dazu.

Die erste Kleinbahn verkehrte am 8. Juli 1895 von Cranz nach Cranzbeek – bis Ende 1902 gab es in Ostpreußen 560 Kilometer Kleinbahnstrecken, kurz vor dem Ersten Weltkrieg waren es 792 Kilometer. Neben Normalspurstrecken mit 1435 Millimeter errichteten zahlreiche Kreis- und Kleinbahnen ihre Schmalspur-Streckennetze mit einer Spurbreite von 750 Millimeter oder 1000 Millimeter und wie die Insterburger Kleinbahnen sogar mit Dreischienengleisen mit 750/1435 Millimeter.

Im Ersten Weltkrieg wurde Ostpreußen mit voller Härte getroffen. Durch die Kriegshandlungen mit den Russen wurden zahlreiche Strecken, Brücken, Bahnhöfe und weitere Hochbauten zerstört, die nach den Kampfhandlungen mit hoher Priorität bis weit in die 1920er Jahre wieder aufgebaut wurden. Mit den Gebietsverlusten durch den „Korridor“ an Polen gingen rund 600 Streckenkilometer verloren, und im Januar 1920 musste der durchgehende Zugverkehr durch das an Polen übergegangene Gebiet bis Februar 1923 eingestellt werden.

Nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges und mit Hilfe einer Mitte Oktober 1939 errichteten provisorischen Weichselbrücke konnten wieder direkte Schnellzüge zwischen Berlin und Königs-



Beispiele ostpreußischer Bahnhöfe: Das obere Bild zeigt den Bahnhof in Altfinke [Str. Jablonki], unten eine Aufnahme des modernisierten Bahnhofs in Cranz aus dem Jahr 2018

Fotos: mef



berg verkehren. Der letzte Zug in den Westen verließ wegen der vorrückenden russischen Front am 19. Januar 1945 Königsberg. In den folgenden Tagen verkehrten nur noch Züge mit Tausenden von Flüchtlingen zur Hafencity Pillau, bis auch am 25. April diese Fahrten endeten.

## Überblick mit Begleitheft

Diese eisenbahngeschichtliche Entwicklung in Ostpreußen beschreibt die neue Broschüre „Von der Kleinbahn bis zum Hofzug. Zur Geschichte der Eisenbahn zwischen Weichsel und Memel“ des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen als Begleitheft zu der bis zum 3. September 2023 in den Museumsräumen laufenden Ausstellung. Mit vielen teilweise unveröffentlichten Bildern bieten die 52 farbigen Seiten, hergestellt auf hochwertigem Kunstdruckpapier, weitere Einblicke in die Eisenbahngeschichte der Region. So findet die Eisenbahnindustrie mit der Waggonfabrik L. Steinfurt, der Union-Gießerei in Königsberg, der F. Schichau GmbH in Elbing und der Waggonfabrik Memel Erwähnung. Beschrieben werden zahlreiche Kleinbahnen und Nebenstrecken, die abseits der Hauptstrecken die ländlichen Regionen erschlossen wie die Fischhausener Kleinbahn, die Insterburger Kleinbahnen und die Westpreußi-

schen Kleinbahnen oder die Haffuferbahn.

Weitere Kapitel behandeln die Standseilbahnen, die Bäderzüge der Samlandbahn, den „Nord-Express“ als Luxuszug zwischen London und St. Petersburg, den Güterverkehr und die Verbesserung der Streckenverhältnisse in Königsberg bis 1929 durch den Zusammenschluss der Strecken der ehemaligen Privatbahnen im neuen Hauptbahnhof, den Hofzug von Kaiser Wilhelm II. und seine Reisen unter anderem nach Cadinen. Beschrieben werden ganz spezielle Bahnstrecken wie die „Olga-Bahn“ des Moorbades Waldfrieden nördlich von Insterburg, die Wagenüberführungsanlage des Gutes Bauditten, die Fuhrwerksbahn der Gutsverwaltung Prassen im Kreis Rastenburg und die Werkbahnen des Bernsteinwerkes Palmnicken. Ein Absatz behandelt Bahnbrücken, und nicht zuletzt wird auf den Betrieb östlich der Weichsel von der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute eingegangen.

Das Begleitheft „Von der Kleinbahn bis zum Hofzug. Zur Geschichte der Eisenbahn zwischen Weichsel und Memel“ zur gleichnamigen Ausstellung des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen wurde mit Unterstützung des Fachbuchautors Jörg Petzold zusammengestellt. Die Herstellung wurde durch den Förder-

kreis Ostpreußisches Jagdmuseum und das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales unterstützt.

● **Bestellung** beim Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen in der Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 864411, Fax (09141) 864414, E-Mail: service@kulturzentrum-ostpreussen.de zum Preis von 6,50 Euro zuzüglich Porto und Versandkosten. Weitere Informationen gibt es unter <http://www.kulturzentrum-ostpreussen.de>



## KONGREGATION

## Schwestern des Ermlandes

Mehr als 400 Katharinenwestern mussten 1945 ihre 100 ostpreußischen Niederlassungen verlassen. Viele kamen aus dem Mutterhaus im ermländischen Braunsberg. Vor fast 375 Jahren hatte dort die Braunsbergerin Regina Protmann ihre Kongregation gegründet. Rom hatte schnell die Anerkennung ausgesprochen, denn nun gab es eine Gemeinschaft, die ohne Klausur Kranke besuchte und sich um die Erziehung der Mädchen kümmerte.

102 Schwestern erreichten den Westen nicht. Sie waren von Rotarmisten ermordet worden oder an Hunger, Epidemien oder Entkräftung verstorben. Von zwölf nach Russland verschleppten Schwestern kam eine zurück. 90 Schwestern blieben in Ostpreußen und bildeten 1946 den Grundstock für die dort neu errichtete polnische Provinz. Die zunächst in der Krankenpflege in Königsberg gebliebenen oder in Dänemark durch Arbeit im Typhuskrankenhaus geschwächten Schwestern hatten ihren Mittelpunkt verloren, suchten und fanden neue Aufgaben an 34 Orten in Westdeutschland. Von vielen Pfarreien gesucht, wirkten sie in Kindergärten, Altersheimen, Krankenhäusern und bildeten dort ermländische Inseln.

Sr. M. Ludgera Stolze vom Mutterhaus in Münster berichtet darüber auf der Grundlage von zwei unveröffentlichten, bis 2010 reichenden Arbeiten und Erzählungen der betroffenen Schwestern. So wird die Geschichte der „Kathrinchen“ – wie sie in Ostpreußen liebevoll genannt wurden – bis 2020 weniger als strenge Dokumentation, sondern als Bericht fortgeführt. In unterschiedlicher Länge und mit Fotos werden 33 Niederlassungen vorgestellt. Bedingt durch Schwesternmangel existieren nur noch sieben.

Was 1571 in Braunsberg begann, wirkt heute weiter. So in Litauen – rund 200 Schwestern arbeiten in zwei Ordensprovinzen in Brasilien mit Bahia und dem Amazonasgebiet. Sie sind auf den Philippinen, in Haiti, in vier afrikanischen Staaten, in Russland und in Weißrussland zu finden. Die Zentrale befindet sich heute nicht mehr wie bis 1945 in Braunsberg, sondern seit 1951 in Rom.

Die Kongregation in Deutschland musste zukunftsfähig gemacht werden. So schildert Sr. Ludgera am Schluss des Buches „Katharinenwestern in Deutschland“ die neuen Strukturen. Krankenhäuser in Berlin, Frankfurt am Main, Daun und Xanten wurden verwaltungsrechtlich im „Katharinenwerk e.V. Münster“, dann in der „Gesellschaft der Katharinenwestern mbH“ zusammengeführt, die 2010 in der „Stiftung Regina Protmann“ aufging. Mit diesem Buch über den Neuanfang der ostpreußischen Schwestern nach der oft lebensbedrohlichen Vertreibung einschließlich eines Rückblicks auf die Gründung der Kongregation am Flüsschen Passarge in Braunsberg [Braniewo] gewinnt der Leser einen eindrucksvollen Bericht über die Lebenskraft einer katholischen Schwesternkongregation.

Norbert Matern

Deutsche Provinz St. Katharina (Hrsg.): „Katharinenwestern in Westdeutschland. Anknüpfung und Beheimatung von Passarge an Ems, Main und Rhein“, St. Benno

Verlag Leipzig 2023, kartoniert, 284 Seiten, 29,95 Euro



## ● AUFGESCHNAPPT

So ein dummer Zufall: Ohne es zu ahnen, wurde Gail Bradbrook dabei beobachtet, wie sie in Plastik verpackte Importfrüchte aus weit entfernten Anbaugebieten in ihren Diesel-SUV lud. Das berichtet der „Exxpress“ mit Berufung auf die britische Zeitung „The Sun“. Bradbrook ist nicht irgendwer, sondern die Chefin des englischen Zweigs von „Extinction Rebellion“, bekanntlich besonders rabiate Klima-Extremisten. Ihre Ausrufe: Sie benötige den SUV, um ihre Kinder zum Sport zu fahren. Ebenso unumgänglich sei eine Urlaubsreise nach Costa Rica, die aus gesundheitlichen Gründen nötig gewesen sei. Früchte aus der Region und Lastenrad sind offenbar Empfehlungen, die für die Führungskaste der „Klimabewegung“ nicht gelten. Was heißt „Empfehlungen“: Die Klima-Extremisten sind bekanntlich längst dazu übergegangen, ihre Forderungen auch zu erzwingen – siehe die Straßenblockaden. Kritiker, die sie nun aufs Korn nehmen, beschimpft Bradbrook unter anderem als „rechts“ – nicht gerade einfallreich. **H.H.**



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Arnd Diring er urteilt in der „Welt“ (26. April) über staatliche oder (oft staatlich geförderte) private „Meldestellen“, bei denen Bürger für „antifeministische“ oder andere, nicht linke Meinungsäußerungen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze angeschwärzt werden sollen:

„Wenn der Staat ausgewählte politische Gruppen in ihrem Kampf gegen andere Meinungen unterstützt, zeigt er den Bürgern, dass er bestimmte Ansichten als unerwünscht ansieht. Und das, obwohl sie grundrechtlich geschützt sind. Wenn dafür sogar Meldestellen eingerichtet werden, ist jede Grenze überschritten. Spitzel und Denunzianten tragen Diktaturen, in einem Rechtsstaat haben sie nichts verloren.“

Für Florian Rötzer wirft die Ankündigung des 80-jährigen Joe Biden, sich noch einmal um die Präsidentschaft zu bewerben, ein fahles Licht auf die Lager der Vereinigten Staaten. Im „Overton-Magazin“ (26. April) schreibt er:

„Jetzt ist er aber schon der älteste Präsident der USA – und markiert die desolote politische Situation der USA und der westlichen Welt, die sich an die USA klammert. Noch ist sein Hauptkonkurrent Donald Trump, der 76 Jahre alt ist. Beide stecken in der Vergangenheit fest und zeigen, dass das politische System der USA verkrustet und vergreist ist – es geht um alte Kämpfe und Wiederholungen.“

Thomas Tuma ist fassungslos über Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), der den Verkauf des deutschen Unternehmens Viessmann an einen US-Konkurrenten als Erfolg seiner Wärmepumpenstrategie verkauft. Im „Focus“ (27. April) schreibt Tuma:

„Unterm Strich bleibt: Asiatische und amerikanische Konzerne werden die Profiteure der deutschen Klimawende. Das Einzige, was Robert Habeck dazu einfällt? Er begrüßt den Verkauf (auch wenn er ihn pro forma prüfen lassen will). Der Deal zeige ja, wie attraktiv der hiesige Markt sei. Ich finde das fast schon zynisch, und Sie?“

Max Roland reißt sich auf „pleiticker.de“ (2. Mai) die Augen angesichts des Familienfilzes in Robert Habecks Ministerium:

„So was kennen wir eigentlich aus Bananrepubliken, aus Despotien und Entwicklungsländern. Wie Libyen und Afghanistan. In solchen Ländern ist es normal, dass Söhne, Brüder, Schwäger und Cousins sich an den Trögen des Staates vollfressen. In Deutschland kennen wir so was schon lange nicht mehr. Eigentlich. Doch die ‚große Transformation‘ transformiert wohl auch unsere Vorstellung der Trennung von Politik und Privatem.“

## ● WORT DER WOCHE

„Nicht Netflix und Co. sind die Totengräber des ÖRR, es sind die Intendanten selbst.“

Olaf Zimmermann in der April-Ausgabe von „Politik und Kultur“ zur Krise der öffentlich-rechtlichen Sender

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Man kennt sich

Wie das Getöse um den Graichen-Clan alles übertönt, und was dabei leider fast untergeht

VON HANS HECKEL

Man geht es ja genauso wie Ihnen. Auch ich habe längst den Überblick verloren, wer im Habeck-Ministerium und bei nahestehenden, mit Steuergeld reich beschenkten Organisationen mit wem verwandt ist. Einige Medien malen für ihre Leser bereits Organigramme, um ihnen das kunstvolle Kuddelmuddel der vielfachen privaten Beziehungen zwischen Entscheidungsträgern, Einflüsterern und Begünstigten halbwegs anschaulich zu machen.

Als Habecks Staatssekretär Patrick Graichen, der als eigentlicher Kopf der Energiewende gilt, schließlich seinen eigenen Trauzug in eine lukrative Stellung hieven wollte, ging es selbst grünewirkten Journalisten zu weit. Es erhob sich ein Getöse, das erstaunlich groß wurde angesichts der ansonsten bedingungslosen Zuneigung, die unsere meisten Medienmacher den Grünen entgegenbringen.

Was eigentlich schade ist, denn in dem Lärm ging eine andere Geschichte fast unter, die eigentlich viel zu irre daherkommt, um wahr zu sein. Ist sie aber, auch wenn man es kaum glauben mag. Und wäre der Hintergrund nicht so traurig und so ernst, hätte diese Geschichte das Zeug für eine Politposse, die dermaßen überzeichnet anmutet, dass sie im Falle einer Veröffentlichung als Buch oder Film von der Kritik ziemlich sicher verrissen würde – viel zu klischeehaft, völlig übertrieben, kurz: unglaubwürdig.

Fangen wir mit dem glamourösen Finale an. Es ist der 17. November 2022, als die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) Landesverdienstmedaillen an Leute verleiht, die sich als Helfer nach der Ahrtal-Flut hochverdient gemacht haben. Star der Veranstaltung ist Nicole Schober, die unter ihrem Künstlernamen Missy Motown den Klub „Das Bett“ in Frankfurt am Main betreibt. Sie wird als Chefin der gemeinnützigen Gesellschaft „Helfer-Stab“ geehrt, die im Ahrtal Großartiges geleistet haben soll.

Angefangen hat die Geschichte möglicherweise Jahre zuvor, als Missy Motown auf einem Trierer CSD-Marsch Begona Hermann kennengelernt hatte, damals eine Spitzenbeamtin der Mainzer Landesregierung. Hermann, die mittlerweile pensioniert ist, unterschrieb im September 2021 als Vizechefin der Landesbehörde für Katastrophenschutz und

Wiederaufbau einen Vertrag mit Missys „Helfer-Stab“, durch den schließlich fast eine Million Euro Steuergelder in die Kasse der Organisation fließen sollten.

Mitte Juli 2021 waren bei der Flut im Ahrtal 135 Menschen gestorben und unzählige Existenzen vernichtet worden. Gleich nach der Flut hatten sich etliche kompetente Helfer in das Tal begeben, so etwa ein Landwirt mit seinem schweren Gerät und ein Kanal-Unternehmer. Doch ab August sahen die sich plötzlich zu ihrem Entsetzen einer Schmutzkampagne ausgesetzt. Auf einer Antifa-Seite seiner Paderborner Heimat wurde dem Unternehmer beispielsweise per manipuliertem Foto ein SS-Spruch in den Nacken montiert, um ihm eine NS-Gesinnung unterzubuheln. Hasskommentare gegen die Ehrenamtlichen füllten mit einem Mal das Netz. Bundesweit häuften sich dann auch in größeren Medien Berichte über die angeblich rechtsradikale Gesinnung der freiwilligen Helfer.

## „Beraterin“ mit bewegter Geschichte

Mittlerweile türmen sich die Verdachtsmomente, dass die Kampagne inszeniert war, möglicherweise, um den Weg freizuschleifen für den „Helfer-Stab“, der nach Aussagen von Betroffenen im Ahrtal kaum mehr geleistet haben soll, als Prospekte zu verteilen, wie der „Focus“ berichtet. Hinter der Schmutzkampagne soll eine bayerische „Politikberaterin“ gesteckt haben, die laut Missy Motown 15.000 bis 20.000 Euro Honorar vom „Helfer-Stab“ erhalten hat.

Die „Beraterin“ streitet eine Beteiligung an der verblüffend prompt und großflächig eingesetzten Kampagne indes ab. Die Endfünffzigerin ist mehrfach wegen Betrugs verurteilt, musste sogar schon einmal ins Gefängnis. Sie machte Politik mit der Seite „Faktencheck Ahrtal“, auf der vermeintliche Enthüllungen über Helfer wie den Landwirt und den Kanal-Unternehmer gepostet worden waren. Am 18. April verurteilte das Amtsgericht Weilheim die „Beraterin“ wegen gefährlicher Körperverletzung gegen eine Nachbarstochter, Beleidigung und versuchter Nötigung. Da das Urteil noch nicht rechtskräftig ist, gilt die Unschuldsumutung.

Zählen wir zusammen: eine persönliche Bekanntschaft, viel Steuergeld für offenbar ziemlich wenig Leistung auf der Basis eines Vertrages ohne gesonderte Ausschreibung, eine „Beraterin“, die allem Anschein nach schon an sich eine eigene Geschichte wert

Mit einem Mal sahen sich die Ahrtal-Helfer einer Kampagne ausgesetzt. Nun türmen sich die Hinweise darauf, wer dahinterstand



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

wäre, eine maßlose Schmutzkampagne, um ehrenamtliche Helfer aus dem Tal zu jagen, und zum feierlichen Abschluss die Landesverdienstmedaille. Was sagen Sie: Kann man das verfilmen?

Na ja, wenn überhaupt, müssten ein paar Details nachgebessert werden. Zunächst haben die Protagonisten dieser Story das falsche Geschlecht. Es müssten Männer sein, nachdem es in unserem Land eine anerkannte Erkenntnis ist, dass Frauen die Politik nicht nur ehrlicher, sondern auch menschlicher machen. Zudem stehen sie politisch auf der falschen Seite. Um staatliche Filmförderung zu erhalten, müssten wir die Rollen also mit Männern besetzen, die politisch auf jeden Fall rechts der Mitte verankert sind. Ein Frankfurter Klub passt auch nicht. Blenden wir stattdessen einen sächsischen Landgasthof ein, in dem sich (das sollte unübersehbar sein) „auch Rechte wohlfühlen“.

Ja, so ginge das! Warten wir ab, wie das Verfahren gegen die „Beraterin“ endet; danach können wir loslegen mit dem Dreh.

Die Frage ist allerdings, ob das Publikum so etwas wirklich lustig fände, wenn es doch weiß, dass dahinter die schreckliche Ahrtal-Tragödie steckt. Und überhaupt scheinen immer Deutsche die Freude an politischer Real satire zu verlieren, seit sie merken, dass die Schenkellopfer wie Vorschlagshämmer auf sie selbst, die Bürger, niederkrachen – siehe Habecks Heizhammer.

Die schwindenden Umfragewerte der Grünen legen Zeugnis ab von der wachsenden Humorlosigkeit. Minister Habeck hat das bemerkt und sucht händeringend nach Erfolgsmeldungen, mit denen er das Volk beeindrucken kann. Leider fällt er dabei ebenso ins Realsatirische zurück wie damals mit seiner Bemerkung, Läden, bei denen keiner mehr einkauft, seien ja nicht insolvent, sondern hörten nur auf, etwas zu verkaufen.

Diesmal hat er es fertiggebracht, den Viessmann-Verkauf an einen US-Konkurrenten als Erfolg zu verbuchen nach dem Motto: Dass sich das Ausland unsere Betriebe krallt, zeigt doch, wie begehrt die sind. Was, wenn es nach Habeck geht, selbstverständlich mit seiner genialen Wirtschaftspolitik zu tun hat.

Mehr solche Erfolge, und die Sache mit dem „Industriestandort Deutschland“ hat sich über Kurz oder Lang erledigt. Aber Habeck wird uns dann trösten: Die deutsche Industrie ist gar nicht tot. Sie produziert und verkauft nur nichts mehr.